

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Mononemts-Preis: 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Beleg- und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. Juli 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

„Finis Finlandiae“?

Finlands Ende! Ist es eine ordinäre Dummheit oder eine geschichtliche Notwendigkeit? Das eine wie das andere: Eine selbstmörderische Dummheit, die für die russische Konterrevolution zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden ist. Auf den Trümmern der revolutionären Versuche der inneren Erneuerung des Landes entstanden bei der bürgerlichen Konterrevolution Pläne und Absichten der äußeren Eroberungen, der internationalen politischen Macht, der Okkupierung der asiatischen und Balkan-Märkte, der kolossalen Anleihen an der europäischen Börse, um auf solche Weise die Produktionskräfte des Landes in Bewegung zu setzen, die Säcke der Reichsschatzkammer zu füllen und die Appetite der kapitalistischen Massen zu befriedigen.

Hier aber folgte Krach auf Krach. Jeder Versuch der Erneuerung der Armee und der Flotte scheiterte an dem stumpfen Widerstande des menschlichen Materials der Konterrevolution. Das ganze kommandierende Personal bildete sich aus den Vändigern der Revolution, unverbesserlich in ihrer Stumpfheit und in ihrer Korruption. Der Intendantenunfug, der jetzt durch die Senatorenrevisionen aufgedeckt wird, ist nur die äußere Erscheinung der Morsheit des ganzen Kriegsapparates. Der Bau der vier neuen Panzerschiffe gestaltet sich jetzt zu einem neuen europäischen Skandal. Nach dem Jahre 1906 wächst die Kriegsmacht des Zarismus nicht mehr, sie ist im Gegenteil im steten Verfall begriffen, und mit ihr zusammen fällt auch sein internationales Gewicht. Auf dem fernem Osten, in Persien, auf dem Balkan brachten die Pläne der zarischen Diplomatie nichts außer standalösen Mißerfolgen und Rückschlägen.

Und von den mißgeratenen Plänen der Vereinigung der besitzenden Klassen aller Nationen in Rußland durch die Erfolge der äußeren Politik (Imperialismus!) wurde die Reaktion gezwungen, zur Politik der Staatsfütterung des „Stamm“-Vestiers auf Rechnung der Rußland bewohnenden „Fremdstämmigen“ überzugehen („Nationalismus“!). „Rußland für die Russen!“ das heißt für den Petersburger Beamten, den besarabischen Gütsbesitzer und den Moskauer Kaufmann. — Daraus erwuchsen: das Projekt der Abtrennung des Cholmskyna von Polen und des Wyborger Gouvernements von Finnland, die neuen Semstwo für die westlichen Gouvernements mit der Entrechtung der Juden und Polen, der tolle Kreuzzug gegen die Juden, die man aus den Städten und Dörfern in Massen ausweist, endlich der Plan der Zertrümmerung Finnlands.

Die patriotischen Schelme aus der Mitte der ruinierten Obelleute und die zu keiner Karriere gelangten Tschinowitsch — und das sind die Führer der Rechten und der Nationalisten! — wollen vor allem „fressen“. Gelang das in der Mandshurei nicht, warum sollte man denn sein Glück nicht in Finnland versuchen?

Die hinter den Oktobristen stehenden Handels- und industriellen Kreise sind direkt und unmittelbar an der Vernichtung der Volksselbständigkeit Finnlands interessiert. 20 Proz. der finnländischen Ein- und Ausfuhr fallen heute nur auf das eine England und zugleich wachsen auch die Handelsbeziehungen Finnlands mit Schweden und Deutschland. Noch vor kurzem war Finnland der Hauptmarkt für russische Mehl; jetzt wird dieses vollständig von dem deutschen und schwedischen Mehl verdrängt. In Anbetracht dieser Tatsachen besteht die Aufgabe der russischen Schutzgötter darin, Finnland von der Außenwelt abzuschneiden und es in ausschließliche Abhängigkeit von dem russischen Markt zu bringen. Hier steckt die Wurzel des Eifers der Oktobristen für die Erweiterung der Reichs-gesetzgebung auf Finnland. Handelsverträge mit Finnland? Wozu, wenn man unter der Hand Garde-regimenter hat!

Dazu kommen die Erwägungen des Fiskus. Sowohl die Bureaucratie, als auch die mit ihr verbundenen politischen Parteien wollen die Kosten ihres Wirtschaftens auf Finnland abwälzen. Für den Anfang — einen Teil der Ausgaben für die Armee, Diplomatie und den Zarenhof. Dazu kommen, endlich, die staatspolitischen Interessen hinzu: die Lage auf die finnländische Schule zu legen, die Presse zu „bezähmen“, die Peitsche über die Vereine und Versammlungen zu schwingen. Dies alles: die Sehnsucht nach der Tazche des finnländischen Warenkonsums und des finnländischen Steuerzahlers, die Sehnsucht der adeligen Mutter-söhnchen und der patriotischen Tölpel nach den Postleiposten in Finnland, endlich der russische reichspolitische Schmerz beim Anblick der Dase der finnländischen Freiheiten, — alles das zusammen bildet das Wesen der patriotischen Begeisterung, in der die dritte Duma über Finnland herfiel.

Von den Oktobristen spalteten sich nur noch 19 Personen des linken Flügels ab, die mit dem rechten Kadetten Miljukoff zusammen die finnländische Konstitution nicht so offen geschlächtet und sie dann — nach dem Ausdruck des Genossen Tschelidse — unter mehr konstitutioneller Sauce gekrabbelt sehen möchten. Aber die ganze kompakte Masse des Oktobristenzentrums marschierte, ohne den Blick von Stolypin abzuwenden, hinter den Nationalisten und der Rechten einher, die mit patriotischem Geheul den finnländischen Gesetzentwurf samt Haut und Knochen verschluckten.

Die Kadetten erwiesen äußerlich diesmal eine für sie ungewöhnliche oppositionelle Entschlossenheit. Sie erklärten den Gesetzentwurf der Regierung für einen Staatsverrat, stimmten gegen den Uebergang zur Spezialberatung und nach einigen fruchtlosen Versuchen der Kritik verließen sie mit Protest den Saal, nach den Sozialdemokraten, die es frühzeitiger zu tun verstanden hatten. Aber dieses äußerlich entschlossene Verhalten deutete nur die volle und dabei kindisch-ärmliche politische Verfahrenheit der Liberalen. Das überzeugendste Argument des Zentralorgans der Kadetten „Netsch“ zum Vorteil Finnlands war die Tatsache, daß die lokale finnländische Bourgeoisie im Jahre 1906 in die Rotgardisten geschossen und den russischen Behörden in der Jagd nach den Teilnehmern des Sweaborger Aufstandes mitgeholfen hatte. Und das Auftreten Roditschew in der Duma hatte seinen Höhepunkt in der bizantinsch-slavischen „Beschuldigung“ der Wehrheit, daß sie den „Schay“ der Nation — den Glauben an die Unerschütterlichkeit der Worte des Monarchen untergräbt. — Der Lobgesang auf den konterrevolutionären Charakter der finnländischen Bourgeoisie und die Appellation an den gekrönten „Schay“ im Jarstojelo — das sind die zwei Haupttriumph des politischen Spieles der Kadetten.

Die sozialdemokratischen Redner haben es verstanden, nicht nur die Tatsachen mit den zarischen Versprechungen sondern auch die kadettischen Hoffnungen auf die Versprechungen mit den Tatsachen zu konfrontieren. Ein allgemeiner Staatsvertrag mit Finnland, erklärte Tschelidse, ist nur auf Grund des allgemeinen Wahlrechts in Rußland denkbar. Und für heute bleibt die allgemeine Lösung für Rußland wie für Finnland: „Nieder mit den Barbaren, nieder mit der barbarischen Regierung!“

Die wahnsinnige Schnelligkeit, mit der der finnländische Gesetzentwurf in der Duma durchgepeitscht wurde, zeugte natürlich keineswegs vom Bewußtsein der eigenen Kraft. Es galt den keinen Aufschub duldenden Kampf zu kämpfen gegen die Hinterlistigen-Dhronbläser des Zaren, die eine Intrige gegen den für sie allzu „liberalen“ Denker Stolypin führen. In dem Kampf um seine Stellung mußte Stolypin zeigen, daß weder sein „Liberalismus“ noch die dritte Duma, mit der er sein Schicksal verbunden hatte, ihn darin stören, die niederträchtigsten Forderungen der Konterrevolution zu erfüllen.

„Finis Finlandiae!“ Finnlands Ende! rief der Führer der Rechten, der Hanswurst Purischkiewitsch, nachdem die Duma in einem Zug den stolypinischen Gesetzentwurf angenommen hatte. Das ist aber nur eine eitle Prahlerei. Die Abstimmung der Duma, sowie auch die Abstimmung des Staatsrates, wie auch das zarische „byt“ po siemu“ (so soll es sein) entscheiden noch nicht über das Schicksal Finnlands und bestimmen noch nicht sein „Ende“. Die finnländische Frage bleibt von nun an eine offene Wunde des Staatsrechts-Regimes vom 16. Juni 1907. Um gegen Finnland kriegerische Unternehmungen anzufangen, dazu fehlt es der Regierung jetzt an Mut. Sie würde bereit sein, sich momentan mit einem „prinzipiellen“ Siege zu befriedigen. Die Verhältnisse werden sich aber weiter entwickeln, ohne Rücksicht auf den Grad ihres Mutes und ihre Wünsche.

Hinter dem Rücken Stolypins stehen seine Verbündeten in und außer der Duma, die nach Akkordlohn verlangen. Auf dem Wege, der zur Beute führt, steht aber die finnländische konstitutionelle Vertretung. Man muß sie entweder zusammenbiegen oder zerbrechen. Gibt der Landtag in wenigem nach, so wird der Druck der Reaktion unverzüglich erstarren, und bald wird diejenige Grenzlinie erreicht, hinter der es sogar für die bürgerlichen Parteien des Landtags keine Konzessionen gibt und geben kann. Das ganze gesellschaftliche Leben Finnlands wird unter dem Zeichen des sich unvermeidlich nähernden offenen Zusammenstoßes stehen. Die Atmosphäre der Unruhe wird sich immer mehr über der durch ihre Organisation und Erfahrung in dem politischen Kampfe starken Dreimillionenbevölkerung verbreiten. In diesen Bedingungen ist es den liberalen Lösungen der sogenannten „Bermünftigkeit“ und der „weisen“ Nachgiebigkeit nicht gegeben, einen Widerhall in den Massen zu finden. Dagegen wird die finnländische Sozialdemokratie, die sich nicht fürchtet, der Wahrheit direkt ins Antlitz zu schauen, in natürlicher Weise zu einer wirksamen und unbefristeten Vertreterin des finnländischen Volkes. An die Spitze ihrer Agitation stellt sie den Gedanken der unzertrennlichen Verbindung der Interessen der finnländischen Freiheit mit der revolutionären Bewegung in Rußland. Das finnländische Volk hat natürlich keinen Grund, freiwillig einen offenen Zusammenstoß mit dem unergleichbar stärkeren Feinde zu suchen. Ohne die Provokationen zu beachten, den Feind inzwischen keinen Augenblick in Ruhe lassen; die neuen Gesetze und Verordnungen brechen, umgehen oder ignorieren, und dem Feinde keinen Daumen breit ihrer Rechte überlassen; mandrierend den Feind ermüden; immer und in allem ihre Positionen und Kräfte verstärken, — das ist die tatsächliche Methode, die sich von sich selbst der finnländischen Sozialdemokratie aufdrängt. Und ihr Redner, der Genosse Irie Mikaelin, gab in dem Landtage eine ausgezeichnete Formulierung dieser Taktik: „Wir werden so handeln, daß die russischen Provokateure die lächerlichste Rolle spielen werden!“ Unsere Bruderpartei in Finnland weiß natürlich, daß der offene Zusammenstoß früher oder später unvermeidlich wird.

Aber besser später als früher. Für das finnländische Volk ist es vorteilhaft, die Vorbereitungsperiode möglichst in die Länge zu ziehen, um den Massen Rußlands, die sich von der Erstarrung der letzten Jahre befreien, das Verständnis für die Tragweite der finnländischen Ereignisse für die politischen Schicksale des ganzen Reiches zu ermöglichen.

Entlarvte Günstlingswirtschaft der Sozialdemokraten.

Die Presse des schwarzblassen Bloks verbreitet unter den Ueber-schriften: „Entlarvte Günstlingswirtschaft der Sozialdemokraten“, „Die Sozialdemokratie in Krankenklaffen“, „Die roten Nachhahrer in den Krankenklaffen“, „Sozialdemokratischer Skandal in den Krankenklaffen“, lange Artikel, in denen sie behauptet, Sozialdemokraten mißbrauchten die Krankenklaffen zu politischen Parteizwecken und schädigten in ungehörter Weise die Rechte der Arbeiter. Die Artikel finden sich beinahe wörtlich übereinstimmend in Zentrums-blättern von der „Germania“ bis zu den kleinsten Winkelblättern, in den Scharfmacherorganen, in der konservativen Presse und in den vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gestifteten Organen. Am auch die „unparteiischen“ Zeitungen mit dem Laborat zu beglücken, hat der Abgeordnete Erzberger im Scharfschützen „Tag“ ein gleiches Nachwort abgesetzt. Der Zweck der Massenware ist außerordentlich durchsichtig. Dem Zentrum liegt daran, den Arbeitern blauen Wind vorzumachen und durch ein Spektakelstückchen mit vielen Worten und wenig Inhalt zu verdecken, daß das Zentrum bei der Reichsversicherungsordnung Arm in Arm mit den ärgsten Scharfmachern bei der Entrechtung der Arbeiter in der Reichsversicherungsordnung marschiert.

Der Inhalt der Artikel ist kurz folgender: Am 26. Juni habe der konservative Abgeordnete Graf Westarp durch Vortrag eines Urteils des Oberverwaltungsgerichts vom 21. März 1910 dargelegt, daß ein Anstellungsvertrag für Kassenbeamte vom Oberverwaltungs-gericht als „gegen die guten Sitten“ verstoßend erklärt: „Der Vertrag zeige den für einen Rechtsstaat ganz unerhörten Skandal, daß die Selbstverwaltung, eine öffentliche Körperschaft, dergestalt ausgenutzt und mißbraucht wird, daß ein notorischer Lump in seinem Amt und Gehalt belassen werden muß, wenn er nur Sozialdemokrat ist“. Ein heuchlerischeres und törichtereres Geröde ist wohl selten verzapft.

Wie ist die Sachlage? Am 21. März 1910 hat das Oberverwaltungsgericht einen Vertragentwurf für ungültig erklärt, den die Ortskrankenkasse der Handwerker in Spandau mit einem Kassen-beamten abschließen wollte. In dem Vertrage war die Geltend-machung des Kündigungsrechtes für die Kasse beschränkt. Ist im Vertrage nichts besonderes bestimmt, so kann nach § 628 des Bürgerlichen Gesetzbuches das Dienstverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufgehoben werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Der Entwurf führte nun auf, in welchen Fällen allein eine sofortige Entlassung seitens der Kasse zulässig sein soll. Das Oberverwaltungsgericht nimmt an: „Nach Ziffer 3 der Vertragsbestimmung berechnen grobe Pflichtverletzungen, welche der Kassenbeamte sich bei Ausführung seiner ihm durch die erfolgte Anstellung obliegenden Dienstverpflichtungen zuschulden kommen läßt, nur dann zu der mit dreimonatlicher Frist quartaliter zulässigen Kündigung, wenn sie wiederholt, d. h. nach mindestens zweimaliger innerhalb dreier Jahre und Entlassungsandrohung erfolgter schriftlicher Verwarnung stattgefunden haben. Da unter der vorangehenden Ziffer 1 nur für strafrechtlich zu ahnende Handlungen gegen das Vermögen der Kasse eine Sonderbestimmung gegeben ist und Ziffer 2 nur von dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte handelt, so eröffnet Ziffer 3 dem Kassenbeamten die Möglichkeit, mit gewissen Unterbrechungen grobe Pflichtverletzungen der verschiedensten Art zu begehen, ohne daß der Kasse auch nur das beschränkte Kündigungsrecht erwächst, geschweige denn die Befugnis zur sofortigen Aufhebung des Dienstverhältnisses zugesteht. Dieser Zustand, nach welchem z. B. zweimalige Achtungs-verletzung schwerster Art (tätliche Beleidigung eines Vorgesetzten) nicht einmal einen Grund zu der beschränkten Kündigung bildet, verstößt gegen die guten Sitten.“ Ferner verstoße es gegen die guten Sitten, daß die Verstrafung wegen eines politischen oder religiösen Delikts und die Verbüßung einer derartigen Strafe keinen Kündigungs- oder Entlassungsgrund abgeben soll. Endlich verstoße es gegen den § 20 des heutigen Krankenklaffengesetzes, daß „auf Seiten der Kasse kein Recht zur Kündigung vorhanden ist, wenn infolge Verringerung der Mitgliederzahl oder Änderungen in der Verwaltung eine Verminderung des Kassenpersonals möglich wäre, es sei denn, daß die Personalreduktion aus diesem Grunde unabwendbares Bedürfnis hat“.

Auch wenn diese Gründe des Oberverwaltungsgerichts zutreffend wären, liegt auf der Hand, daß der von der Scharfmacherpresse in trautem Verein mit der Zentrums- und ihren Verbündeten gezogene Schling geradezu blödsinnig ist.

Gegen die Gründe des Urteils möchten wir nur wenig anführen. Das Oberverwaltungsgericht sagt zu Beginn seiner Erkenntnis-gründe, es sei streitig und zweifelhaft, ob der § 628 nicht zwingendes Recht darstelle, so daß jede vertragliche Ausführung, was unter wichtigen Gründen verstanden werden soll, ungültig wäre. Anderer Ansicht ist der preussische Handelsminister. Dieser hat bereits im Mai 1898 einen Erlaß an die Ortskrankenkassen ergehen lassen, in dem er auffordert:

„daß mit den Angestellten der Kassen gehörige Dienstverträge abgeschlossen, in denen die Gründe der Kündigung und angemessene Kündigungsfristen bestimmt werden. Dabei empfiehlt es sich,

in diesen Dienstverträgen die Bestimmung vorzusehen, daß eine Kündigung des Personals durch den Vorstand nur bei grober oder wiederholter Verletzung der Dienstpflichten zulässig sei.

Viele Klagen haben dieser Ausweisung entsprechen zu müssen gehabt und insbesondere das Zentrum hat noch bei den Beratungen des Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1908 den Vorwurf gegen die Klagen erhoben, daß eine Spezialisierung der „wichtigen Gründe“, wie sie der Handelsminister forderte, nicht erfolgt ist. Weil nun die Klage dem Ersuchen des Handelsministers nachgekommen ist, deshalb jetzt Klagen und Wörder.

Das Oberverwaltungsgericht nimmt an, daß in zwei Fällen die Spezialisierung zu weit zugunsten der Klagenbeamten gehe. Wie können es auf sich beruhen lassen, ob in der Tat die „tätliche Beschäftigung eines Vorgesetzten“ oder anderes besonderes hätte hervorgehoben werden müssen. Wir legen überhaupt außerordentlich geringen Wert darauf, ob in dem Vertragsformular ein Grund mehr oder weniger aufgeführt wird. Denn ist der Grund hinlänglich, weil § 626 des B. G. B. im Gegensatz zu der Auffassung des Handelsministers eine Detaillierung der Gründe, die als wichtige Gründe anzusehen sind, verbietet oder verbietet einer der im Vertrage aufgeführten Kündigungsgründe oder die Unterlassung eines solchen Grundes gegen die guten Sitten, so ist ja der Vertrag insoweit hinlänglich und kann Rechtswirkungen nicht hervorrufen. Aber gegen die Annahme des Oberverwaltungsgerichts, daß es gegen die guten Sitten verstößt, daß die Bestrafung eines politischen oder religiösen Deliktes und die Verbüßung einer derartigen Strafe kein Kündigungs- oder Entlassungsgrund abgeben darf, möchten wir doch auf das nachdrücklichste Verwahrung einlegen. Die absolute Freiheit der politischen und religiösen Betätigung muß für jeden Staatsbürger verlangt werden und ist früher auch vom Zentrum verlangt worden. Wenn es sich jetzt mit den Gründen des Oberverwaltungsgerichts einverstanden erklärt, so öffnet es insbesondere den polnisch redenden Teilen der Bevölkerung die Augen darüber, wozu die Reise des Zentrums geht. Wir möchten auch daran erinnern, daß die Reichstagskommission zu § 303 der Reichsversicherungsordnung ausdrücklich beschlossen hat, daß die religiöse oder politische Betätigung eines Klagenbeamten kein Grund für seine Kündigung abgeben darf. Und dieser Grundsatz wird auch hoffentlich im Plenum aufrecht erhalten bleiben, wiewohl die „Germania“ usw. aus ihm folgern, daß danach „ein notorischer Lump in feinem Amte und Gehalte belassen werden muß.“

Wenn das Oberverwaltungsgericht einen Verstoß gegen § 29 des Krankenversicherungsgesetzes in der vertraglichen Verpflichtung erblickt, daß die Beamten nur bei unabweisbarem Bedürfnis in der Zahl verringert werden dürfen, so erbringt sich ein Streit über die Auslegung des § 29 des B. G. B. Denn auch hier hat ja im Streitfall das Prozeßgericht zu entscheiden. Und dies hat oft über die Auslegung des § 29 eine andere Ansicht als das Oberverwaltungsgericht ausgesprochen. Ueberdies aber steht § 303 des von der Regierung vorgelegten Entwurfs zur Reichsversicherungs-Ordnung ausdrücklich die Verpflichtung zur Übernahme der Beamten und Angestellten für die Fälle einer Vereinigung von Klagen vor.

Mag es aber mit den Gründen des Oberverwaltungsgerichts stehen, wie es wolle — es ist ein geradezu schamloser Verstoß, das Erkenntnis gegen die Ortskrankenkassenverbände oder gar gegen die Sozialdemokratie ausbeuten zu wollen. Klagenverbände haben in Verfolg des von uns angeführten Erlasses des Handelsministers und gestützt auf Deklamationen gerade der Zentrumsleute sich bemüht, einen Vertrag zu schaffen, der die Rechte und Pflichten der Klagenbeamten klar umgrenzt und vor Willkürlichkeiten sicherer stellt als der schwammige Begriff „wichtige Gründe“ im § 626 B. G. B. Aus dem Selbstverwaltungsgesetz der Klasse folgt, daß jede Klasse zu bestimmen hat, in welcher Weise der Vertragsinhalt festgelegt wird. Die Frage zu entscheiden, ob in den Vertragsentwürfen, wie sie insbesondere seit 1900 von Klagenverbänden und Klagenbeamten angeregt sind, das Richtige getroffen ist, haben allein die Mitglieder der Klasse das Recht. Naturgemäß sind hierüber häufig Meinungsverschiedenheiten aufgetreten. Viele Klassen haben trotz des Erlasses des Handelsministers eine Regelung in der Art, wie die Klagenbeamten sie wünschten, abgelehnt. Die Vorstände und Generalversammlungen anderer Klassen hingegen, und zwar übereinstimmend Arbeitgeber wie Arbeitnehmer und Vorstände, in denen sich Zentrumsleute, Konservative, Sozialdemokraten und Freisinnige befanden, haben ähnliche Verträge wie den vom Oberverwaltungsgericht mißbilligten abgeschlossen. Insbesondere von Sozialdemokraten geleitete Klassen wie die Leipziger und Dresdener, haben solchen Entwurf unter lebhaftester Unterstützung der sozialdemokratischen Parteipresse bekämpft. Schließlich hat die Organisation der Klagenbeamten selbst eingesehen, daß der Vertragsentwurf, über den das Oberverwaltungsgericht sich vor kurzem geäußert hat, zu bessern ist. Im Jahre 1908 ist statt des vom Oberverwaltungsgericht kritisierten Vertragsentwurfs ein anderer vorgeschlagen, der die gerügten Mängel nicht enthält. Das alles verstreut natürlich die Klodpresse, um scheinheilig Entrüstung heucheln zu können.

Vollends unsinnig ist der Vorwurf, die Sozialdemokratie trage an einem Vertragsentwurf Schuld, den jetzt angeblich die Zentrumsleute in Grund und Boden verdonnern wissen will. Die Sozialdemokratie hat sowohl im Parlament wie in ihrer Presse stets den Standpunkt vertreten: volles Selbstverwaltungsgesetz muß der Klasse bleiben. Nicht eine Zeile aus der sozialdemokratischen Presse vermag die Zentrumsleute nicht Anhang anzuführen, die für den Inhalt der Klagenbeamtenverträge geschrieben ist. In Uebereinstimmung mit ihren Grundanschauungen ist die sozialdemokratische Presse stets dafür eingetreten, daß auch auf dem Klagengebiet das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von sozialem Geist getragen sein müsse. Mit Recht haben deswegen unsere Genossen in der Kommission beantragt, für alle Klagenangestellten die Regelung gesetzlich festzulegen. Nach ihren Anträgen soll für die Klagenangestellten durch Gesetz festgelegt werden: 1. eine Arbeitszeit an Werktagen von höchstens 8 Stunden; 2. unverfügbare Gehaltszahlung bei unverschuldeter Arbeitsbehinderung auf 6 Monate; 3. einen Ferienurlaub von mindestens 2 Wochen nach einjähriger Anstellung unter Fortzahlung des Gehalts; 4. Dienstalterszulagen in ein- oder zweijährigen Zeiträumen von insgesamt mindestens 60 Proz. des Grundgehalts mit der Verteilung auf höchstens 15 Dienstjahre; 5. eine sofortige Entlassung ist nur zulässig wegen so großer Dienstvergehen und Handlungen, daß die weitere Beschäftigung des Beamten mit den Interessen der Klasse unvereinbar ist; 6. eine Kündigung kann wegen sonstiger Verletzungen der Dienstpflichten nur dann erfolgen, wenn sich der Beamte die Verletzungen trotz Warnung wiederholt im Laufe der letzten 12 Monate hat zuschulden kommen lassen.

Für den scharfmacherischen Geist des Zentrums kennzeichnend ist, daß es diese Anträge in der Kommission und in der Presse be-

kämpft hat. Das wird Tausenden von Arbeitern hoffentlich die Augen über die Judasarbeit dieser Partei öffnen.

Erhebend ist, wie die schwarz-blaue Presse durch ihre Auslassungen ihrer selbst spottet, und weiß nicht wie. Von Konser-vativen und von Zentrumsleuten geleitete Gemeindeverwaltungen mögen es, die Dienstverträge mit ehemaligen Amtsvorstehern, Oberförstern u. dergl., welche als Rentanten oder in eine andere Stellung für Klagen übernommen wurden, zum Schaden der Klasse und der Arbeiter dahin abgeschlossen haben, daß die Stellung dieser Herren unkündbar sein und daß ihre Einnahmen nach Prozente des Klagenvermögens sich richten sollten! Wir erinnern an Lichtenberg, Elberfeld, Essen; das waren unzweifelhaft den Klageninteressen und den guten Sitten ins Gesicht schlagende Abmachungen.

Der Zweck des von der schwarz-blauen Garde unternommenen Selbstzuges ist durchsichtig. Die Regierung hat auf Seite 119 der Motive der Reichsversicherungsordnung gegenüber der Verleumdung, „daß in vielen Ortskrankenkassen die Versicherten ihre Uebergehoigkeit zu politischen Parteizwecken ausnützen und mißbrauchen“, zugeben müssen, daß ein Beweis für die Verleumdung nicht erbracht ist, daß vielmehr „Arbeitgebervertreter die Unparteilichkeit der Klagenführung und das Fernbleiben ungebührlicher Eindrücke von außen bezeugt“ haben. Es heißt da weiter in den Motiven: „Tatsächlich hatte denn auch bei den vom Reichsamt des Innern veranstalteten Besprechungen mit Vertretern der Klasse eine Anzahl der erwähnten Arbeitgeber das Vorhandensein parteipolitischer Mißbräuche innerhalb der Verwaltung ihrer Klasse nachdrücklich in Abrede gestellt.“ Die Regierungskommission haben ja auch in der Kommission zugeben müssen, daß sie keinerlei Material für die infamen Verdächtigungen, mit denen massenhaft das Scharfmachergezinde aufgetreten ist, besitzen. Sie suchten den von der Sozialdemokratie erbrachten Beweis des verleumderischen Inhalts jener Ausstreunungen durch die Ausrede zu bemänteln, „so etwas läßt sich eben sehr schwer beweisen“. Die schwarz-blaue Klodpresse trägt durch die gekennzeichneten Manöver das Wasser, um desto leichter fischen und die Arbeiter um den Rest ihres Selbstverwaltungsgesetz in den Krankenkassen bringen zu können.

Die neue Wahlrechtsvorlage.

Der Zentrumsabgeordnete Schmedding hat in einer öffentlichen Versammlung erzählt, daß dem Landtage bereits in der nächsten Session eine neue Wahlrechtsvorlage vorgelegt werden solle. Die werde dann jedenfalls nicht viel anders aussehen, als das vom Herrenhaus zusammengepöbelte Konstrukt, und deshalb von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses abgelehnt werden. Denn es sei nicht anzunehmen, daß die Konservativen ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage ändern würden.

Auch die „Deutsche Tages-Zeitung“ scheint die abermalige Einbringung der Wahlrechtsvorlage zu fürchten, anders läßt sich wenigstens nicht die Behemung erklären, mit der sie gegen eine Notiz der „Berl. Vol. Nachr.“ ins Geschick geht. Das Agrarierblatt tut zwar so, als halte es gerade diese Notiz des häufig offiziös inspirierten Organs für eine rein private Stillübung; allein die dabei an die Regierung gerichtete dringliche Mahnung, doch ja nicht „von amtlicher Seite aus den Wahlreformgedanken auch nur irgendwie wieder in die Debatte zu werfen“, verrät nur zu deutlich die Besorgnis des Bündlerblattes vor der Einlösung des in der Wahlrechtsfrage verpöbelten Königswortes!

Sollten übrigens die Auslassungen der „B. P. N.“ wirklich von offiziöser Herkunft sein, so würden sie die Vermutung des Herrn Schmedding, daß Bethmann Hollweg an der herrenhäuserlichen Verunstaltung des Wahlrechtswechselbalses festhalten werde, bestätigen. Denn in dem Artikel der „B. P. N.“ heißt es:

„Vielmehr stellt sich sowohl die Regierungsvorlage, wie die Wahlrechtsreform nach den Beschlüssen des Herrenhauses als die sachgemäße Ausführung der in jener Thronrede niedergelegten landesherrlichen Willens-erklärung dar. Nicht dasselbe läßt sich aber von der Wahlrechtsreform nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses sagen, denn in diesen Beschlüssen wird verabsäumt, die Vermessung des Wahlrechts nach dem wirklichen Gewicht der Stimmen durch Beseitigung der dem jetzigen Dreiklassenwahlsystem anhaftenden Mängel sicher zu stellen. Außerdem wird durch Aufrechterhaltung der Drittelung in den Urwahlbezirken den breiten Schichten des Mittelstandes der ihnen gebührende Einfluß auf das Ergebnis der Wahlen sowohl in den reicheren wie in den Arbeitervierteln der großen Städte entzogen. Wenn man sich daher für die Folge bezüglich der Reform des preussischen Wahlrechts auf die Thronrede von 1908 berufen will, so wird man sich daran erinnern müssen, nach welchen Richtungen hin die Thronrede unser Wahlrecht in Wirklichkeit reformiert wissen will.“

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ erklärt, diese Darlegungen deshalb nicht für offiziös halten zu können, weil die Regierungsvorlage gerade die Drittelung nach Urwahlbezirken als besonders mittelstandsfreundlich gepriesen habe. Das ist Tatsache. Ebenso ist jedoch Tatsache, daß Herr v. Bethmann Hollweg ja bereits im Landtage nicht nur in der Frage der Drittelung, sondern auch in der der Maximierung seine eigene Vorlage vollständig preisgegeben und sich den Wünschen der freikonservativen und nationalliberalen Scharfmacher angepaßt hatte!

Wir halten es deshalb für durchaus möglich, daß Herr v. Bethmann Hollweg tatsächlich den Versuch machen wird, eine Wahlreform nach dem Rezept der Jeditz, Köchling und Konforten durchzuführen. Und zwar möglichst schon vor den nächsten Reichstagswahlen!

Die Volksmassen werden es sich nicht nehmen lassen, dabei noch ein weit kräftigeres Wortlein mitzusprechen, als das letzte Mal!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juli 1910.

Die Klage um Rheinbaben.

Der schwarz-blaue Vlod ist sichtlich mit Herrn v. Bethmann unzufrieden und will ihm die Ausschiffung seines Konkurrenten, der eine so verlässliche Stütze der liberal-konservativen Koalition war, nicht ungerügt hingehen lassen. War das Grollen schon in den konservativen Blättern deutlich vernehmbar, so nimmt sich die „Germania“ erst recht kein Blatt vor den Mund. Sie verlangt die vollständige Unterwerfung und schreibt drohend:

„Am letzten Ende muß auch das Ministerium Bethmann Hollweg Farbe bekennen, mit der philosophischen Nahe kommt man nicht durch und mit Droheln auch nicht. Die Parteien wollen sich beizeiten orientieren. Auch das Zentrum hat ein solches Recht auf Klarheit, da es gar keine Veranlassung hat, das Konto Bethmann Hollweg einstens mit übernehmen zu müssen. Im Reiche hat der Reichstanzler garnichts zu-

gunsten des Zentrums getan, in Preußen hat er bei der Wahlreform gegen dieses gearbeitet; seine politische Vergangenheit als Vlodstaatssekretär ist für uns nicht beruhigend und ermunternd. Wenn man alles zusammenfaßt, bleibt ein Rest gesunden Mißtrauens gut begründet. Aber wir sind objektiv genug, dieses zurückzustellen, wenn die Taten des Ministeriums dies gerechtfertigt erscheinen lassen.“

Uns will bedünken, daß die Äußerungen des Mißvergnügens, die jetzt so gehäuft in der schwarz-blauen Presse zu finden sind, nicht um der Trauer um Rheinbaben entspringen. Sie sind vielleicht weniger auf die Regierung als auf die Nationalliberalen berechnet. Zum die Schwarzblauen unzufrieden, ist das für Nationalliberale nicht ein genügender Beweis, daß das Ministerium vielleicht doch im dunkeln Grunde seines Herzens liberal angehaucht ist? Und diese Spekulation braucht die Schwarzblauen gar nicht zu krügen. Macht doch schon die nationalliberale „Magdeb. Ztg.“ Front gegen die „Nörgerei“ und nennt die Abgabe der „Nationall. Korresp.“ eine verfrühte; sie verlangt, daß das deutsche Bürgertum Bethmann Hollweg für die Verurteilung Lenzes Dank wisse. Lange wird es also nicht dauern und die Nationalliberalen sind wieder versöhnt.

Das freie Bayern.

Bei der Hundertjahrfeier der Zugehörigkeit Erlangens zu Bayern hielt Prinz Ludwig von Bayern eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte: Wenn Sie in hundert Jahren gut bayrisch geworden sind, so haben wir das in allererster Linie der Verfassung zu danken, die König Max gegeben hat und die unverbrüchlich die ganze Zeit über gehalten worden ist. Ein freieres Volk, als das bayrische, gibt es nicht, und es ist eine Freude für das Königshaus, an der Spitze eines freien und treuen Volkes zu stehen.

Darüber, daß Bayern das freieste Land ist, wollen wir mit dem Prinzen Ludwig nicht rechten, obwohl sich unschwer einiges dagegen anführen ließe. Desto interessanter ist die Besinnung, der der Prinz Ausdruck gibt. Mit welcher Verachtung wohl der bayerische Thronfolger auf das Land der Dreiklassenschmach herabbliden muß und wie er wohl über die Hohenzollern denken mag, die der Freude, die er empfindet, so ganz entbehren, allerdings ohne diese Entbehrung auch nur zu fühlen.

„Kriegsdriftungen“.

München, 4. Juli. Unter der Epizentrale „Kriegsdriftungen“ schreibt der „Bayer. Kurier“:

„In Berliner Regierungskreisen und vor allem auch in der Umgebung des Kaisers herrscht arge Besorgnis vor den kommenden Reichstagswahlen. Man rechnet mit 100 bis 130 sozialdemokratischen Mandaten. Diese Besorgnis hat Veranlassung gegeben, eine kräftigere Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen in Aussicht zu nehmen, die auch den Linksliberalismus treffen sollen.“

Weiter bemerkt das genannte Zentrumsblatt, es sei nicht bekannt, ob an mehreren anderen Orten Deutschlands ähnliche Unternehmungen geplant seien. Tatsache sei es aber, daß in München eine Gruppe von Persönlichkeiten zwecks Gründung eines großartigen Zeitungsunternehmens zusammengetreten ist, die mit dem Fürsten von Fürstenberg in Verbindung stehen solle. An der Spitze des Unternehmens stehe in München ein bekannter israelitischer Verlagsdirektor. Das Blatt, das im Herbst dieses Jahres zum erstenmal erscheinen und trotz zweimaliger täglicher Ausgabe nur 150 Mark vierteljährlich kosten werde, solle den Standpunkt der Rechtsliberalen und die Interessen der Arbeitgeber vertreten und, ohne einen Parteistandpunkt zu betonen, die Sozialdemokratie bekämpfen. Dem neuen Blatte sollen alle Reichs-, Staats- und Gemeindefürsorge, dann die Bilanzen der Banken, der Großindustrie usw. zugewendet werden. Dadurch und durch seine Reichhaltigkeit hofft man es infolge seiner Billigkeit massenhaft in Stadt und Land verbreiten zu können und alles andere aus dem Felde zu schlagen, so daß das Blatt bis zu den nächsten Wahlen erheblichen Einfluß auf die öffentliche Meinung gewonnen hätte. Als Kapital für das Unternehmen, das mit einer Jahresausgabe von 1800 000 M. rechnet, seien 4 Millionen Mark angenommen, wovon 2 Millionen bereits gezeichnet seien. Den Rest hofft man aus den Kreisen des Handels der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft binnen kurzem zu erhalten.

Der „Bayer. Kur.“ will es seinerseits dahingestellt sein lassen, ob die geplanten Maßnahmen die richtigen seien. Größte Vorsicht scheint ihm von seinem Standpunkt aus geboten, weil, wie er sagt, der Hansabund mit der Sache in Verbindung stehe.

Zur Kandidatur Wassermanns für Saarbrücken.

Auf unseren Artikel, in dem wir mitteilten, daß der Vorstand der nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Saarbrücken dem Abg. Wassermann die Kandidatur für die kommende Reichstagswahl angeboten, dieser jedoch abgelehnt habe, weil die Großindustriellen, hauptsächlich Dr. Köchling, gegen ihn waren, teilt Herr Wassermann der „Nat.-Ztg.“ mit, daß ihm die Saarbrücker Kandidatur tatsächlich angeboten worden sei, er sie aber aus „anderen“ Gründen, nicht wegen der Gegnerschaft der Großindustriellen, abgelehnt habe, ohne jedoch die „anderen Gründe“ mitzuteilen. Herr Wassermann selbst ist vorsichtig oder lug genug und schweigt sich über die Stellung der Großindustriellen zu seiner Politik und das gegenseitige „Freundschaftsverhältnis“ aus, während die „Saarbrücker Zeitung“, das „führende“ nationalliberale Parteiblatt an der Saar, am 4. Juli nicht nur die „Gründe“ der Ablehnung Wassermanns mitteilt, sondern allen Ernstes zu bestreiten wagt, daß eine Gegenströmung im Parteilager vorhanden war. Nach Wiedergabe unserer Mitteilungen und der Erklärung Wassermanns schreibt das Blatt:

„... Wie schon aus der Erklärung des Herrn Wassermann selbst hervorgeht, ist an der Geschichte nur das eine wahr, daß man mit Herrn Wassermann Fühlung wegen der Kandidatur genommen hatte. Herr Wassermann lebte aber, wie wir wissen, von vornherein ab, weil er nicht mehr kandidieren will. Verhandlungen, in denen die Großindustrie ihre Gegnerschaft zum Ausdruck bringen konnte, haben bei dieser Sachlage überhaupt nicht stattgefunden. Es genügt wohl allein diese Feststellung, um die Haltlosigkeit der Angaben in dem sozialdemokratischen Blatte darzutun.“

Entweder sind diese Ausführungen auf Hochtäuscherei berechnet oder das „führende“ nationalliberale Blatt hat keine Ahnung von den Vorgängen innerhalb seiner eigenen Partei. Herr Wassermann sagt selbst, daß man ihm die Kandidatur in aller Form angeboten hat, während das „führende“ Parteiblatt nur von einer — Fühlungnahme weiß! Und da Herr Wassermann von vornherein ablehnte, hätten Verhandlungen, in denen die Großindustrie ihren Standpunkt zum Ausdruck bringen konnte, überhaupt nicht stattgefunden. Demnach würde man im Wahlkreise Saarbrücken die Reichstagskandidatur vergeben, ohne die Großindustrie, ohne die eigentliche Partei selbst zu fragen! Das glaubt der „Saarbr. Ztg.“ nicht einmal ihr Scherzlist, geschweige sonst jemand, der die Verhältnisse auch nur halbwegs kennt. Wir wollen dem „führenden“ nationalliberalen Parteiblatt, um es über seine totalen Unkenntnisse im eigenen Parteilager etwas aufzuklären, mitteilen, daß tatsächlich und sogar mehrfach Auseinandersetzungen stattgefunden haben, in denen sogar scharf gegen die Stellung Wassermanns angekämpft wurde.

Aber nicht nur im Wahlkreis Saarbrücken allein herrscht Un-
einigkeit, sondern im Wahlkreis Wittlicher St. Wendel-
Kreis liegen die Dinge ähnlich. Hier herrscht gegen
Schubert eine starke und auch berechtigte Mißstimmung im eigenen
Lager, so daß man auch dort noch nicht zur Erledigung der
Kandidatenfrage gekommen ist. Dort hofft man, Herr v. Schubert
werde ins Eisenbahnministerium zurückkommen — pardon — berufen
werden, damit die Bahn für einen Kandidaten frei werde, von dem
man hofft, daß er den Wahlkreis besser vertreten als Herr v. Schubert.
Die „Liberale“ an der Saar sind in beiden Wahlkreisen, die Stimm-
so lange in „Licht und Ordnung“ gehalten hat, in großer Schwulst,
darüber vermag die „Saarbr. Ztg.“ niemanden mit Vertuschungsartikeln
hindwegzuführen.

Die elsässische Verfassungsfrage.

Die die offizielle „Straßburger Korrespondenz“ unter dem 4. Juli
mittelt, ist in der zweifelhafte Vernehmung über die elsä-
sische Verfassungs- und Wahlrechts-
fragen, die am 2. d. M. in Berlin zwischen dem Reichs-
kanzler, dem Statthalter Grafen v. Wedel, dem Staatssekretär
des Innern Delbriick und dem Staatssekretär für Elsaß-Lothringen
Freiherrn von v. Dulaß stattgefunden hat, über alle Einzel-
fragen zwischen der Reichsregierung und der Landesregierung von
Elsaß-Lothringen eine Einigung erzielt worden.

Nun wäre es aber an der Zeit mitzuteilen, worin diese Einigung
besteht.

Schon wieder die Breslauer Polizei.

Breslau, 5. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der „Breslauer Generalanzeiger“ meldet:

Am Sonnabend mittag fuhren Studenten durch die Stadt.
Die Straßenjugend begleitete die Wagen, um von den Inoffizien
Blumen zu erhalten. Als das Gefährt die Ecke des Stadtgrabens
passierte, an der gerade die Straße aufgerissen ist, stautete sich die
Kinderchar, und die übrigen Straßengänger, die der Weg
gerade vorbeiführte, suchten die sämtliche Gasse zu benutzen. Obwohl
mit der Stauung drei bis vier Meter hinter dem Wagen ein-
trat, schien einer der berittenen Schützen, die den Wagen be-
gleiteten, darin eine Verlethung zu erblicken. Er ritt
mehrere Male in die Menge der Kinder und
Passanten hinein, so gut es ging, über die auf-
geworfenen Erd- und Steinmassen hinweg zu entkommen suchten.
Ein kleiner, barfuß laufender Knabe wurde vom Pferde ge-
treten und so erheblich verletzt, daß er sofort
zusammenbrach. Der Name des Schützenmanns ist festgestellt.

Die „Breslauer Volksmacht“ fordert die beteiligten Eltern
auf, Strafantrag gegen den Schützenmann zu stellen.

Konflikt im Lager der sächsischen Nationalliberalen.

Es war vorausgesehen, daß der Beschluß der Nationalliberalen
in Chemnitz in der Angelegenheit Langhammer zum Konflikt führen
würde. Am Montag hielt der Nationalliberale Verein in Chemnitz
eine Sitzung ab, in deren Verlauf neun von den Vorstandsmit-
gliedern ihre Amt niederlegten und den Austritt aus dem Verein
erklärten. Die übrigen Vorstandsmitglieder verbleiben nur bis
zu der in nächster Zeit stattfindenden Generalversammlung, wo sie
gleichfalls zurücktreten wollen.

Staatdrettung in Halle.

Im Apollotheater zu Halle a. S. gastiert gegenwärtig ein
Berliner Theater-Ensemble, welches das Militärstück Leo Jung-
manns „Die letzten sechs Wochen“ aufführt. Das Stück behandelt
das Kapitel der Soldatenniederlegungen, ist aber in seiner Kritik
recht harmlos. Die hiesige Polizei verbietet die Fortsetzung der
Aufführungen und führte begründend dazu aus, daß „durch die
Darstellung des Stückes im Innern der Zuschauer Vorstellungen
wachgerufen oder befestigt werden, die zu einem die staatliche Ord-
nung gefährdenden Verhalten zu führen geeignet sind.“

Danach ist das heutige Militärstück bereits so hinfällig, daß
die zähme Kritik eines bürgerlichen Theaterkritikers umstände
ist, seinen Bestand zu gefährden!

Profetariatsleben in Baden.

Die Arbeitseinstellungen in der Tabakindustrie
nehmen auch in Baden immer größeren Umfang an. Es stellen jetzt
auch im Mittellande die Fabriken infolge der Tabaksteuer den Be-
trieb auf längere Zeit ein; viele Fabrikanten lassen noch im Schicht-
wechsel arbeiten und stellen eine längere Unterbrechung des Betriebes
in Aussicht. Diese sehr bedenklichen Erscheinungen veranlassen die
sozialdemokratische Fraktion der Zweiten badischen Kammer zur fol-
genden Interpellation:

Ist die großherzogliche Regierung bereit, beim Bundesrat zu
beantragen, daß den infolge der Erhöhung der Tabak-
steuer arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern auch über
den 1. Dezember 1910 hinaus die Reichsunterstützung gewährt
wird; und will sie, falls die nötige Aenderungen der Reichsge-
gebung nicht zustande kommt, rechtzeitig Vorkehrungen treffen, daß den
badischen Tabakarbeitern aus Staatsmitteln Arbeitslosen-
unterstützung gewährt wird?

Der Notstand unter der badischen Arbeiterklasse ist überhaupt
ein sehr schlimmer. Infolge des Regenwetters geht das neu-
begonnene Gangegeschäft schlecht, die Nahrungsmittel werden wegen
der Verödung der Gemäße und des Obstes durch die nasse Witterung
immer teurer, die Fleischpreise bleiben dauernd auf einer
Höhe, die es dem Arbeiter fast unmöglich macht, sich Fleischnahrung
zu verschaffen, die Milchpreise steigen gleichzeitig. In dieser
Woche wird die Zweite Kammer endlich eine seit Wochen ein-
gebrachte, sozialdemokratische Interpellation über diese Notlage
erledigen. Natürlich wird der Geist der Agrarier die Mehrheit be-
herrschen.

Die neue Tabaksteuer.

Der Wertollzuschlag auf Rohtabak und Zigarren, der seit dem
15. August 1909 in Kraft ist, hat bis zum 31. März 1910 eine Ein-
nahme von 18 830 654 M. gebracht. Davon entfallen auf Rohtabak
15 251 892 M. und auf Zigarren 3 578 762 M. Die durch die Nach-
berzollung verminderten Beiträge sind hierbei nicht mitgerechnet.
Der Durchschnittswert eines Doppelzigaretten-Rohstabak stellt sich nach
Berechnung der „Süddeutschen Tabakzeitung“ für die Zeit vom
15. August 1909 bis zum 31. März 1910 auf 152 M. Der Durch-
schnittswert von 1000 Stück Zigarren hat für die Zeit vom
15. August 1909 bis zum 31. März 1910 77 M. betragen.

Rechnet man den Wertoll von 40 Proz. in einen spezifischen
Zoll um, so ergibt sich, daß auf 1 Doppelzigaretten-Rohstabak im Durch-
schnitt ein Zollzuschlag von rund 61 M. kommt. Da außerdem
85 M. Gewichtszoll erhoben werden, so beträgt der Gesamtzoll
durchschnittlich 146 M. auf 1 Doppelzigaretten. Bei Zigarren macht der
Wertollzuschlag im Durchschnitt rund 31 M. pro Rille und 607 M.
pro 100 Kilogramm Reingewicht aus. Unter Hinzurechnung des
Gewichtszolles von 270 M. ergibt sich daher ein Gesamtzoll von
durchschnittlich 877 M. auf 1 Doppelzigaretten. Da früher auf Roh-
tabak nur 88 M. und auf Zigarren nur 270 M. pro 100 Kilo-
gramm erhoben wurden, so tritt durch die Finanzreform eine Er-
höhung des Zolles auf Rohtabak um durchschnittlich 72 Proz. und
auf Zigarren um durchschnittlich 225 Proz. ein. Im Verhältnis
zum Wert stellt sich der Gesamtzoll bei Rohtabak auf etwas über
100 Proz., bei Zigarren auf 68 Proz. im Durchschnitt.

Oesterreich.

Kritische Lage.

Wien, 5. Juli. Der Nationalitätenauschuss hielt
heute die erste Sitzung zur Beratung des Antrages Adlers über
die Minoritätensachen ab. Der Abgeordnete Strauß (portifolioser
Lidener) beantragte Verlegung der Sitzung, da er aus zuverlässiger
Quelle erfahren habe, daß sich die Regierung im Zustande
einer Krise befindet. Für die Verlegung traten ein: die

Christlichsozialen, welche erklärten die Komödie nicht mit-
machen zu wollen, die Deutschen mit Rücksicht auf die
parlamentarische Krise, insbesondere auf die Vorgänge im Budget-
ausschuss, und die Polen, welche Kompetenzbedenken vorbrachten.
Wegen die Verlegung sprachen sich aus: die Sozialdemo-
kraten, welche es als Fribolität erklärten, wenn man den
Ausschuss an der Aufnahme der Arbeiten verhindern wollte, die
Jugoslawen, die Südslawen und die Ruthenen. Darauf wurde der
Verlegungsantrag mit 23 gegen 15 Stimmen angenommen.

Der Budgetausschuss legte die Beratung über die
italienische Rechtsfakultät fort. Da der Abg. Pochobay trotz
des Einspruchs des Vorsitzenden Kowenitsch sprach, erklärte der Vor-
sitzende Chiari, daß er den Vorsitz niederlege. Die
Sitzung wurde darauf unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der
Sitzung wollte der selbstvertretende Vorsitzende Maslalka die
Sitzung schließen. Hieran knüpfte sich eine längere stürmische
Geschäftsordnungsdebatte. In namentlicher Abstimmung wurde
sobald die Fortsetzung der Verhandlung mit 29 Stimmen gegen
eine Stimme beschlossen.

Das Spiel ist aus.

Wien, 5. Juli. Der Reichsrat ist heute vertagt
worden.

Frankreich.

Ein reaktionärer Beschluß.

Paris, 5. Juli. Der Gemeinderat hat mit 45 gegen
11 Stimmen nach längerer Debatte eine sozialistische
Resolution abgelehnt, worin dem Polizeipräsidenten Lospine
ein Tadel wegen des Vorgehens der Schutzeleute bei den Un-
ruhen am 20. Juni ausgesprochen werden sollte.

Spanien.

Die Verfassungsfrage.

Madrid, 4. Juli. Deputiertenkammer. Der Republikaner
Agarate verlangte Aufklärung über die Ursachen der letzten
Ministerkrise, er beschuldigte die Monarchie, sie habe sich über
die Verfassung hinweggesetzt; zum Vorkrieg bemerkte
der Redner, man hätte ihn nach dem ersten Kampf beenden müssen,
da man die Geldmittel besser für das Land zum Bau von Straßen
und Kanälen, die Spanien so dringend brauche, benutze. Agarate
lobte die antikerikale Politik des Ministerpräsidenten, sie
sei aber unvollständig, denn man müsse die Verfassung
reformieren und volle Autonomie einführen.

Ministerpräsident Canalejas erklärte, Morcos Sturz sei
verfassungsmäßig gewesen, er sei durch Gegenstände innerhalb
der liberalen Partei verursacht worden. Der König habe, indem er das
gegenwärtige Kabinett zur Macht berufen, die Frage im vater-
ländischen Sinne gelöst. Canalejas betonte, es sei gefährlich,
die Verfassung zu reformieren, das werde aber nicht
hindern, die in der Thronrede angegebenen Punkte zu verwirklichen.
Ueber Marroko sagte der Minister, Spanien habe gegenwärtig
Verpflichtungen, werde sich ihrer aber zu entledigen wissen.

Agarate antwortete, Canalejas sei Anhänger der Ver-
fassungsreform, wage aber nicht, sie vorzunehmen. Es sei gut,
Gente zu behalten, um es eines Tages gegen Gibraltar austauschen
zu können.

Dänemark.

Der Ministerwechsel.

Kopenhagen, 4. Juli. (Eig. Ber.) Das Ministerium Jähle
hat seine Laufbahn beendet. Sie währte nur acht Monate. Als
Ende Oktober vorigen Jahres die Radikalen sich entschlossen, die
Regierung zu übernehmen, konnte man auf eine längere Dauer
ihres Ministeriums nur unter der Voraussetzung rechnen, daß nach Auf-
lösung des Folkething eine aus Radikalen und Sozialdemokraten
zusammengesetzte Mehrheit zustandekommen werde. Wäre es dem
Ministerium gelungen, eine gerechte Wahlkreisinteilung durchzuführen,
so hätte man wohl mit einem Sieg der sozialdemokratischen Grundsätze bei
der Neuwahl rechnen können. Aber in ihrem wohlbestandenen
Parteiinteresse brachte es die verbündete Reaktion fertig, die Wahl-
kreisreform, wie so manche andere schöne Reform, einzupöbeln. Nach
den Wahlen vom 20. Mai d. J. lehrten die Radikalen und die
Sozialdemokraten in ihrer bisherigen Stärke in das Folkething
zurück, zu schwach, um das Ministerium halten zu können. Als
am 28. Juni der Reichstag zu seiner außerordentlichen
Sitzung zusammentrat, schlossen sich die sogenannten Dele-
gationsparteien zu einer einheitlichen Partei zusammen,
um eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, und gaben sich den
Namen „Venstre-Blöke“. Das neue Gebilde von Gemäßigten und
Reformlinkenmännern bekümmert sich zu dem Programm der Ein-
heitsreformpartei, das ziemlich demokratisch und radikal schillert, mit
schönen Grundfäden, an deren Verwirklichung die Herren kein
Interesse haben. Die neue Partei verfügt über 57, also genau die
Hälfte der Folkethingsmannate, und im Landsting über 24 Sitze
von 66. Die Rechtenpartei des Folkething, deren Abgeordneten-
zahl bei der Neuwahl von 21 auf 13 gesunken ist,
hat sich in zwei Gruppen gespalten, eine von sechs Mann, die die
„Linke“ zu unterstützen bereit ist und bei der Wahl des Folkething-
präsidenten für deren Kandidaten Thomsen und den beim Reichs-
gerichtspräsidenten mit blauem Auge dahingekommenen Christensen
stimmt, und eine sieben Mann-Gruppe, die sich in ihrem Kon-
servatismus mehr Selbstständigkeit bewahren will und vielleicht auch
durch ein gewisses Reinlichkeitsgefühl abgehalten wird, sich mit den
durch die Alberti-Affäre kompromittierten Leuten zu verbinden.

Die Aufgabe, das neue Ministerium zu bilden, ist dem früheren
Minister des Innern Klaus Værnsen zugefallen. Er ist Minister-
präsident und Verteidigungsminister geworden. Er war in seiner
Jugend so radikal in seinen Reden, daß ein Geistlicher es für nötig
sah, von der Kanzel seine Schäfchen vor ihm zu warnen. Aber
seitdem er vor 35 Jahren Folkethingsmann wurde, hat
er sich immer zu den Gemäßigten gehalten. Minister des
Aeußeren ist der Graf Ahlefeldt-Laurvig geworden,
Auktionsminister Hochschulvorsitzer Appel, Landwirtschafts-
minister Anders Nielsen, Verkehrsminister Thomas
Værnsen, Minister des Innern Vandal Director Sönderup, Justiz-
minister der Rechtsabteilung Salow und Handelsminister der Groß-
kaufmann Rud. Unter diesen Leuten ist Anders Nielsen der
jenige, der sich am meisten belampt, aber am wenigsten berühmt
gemacht hat. Er war einer der Hauptmacher, die den Milionen-
schwindler Alberti im Folkething allen noch so wohlbegründeten
Angriffen gegenüber in Schutz nahmen, und er erwarb sich damit
bei der Opposition den Titel Albertis Schlächterhund.

Der Drohtzieher bei der Zusammenstellung des neuen
Ministeriums ist übrigens der frühere Ministerpräsident Christensen
und, offenbar aus Dankbarkeit für die erfolgreiche Verteidigung vor
dem höchsten Gericht, hat er auch dafür gesorgt, daß sein und
Sigurd Bergs Advokat Salow Justizminister wurde. In Zu-
kunft können also Minister, die ihre Amtspflichten gerichtlicher
vernachlässigen und dem Lande dadurch großen Schaden verursachen,
damit rechnen, im Justizminister einen eifrigen Verteidiger zu
finden.

Gutes hat das dänische Volk von dem neuen Ministerium, das
wahrscheinlich auch nicht sehr lange am Leben bleiben wird, nicht zu
erwarten. Eine neue Staatsanleihe von 100 Millionen ist
bereits vorgezogen. Die Militärgehe von 1900 mit ihrer
blödsinnigen Festungsbauerei, die das radikale Ministerium abzu-
ändern oder zu befeitigen trachtete, sollen nun durchgeführt werden
und das Volk soll die Kosten tragen.

China.

Neue Unruhen.

Tsingtau, 5. Juli. In Laitschow, in der Provinz Schantung,
sind infolge Hungersnot Unruhen ausgebrochen.
Die Bevölkerung demolierte die Speicher. Der Zustand richtet sich
gegen die Notabeln, die beschuldigt werden, Reiskorner auf-
gepöbelert zu haben.

Aus der Reichsversicherungsordnungs- kommission.

Sitzung am Dienstag, den 5. Juli 1910.

Die heutige Sitzung wurde ganz mit der Aussprache über die
Arztfrage

ausgefüllt. Trotzdem gelang es noch nicht, die allgemeine Debatte
zu schließen.

Es traten dieselben Gegenstände zulage wie gestern. Die beiden
Kerzte, die Fortschrittler Dr. Mugdan und Dr. Strube,
wiederholten immer wieder, daß das Heil einzig und allein in der
freien Arztwahl liege. Dadurch brachten sie schließlich die
Regierungsvertreter aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraus.
Der Staatssekretär und der Ministerialdirektor Caspar
führten mehrere Beispiele vor, die beweisen sollten, daß der Kampf
um die freie Arztwahl oft genug zu unheilbaren Zuständen ge-
führt habe.

Die Sozialdemokraten gingen auf diese Fälle nicht
näher ein. Im Eifer des Kampfes seien Ausschreitungen un-
vermeidlich. Darüber sich zu entzünden, habe jetzt keinen Zweck.
Vielmehr müsse danach gestrebt werden, die Kämpfe selbst möglichst
zu vermeiden. Das sei aber nur dann, ohne Schädigung der Ar-
beiter, zu erreichen, wenn die Kassen das Recht haben, je nach ihren
Verhältnissen die freie Arztwahl durchzuführen oder mit einzelnen
Kerzten besondere Verträge abzuschließen. — Auf die
Ueberreibungen der Herren Dr. Mugdan und Dr. Strube
antworteten unsere Genossen: Die Kassen, die z. B. hier mit dem
Verein Berliner Kassenärzte besondere Verträge abgeschlossen haben,
können in der Hauptsache den Vergleich mit den Kassen, die
freie Arztwahl haben, sehr gut aushalten oder sind, wie die
Ortskrankenkasse der Kaufleute, weit voran. All die Vorteile, die
an der Leipziger Kasse gerühmt werden, z. B. Familienunter-
stützung, Erholungsheime, medikomedizinische Institute, sind ein-
gerichtet worden, als die Kasse sehr beschränkte Arztwahl hatte.
Die Dresdener Kasse mit ihren sehr guten Einrichtungen, die
Straßburger Kasse und die meisten anderen, die eine fortgeschrittene
Verwaltung haben, haben nicht freie Arztwahl.

Für eine möglichst unbeschränkte freie Arztwahl trat Abg. Au-
lert ein. Er berief sich auf die Unterdrückungsmassnahmen
gegen die Polen, die befürchten lassen, daß in vielen Fällen polnische
Kerzte von der Kassenpraxis ausgeschlossen würden, wenn besondere
Arztverträge zulässig sein sollten.

Im übrigen brachte die Debatte die Auseinandersetzung über
den Antrag des Dr. Hise und über den Antrag der National-
liberalen. Der Antrag des Abg. Dr. Hise will als Regel die
ganz unbeschränkte freie Arztwahl durchzuführen, so daß jeder Arzt,
der im Bereiche der Kasse wohnt, das Recht hat, dem allgemeinen
Kerzervertrag beizutreten und die Kassenmitglieder zu behandeln.
Will eine Kasse mit einer bestimmten Zahl von Kerzten einen be-
sonderen Vertrag abschließen, so bedarf sie die Genehmigung des
Oberberufungsamts und diese darf nur in besonderen Notfällen
erteilt werden.

Ministerialdirektor Caspar machte darauf aufmerksam, daß
nach diesem Antrage nicht einmal die Entwicklung, wie sie in
Württemberg eingetreten und gerade von den Freunden der
freien Arztwahl begrüßt worden ist, zulässig sein würde. Denn
auch sie beruhe darauf, daß die Kassen einen besonderen Vertrag
mit einem gewissen Kreis von Kerzten abschließen.

Der Vertreter der sächsischen Regierung schil-
derte das Verhältnis der Ortskrankenkasse in Leipzig zu den
Kerzten, auf das sich die Befürworter der freien Arztwahl eben-
falls berufen hatten. Auch diese Kasse habe einen ihr allerdings
feinereit durch die Aufsichtsbehörde aufgezogenen besonderen
Vertrag mit der Organisation der Kerzte. Auch dieses Verhältnis
sei mit dem Antrage des Abg. Hise nicht vereinbar.

Genosse Hoch ging auf die Verhältnisse bei der Ortskrankenkasse
in Frankfurt a. M. ein. Hier zeige sich daselbst wie in
Leipzig, Stuttgart usw. Die Kasse habe die Zulassung zur Kassen-
praxis ebenfalls durch einen besonderen Vertrag mit der ärztlichen
Organisation beschränkt. Und es kommen aus Frankfurt ebenso
wie aus Stuttgart Klagen darüber, daß die ärztlichen Organi-
sationen einzelne Kerzte unerschütterterweise von der Kassenpraxis
fernhalten. Daher stehe der Antrag des Abg. Dr. Hise im Wider-
spruch mit der Entwicklung, die selbst das System der freien Arzt-
wahl bisher genommen habe. Es sei geradezu undurchführbar, daß
— abgesehen von außerordentlichen Notfällen — die unbeschränkt
freie Arztwahl durchgeführt werde. Ueberdies sei es unerschütterlich,
daß — abgesehen von jenen Ausnahmefällen — überall dort, wo
besondere Arztverträge bestehen, diese beseitigt werden sollen, wenn
auch die Kassenmitglieder, die Kassenverwaltungen und die beteiligten
Kerzte selbst eine solche Aenderung gar nicht haben wollen. Die
Kassenmitglieder müßten das entscheidende Wort darüber zu sprechen
haben, welches Arztsystem in der Kasse durchgeführt werden soll.
Daher muß die Zustimmung hierüber in der Sitzung der Kassen
erfolgen. Im übrigen soll man die Verständigung der Kassen mit
den Kerzten möglichst erleichtern und ihnen den Zwang abnehmen,
sich unter allen Umständen dem Nachgeben der Kerzte zu fügen.
Der Antrag Hise dagegen sei unvereinbar mit dem Selbstbestim-
mungsrecht der Kassenmitglieder und deshalb unannehmbar.

Abg. Herold empfahl, daß ein Versuch mit dem Antrage
Hise gemacht werde. Bewähre sich die Bestimmung nicht, dann
könne sie ja später beseitigt werden.

Noch bedenkllicher erwiderte dem Abg. Weder-Kensberg der
Antrag seines Parteifreundes Hise. Trotzdem werde er, erklärte
Herr Weder, in der ersten Lesung für den Antrag Hise stimmen.
Er behalte sich aber ausdrücklich seine Stellung zu dem Antrage
für die zweite Lesung vor. Inzwischen werde er sich davon über-
zeugen, ob die Herren, die jetzt so schöne Worte für die freie Arzt-
wahl haben, dementsprechend auch dann stimmen werden, wenn es
sich um die Unfall- und Invalidenversicherung handle.

Er wühlte sich aber selbst von dem Abg. Dr. Würde sagen
lassen, daß der Antrag Hise noch über das hinausgehe, was Dr.
Mugdan und seine Freunde fordern. Im übrigen treten die
Nationalliberalen für ihren heute abgeänderten Antrag
ein. Nach demselben sollen die Kassen zwar das Recht haben, be-
sondere Kerzerverträge abzuschließen. Das jedoch eine Kasse mehr
als 2000 Mitglieder, so soll den Mitgliedern für jedes angefangene
weitere Tausend ein Arzt mehr zur Verfügung gestellt werden,
soweit die örtlichen Verhältnisse es gestatten. Damit wollen die
Nationalliberalen es einer größeren Zahl von Kerzten ermöglichen,
sich an der Kassenpraxis zu beteiligen.

Genosse Kolkenbühr erwiderte den Nationalliberalen, sie
müßten aus ihrem Antrage auch die Konsequenz ziehen, daß bei der
freien Arztwahl eine Maximalgrenze für die Zahl der Mitglieder
festgelegt werde, die von einem Arzt behandelt werden dürfen.
Denn wenn bei der freien Arztwahl ein Arzt mehrere Tausend
Mitglieder zu seinen Kunden habe, dann nehme er dort auch
mehreren anderen Kerzten die Existenzmöglichkeit. Allerdings hätte
eine Bestimmung, wie die in dem Antrage der Nationalliberalen,
das gute, daß einer Kasse, die im Konflikt mit den Kerzten stehe,
nicht mehr, wie es z. B. in Solingen geschähe, von der Aufsichts-
behörde die Verpflichtung auferlegt werden könne, eine verhältnis-
mäßig viel zu große Zahl von Kassenärzten zu besorgen. Vielmehr
würde dann auch in einem solchen Falle die Zahl der zu beschaffen-
den Kerzte nach dem Grundsatze jener Bestimmung zu bemessen sein.

Fortsetzung Mittwoch.

Gewerkschaftliches.

Ein Zurückzieher.

Herr Adolf Eichbaum, Schuhfabrikant in Mainz, der auf der Generalversammlung der Schuhfabrikanten den Vorschlag gemacht hatte, die Fabriken einige Wochen in der stillen Zeit unter Fortzahlung des Lohnes ganz zu schließen, schreibt an die Fachzeitschrift „Schuh und Leder“, der wir den Vorschlag einmommen hatten:

„Sie sagen, daß ich zum Endresultat gekommen sei, die Fabriken auf 4 bis 6 Wochen zu schließen, wobei den Arbeitern der Lohn weitergezahlt werden solle, hierzu sei ein Hand in Hand arbeiten mit den Arbeiterverbänden vorzuziehen. Diese Auslegung mag auf eine Deutung zurückzuführen sein, die meinem Referat während der Diskussion gegeben wurde, entspricht aber nicht dem, was ich vorgelegt habe. Sie werden in meinen Ausführungen finden, daß ich von einer bestimmten Zeitdauer überhaupt nicht gesprochen habe, sondern nur von einer kurzen Zeit, in der die Betriebe stillgelegt werden sollen, und daß ich nicht eine Weitervergütung „des Lohnes“ befürwortete, sondern nur sagte: es gäbe Mittel und Wege, dem Arbeiter auch während dieser Zeit seine Subsistenzmittel zu sichern. Welches die gangbaren Wege sind, wollte ich nicht sofort in der breiten Öffentlichkeit diskutieren wissen; ich hätte der Kommission, wenn eine solche zustande gekommen wäre, festumrissene Vorschläge gemacht. Daß aber ein Zusammengehen mit den Arbeiterorganisationen ganz unnötig wäre, wenn wir ohne weiteres den vollen Lohn während einer Ruhepause zahlen wollten, ist klar, denn dieses würde ohne Verhandlung und ohne Debatte von Seiten der Arbeiterverbände genehmigt werden.“

Das klingt nun freilich schon ganz anders. Um zu entscheiden, ob der Vorschlag in dieser Form diskutabel ist, müßte man erst wissen, wie hoch sich Herr Eichbaum die Subsistenzmittel denkt, die dem Arbeiter gezahlt werden sollen, während die Fabriken in der toten Saison stillliegen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Schmiede.

Die Streiklage ist unverändert. Die Innungsmeister nehmen eine abwartende Stellung ein, die schuldige Antwort an den Zentralverband haben sie noch immer nicht abgegeben, obgleich eine Friedensstimmung sich in einigen Gruppenversammlungen der Meister bemerkbar gemacht hat. Die Gesellen nehmen ebenfalls eine abwartende Stellung ein; ihre Reihen haben sich in den letzten Tagen um 14 Mann verstärkt, während in vier weiteren Betrieben die Forderungen durch Unterschrift der Meister anerkannt wurden. In einer Versammlung der Streikenden, die am Dienstagmorgen stattfand, wurde die gegenwärtige Lage eifrig besprochen und unter anderem gewünscht, daß die Aufmerksamkeit der Richter mehr als bisher auf den Streik gelenkt werde. Wiedert sind verschiedene Verhandlungen von Streikenden vorgenommen, so auch gelegentlich einer Ansammlung vor der Schmiede von Langer in der Wallerhauser Straße. In bürgerlichen Zeitungen wird die Sache entstellend und von einem „Meberfall“ der Werkstätte gesprochen. In den Zeitungen findet man immer wieder Angriffe, durch die Streikbrecher gesucht werden, besonders in der „Morgenpost“. Einige Meister holen ihre Gesellen mit dem Auto zur Arbeit ab und lassen sie auch wieder mit dem Auto nach Hause fahren. Mitgeteilt wurde in der Versammlung, daß bei Klatt in der Schornhorststraße ein Soldat die Stelle des Streikenden besetzt habe. Ein Streikender wurde von Streikbrechern überfallen und so zugerichtet, daß er nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht werden mußte. — Die zweite Woche des Streiks findet die Gesellen noch einmütig beieinander, sie warten noch immer darauf, daß die Meister wenigstens den schon vor dem Streik gemachten Vorschlag einer Unterhandlung über die strittigen Fragen beantworten werden, wie es doch allgemein üblich ist, daß auf eine höfliche Anfrage auch eine Antwort erfolgt.

Deutsches Reich.

Achtung, Töpfer! Der Streik im Innungsgebiet Alt-Landsberg ist zugunsten der Kollegen beendet. Der Erfolg ist eine 7—8prozentige Lohnerhöhung für bessere Arbeiten und die Tarifierung der Chamottearbeiten. Weiter tritt in den Orten, wo auf Bauten noch die 10stündige Arbeitszeit bestand, nun auch die 8stündige ein, so daß nunmehr für das ganze Innungsgebiet auf Bauten nur 8 Stunden gearbeitet wird. Auf Privat 9 Stunden Arbeitszeit. Tarife sind im Berliner Filialbureau: Engelauer 15, Zimmer 59 zu haben. Auch sind alle Anfragen betreffs dieses Tarifes nach dort hin zu richten.

Lohnbewegungen nach dem Kampfe im Baugewerbe.

Nach Beendigung der allgemeinen Aussperrung regen sich die Bauarbeiter in den Orten, in welchen nicht ausgesperrt wurde. Hier mühten während des großen Kampfes die berechtigten Wünsche der Arbeiter zurückgedrängt werden. Nun aber fordert diese auch ihr Recht und die erfolgreich abgeschlossene Bewegung hebt das Selbstvertrauen und den Kampfesmut der Mitglieder.

Die Maurer in Sorau i. P. haben sich in wenigen Tagen eine Lohnerhöhung von 5 Pf. und einen zweijährigen Vertrag erungen. Seit zehn Jahren bemüht sie sich um die Anerkennung der Organisation und um eine geordnete Regelung der Arbeitsbedingungen. Die Ungunst der Verhältnisse und die rückständigen Anschauungen der Unternehmer bewirkten, daß die Bemühungen der Arbeiter erfolglos blieben. Auch in diesem Jahre ließen sich die Unternehmer auf keine Verhandlung ein. Dann wurde der Bürgermeister um Vermittlung ersucht, der es vermag, den Maurern über das Resultat seiner Bemühungen Bericht zu erstatten. Schließlich eiften die Arbeiter die Geduld und sie griffen zum partiellen Streik, der zur Folge hatte, daß die Unternehmer einen Tarif anerkannten, der eine sofortige Lohnerhöhung von 8 Pf. und vom 1. April 1911 weitere 2 Pf. zusichert. Die Maurer in Oldenburg (Marx) setzten durch Verhandlung 2 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde durch.

Auf den städtischen Anstaltsbauten in Wuch besteht seit dem 1. Juli 1907 kein Vertrag. In diesem Jahre beginnt die Stadt Berlin wieder umfangreiche Bauarbeiten, zu deren Fertigstellung 6—8 Jahre in Aussicht genommen sind. Gegenwärtig sind bereits etwa 250 Maurer und Bauhilfsarbeiter beschäftigt. Durch Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Baugewerkschaften und dem Maurer- und Bauhilfsarbeiterverband ist unter Zustimmung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter ein Vertrag auf 8 Jahre geschlossen worden, der eine Lohnerhöhung von 6 1/2 Pfennig bringt. 2 1/2 Pfennig treten am 1. Oktober d. J. 8 Pfennig am 1. Oktober nächsten Jahres und ein Pfennig am 1. Juli 1912 in Kraft. Der Maurerlohn beträgt dann 74 Pfennig pro Stunde.

In Strausberg i. M. haben die Bauarbeiter in der vorigen Woche die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer lehnten es beharrlich ab, den Bauhilfsarbeitern eine Lohnerhöhung zu bewilligen.

Achtung, Darmarbeiter und Fleischergehilfen! Wegen Abregelungen ist bei der Firma Schaub u. Co. in ihrer Filiale in Ströberg (Dänemark) ein Konflikt ausgebrochen. Zugut ist daher streng fernzuhalten. Da die Firma in vielen Orten in Deutschland Niederlagen hat, so dürfte bald ein Export von Arbeitskräften inländischer Filialen stattfinden. Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Die Dachdecker von Essen und Umgegend sind gestern in den Ausstand getreten, nachdem die Verhandlungen auf Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit der großen Mehrzahl der Arbeitgeber gescheitert sind. Die Gehilfen verlangen in der Hauptsache Ver-

längerung der jetzigen 10stündigen Arbeitszeit auf 11 1/2 Stunden und Erhöhung des bisherigen Stundenlohnes von 56 auf 62 Pf. Bei zwei Firmen, von denen die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind, soll weitergearbeitet werden.

Zur Feilenhauerbewegung im Reimscheider Industriebezirk. Die 14tägige Kündigungsfrist war am letzten Sonnabend abgelaufen. Zu Verhandlungen ist es während der Kündigungsfrist nicht gekommen. Die Unternehmer wollen den wirtschaftlichen Krieg. Der Streik der Feilenhauer hat am Montag seinen Anfang genommen. Zugut ist strengstens fernzuhalten.

Ein Erfolg des Holzarbeiterverbandes.

In Plauen i. V. war bisher im Verhältnis zu den anderen Städten gleicher Größe eine lange Arbeitszeit im Tischlergewerbe vorhanden; sie betrug 59—60 Stunden. Im Vorjahre trat der Holzarbeiterverband an die dortigen Arbeitgeber heran und wünschte Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Arbeitgeber lehnten jede Verhandlung ab. Da die Konjunktur eine ungünstige war, wollte der Holzarbeiterverband nicht zu schärferen Mitteln greifen. In diesem Jahre besserte sich die Konjunktur ganz wesentlich und stellten darum die Arbeiter die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 54 Stunden pro Woche. Da die Holzarbeiter in Plauen über eine geschlossene und gute Organisation verfügten, erklärten sich die Arbeitgeber „gern“ zu Verhandlungen bereit und gelang es auch, wesentliche Zugeständnisse zu erreichen. Nur geringe Differenzen waren noch vorhanden. Zur Schlichtung derselben wurden die beiden Zentralverbände angerufen und entsandten diese je einen Vertreter nach Plauen. Neben einer ganzen Reihe anderer Punkte war zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart worden, daß der neu abzuschließende Vertrag auf vier Jahre gelten soll. Das ging dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe wider den Strich. Sein Vertreter veranlaßte die Arbeitgeber nun ganz plötzlich, den Abschluß eines dreijährigen Vertrages zu fordern, mit der Absicht, alle weiteren Verträge nur bis zu 15. Februar 1913 laufen zu lassen, um alsdann mit dem Holzarbeiterverband Generalabrechnung vornehmen zu können. Die Arbeiter lehnten diese Zumutung strikte ab und stellten die Arbeit ein. Nachdem jetzt der Kampf drei Wochen gedauert, konnte er mit einem vollen Erfolge für den Holzarbeiterverband beendet werden. Der vierjährige Vertrag wurde anerkannt. Weiter soll eine Verkürzung der Arbeitszeit sofort auf 56 Stunden und ab 1. Juli 1912 auf 55 Stunden pro Woche erfolgen. Die Stundenlöhne werden sofort um 4 Pf., ab 1. Juli 1911 um 1 Pf. und ab 1. Juli 1912 um weitere 2 Pf. erhöht. Der Mindestlohn für Tischler, Drechsler, Polierer und Kalkmaler beträgt 48 Pf. Die Alfordlöhne werden um 10 Proz. erhöht. Für Arbeiter auf Neu- und Umbauten ist ein Zuschlag von 5 Pf., bei Umzügen, sowie Arbeiten in Bleichereien und Appreturanstalten ein solcher von 10 Pf. pro Stunde zu zahlen. Bei Arbeiten außerhalb Plaueus wird eine Auszahlung von 1,50, mit Uebernachtung von 3.— M. pro Tag bezahlt. Hierzu kommen Zuschläge für Ueberstunden und einige weitere Verbesserungen. Der Holzarbeiterverband kann mit diesem Erfolge umso mehr zufrieden sein, als der Abschluß gegen den Willen des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes erfolgt ist und dieser mit allen Mitteln versuchte, den Kampf fortzusetzen.

Die Sicherung des Koalitionsrechtes bezweckt eine Eingabe der Ortsgruppe Dresden des Verbandes Deutscher Kunstgewerbezeichner an den Rat und die Stadtversammlung der Stadt Dresden. Die Petenten wünschen, daß künftig bei Vergebung städtischer Aufträge solche Firmen ausgeschlossen werden, die der Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten und Arbeiter Schwierigkeiten machen.

Die Eingabe wird damit begründet, daß es auch im Interesse der Kommunen liegt, wenn sich Angestellte und Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage koalieren. Denn dadurch wird die Konsum- und Steuerkraft dieser Schichten gehoben. Andererseits haben sie ein Recht zu verlangen, daß die Mittel der Stadt, die von ihnen mit aufgebracht werden, nicht zur Unterstützung von Firmen verwendet werden, die gegen das Grundrecht der Koalition, also gegen die rechtliche Grundlage zur Verbesserung der Existenzbedingungen der Angestellten und Arbeiter verstoßen.

Die Petition wurde veranlaßt durch die in den Deutschen Werkstätten für Handverlosung in Hellerbau-Dresden erfolgten Wahregelungen von Angestellten wegen Zugehörigkeit zu ihrer Organisation, dem Verbande Deutscher Kunstgewerbezeichner.

Die Aussperrung in der Tuttlinger Schuhindustrie dauert die 7. Woche ununterbrochen weiter. Die Arbeitgeber haben zwar ihr Verlangen, die Arbeiter sollten bedingungslos die Arbeit aufnehmen, fallen gelassen und Unterhandlungen gepflogen. Die gemachten Zugeständnisse waren aber für die ausgesperrten unannehmbar und wurden von ihnen nahezu einstimmig abgelehnt mit dem Bemerkens, daß man sich nicht umsonst wegen einer Bagatelle 6 Wochen auf Pfaffen setzen läßt. Die Stimmung der Aussperrten ist gut, die Haltung eine vorzügliche. Zugut nach Tuttlingen ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Ausland.

Ein Tarifabschluß der Brauereiarbeiter in Wien.

Mit 1. Juli ist zwischen der Brauereiarbeiterorganisation und dem Schuhverband der niederösterreichischen Brauereien in Wien ein Tarifvertrag zustande gekommen, der am 1. Juli in Kraft getreten ist und bis 30. Juni 1911 gelten soll. Er erstreckt sich auf 12 Brauereien und Spiritusfabriken.

Achtung bei Arbeitsangeboten nach Belgien.

Vom internationalen Sekretariat wird vor Annahme von Arbeitsangeboten für die „Turnhoise“ in Turnhout, Belgien, die Vantpapier für Buchbinderei- und Kartonmagazinswerke herstellt, gewarnt. Die dortigen Arbeiter stehen im Streik. Die Agenten des Unternehmers bemühen sich eifrig um Streikbrecher aus Deutschland.

Ein Abwehrkampf.

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der staatlichen Händholzfabriken in Bögles bei Bordeaux sind wegen der Verstrafung eines Arbeiters in den Ausstand getreten.

Aus der Frauenbewegung.

Der internationale sozialistische Frauenkongreß.

Im August wird in Kopenhagen, der Hauptstadt Dänemarks, der internationale Kongreß aller sozialistischen Parteien togen. Vorher werden sich auch die Genossinnen aus allen Ländern zusammensuchen, um auf einer Konferenz wichtige Fragen zu besprechen und, soweit es möglich ist, internationale Forderungen zu formulieren.

Diese internationale Konferenz soll vor allem durch ausführliche Berichte den Teilnehmerinnen und durch sie allen Genossinnen der ganzen Welt ein klares Bild über den Stand der sozialistischen Frauenbewegung geben. Diese Berichte sollen aber auch für alle Länder neue Anregungen bringen. Was in einem Land zu neuen Fortschritten geführt hat, das kann auch in dem anderen Land nützlich und fördernd sein. Ein gegenseitiges Lernen soll den Genossinnen eine solche Konferenz bieten. Dies ist wohl auch der wichtigste Grund für die Abhaltung der Konferenz.

Auf dieser neuen Konferenz in Kopenhagen soll aber der Zusammenschluß der nationalen Organisation zu einer großen internationalen Vereinigung gefördert werden. Es genügt nicht, wenn alle drei Jahre die verschiedenen nationalen Organisationen ihre Delegierten zu einer gemeinsamen Beratung senden. Wir sollen immer lernen und immer mit allen Genossinnen in Verbindung stehen. Schon auf der letzten Konferenz in Stuttgart wurde Genossin Zeitlin zur internationalen Sekretarin der Genossinnen gewählt. Die Genossinnen aller Länder stehen stetig mit ihr in Verbindung und senden Berichte über die wichtigen Ereignisse ihrer Bewegung ein. Diese Berichte werden dann in der „Gleichheit“, dem Organ der deutschen Genossinnen, veröffentlicht. Diese Verbindung ist viel zu lose, als daß sie mehr sein könnte als eine ständige Information der leitenden Genossinnen. Diesmal soll diese Verbindung aber noch ausgebaut werden.

Doch über die gegenseitige Vereinigung hinaus führen die anderen Punkte der Tagesordnung. Zum erstenmal sollen auch die Grundrisse zu gemeinsamen Handeln gezogen werden. Nicht nur prinzipiell solle festgelegt werden, was alle sozialistischen Frauen in der Frage des Frauenwahlrechts und des Mutterschutzes verlangen, es soll auch festgestellt werden, welche Taktik die Genossinnen einhalten sollen bei dem Kampf um diese Forderungen.

Wichtig ist vor allem die Frage der Taktik im Kampf um das Frauenwahlrecht. Hier weichen vor allem die englischen Genossinnen zu einem großen Teil von der Forderung des allgemeinen, gleichen Frauenwahlrechts ab und es besteht zwischen den englischen Genossinnen und Genossinnen immer ein Streit über die Haltung zum Kampf der bürgerlichen Frauen.

Ebenso ist über die taktische Haltung der Genossinnen im Wahlrechtskampf noch kein internationaler Beschluß zustande gekommen. Es sollte wohl auf der letzten Konferenz der Beschluß gefaßt werden, es sollen die proletarischen Frauen nicht mit den bürgerlichen Frauen gemeinsam vorgehen, auch sollen alle Wahlrechtskämpfe der Genossinnen auch für das allgemeine Frauenwahlrecht geführt werden, aber da eine Einigung über diese Fragen nicht erzielt werden konnte, wurden die Wege zur Erreichung des Frauenwahlrechts allen Nationen freigegeben.

Auch diesmal wird es ausführliche Debatten geben, und die zwei Tage werden nur bei der größten Selbstbeschränkung der Rednerinnen ausreichen, um zu einem Ergebnis zu führen. Die Konferenz wird aber vor allem eines zeigen, daß die sozialistische Frauenbewegung eine große und umfassende geworden ist. Die Frauen aller Länder nehmen an der sozialistischen Bewegung teil und überall nimmt ihre Zahl und ihr Eifer zu.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sheimrat Ehrlich über sein neues Heilmittel.

Frankfurt a. M., 5. Juli. (W. T. B.) Sheimrat Paul Ehrlich äußerte sich in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ über sein Syphilitisheilmittel, das er gemeinsam mit seinen Mitarbeitern, insbesondere Dr. Berthelm und Dr. Gata erarbeitet und hergestellt habe, und das unter der Bezeichnung Präparat 606 bereits in etwa hundert Kliniken angewendet werde. An der Verwirklichung des Mittels werde noch unausgeseht gearbeitet, es lasse sich aber schon heute sagen, daß nach den bisherigen Erfahrungen so viele erstaunliche Verbesserungen syphilitischer Fälle festgestellt werden konnten, daß die größten Erwartungen auf die Heilkraft des Präparates gesetzt werden dürften. Die Wirkung trete schneller ein als bei der bisherigen Behandlungsweise. Die Spirochaeten verschwinden bei der Dierisphilitis und Mensesphilitis in ungemein vielen Fällen schon nach 24 bis 48 Stunden bei Primäraffekten. Gute Wirkungen seien auch bei veralteten Fällen erzielt worden. Die Wasseremannsche Blutreaktion, die einen wichtigen Gradmesser für die Wirksamkeit des Präparates 606 darstelle, habe im allgemeinen gute, also negative Ergebnisse geliefert. Professor Ehrlich erklärte, er gebe der chemischen Behandlung der Syphilitis gegenüber der Serumbehandlung den Vorzug, da bei letzterer keine völlige Abtötung der Krankheitserreger erfolgt.

Das Altersversorgungsgesetz.

Paris, 5. Juli. (W. T. B.) Im heutigen Ministerrat teilte Arbeitsminister Viviani mit, das Gesetz über die Arbeiter-Ruhegehälter werde erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zur Anwendung gelangen können. Der hierfür in das Budget für 1911 noch einzustellende Betrag beläuft sich auf 45 Millionen Frank, die für die Arbeiterpensionen vorgesehenen jährliche Ausgabe wird mit ungefähr 135 Millionen Frank beziffert.

Großfeuer in Dresden.

Dresden, 5. Juli. (W. T. B.) Im König-Albert-Hafen brach heute abend in der 8. Stunde ein großes Schadenfeuer aus, das in kurzer Zeit einen Speicher, in dem sich Baumwolle, Zute und Delvorräte befanden, vollständig zerstörte und bereits einen zweiten Speicher ergriffen hat. Sämtliche Dresdener Löschzüge sind in ansehnlicher Tätigkeit, um ein weiteres Umsichgreifen des Feuers zu verhindern.

Ein Feuerwehrmann ist, obwohl er mit einer Rauchmaske versehen war, im Qualme erstickt.

Drei Arbeiter ertrunken.

Stuttgart, 5. Juli. (W. T. B.) In Reutlingen ist heute in der Kristallglasfabrik von Heingelmann an einem vor kurzem erbauten Wasserreservoir der Deckel geborsten. Drei daran beschäftigte Arbeiter sind in den Wasserbehälter gestürzt und ertrunken.

Dynamitexplosion.

Chamonix (Dep. Haute Savoie), 5. Juli. (W. T. B.) In einem Schuppen, welcher bei dem Bau der Bahnlinie Chamonix-Martigny zur Aufbewahrung von Sprengstoffen gedient hat, ist eine Dynamitpatrone explodiert. Zwei in der Nähe spielende Kinder sind getötet, ein drittes Kind ist lebensgefährlich verletzt worden.

Ein Dampfer gekentert.

Reikiavik, 5. Juli. (W. T. B.) In der Langaness-Bucht an der Nordostspitze von Island ist das isländische Schiff „Kierstine“ gekentert. 12 Personen sind umgekommen.

Opfer der Hitze.

New-York, 5. Juli. (W. T. B.) Ganz Nordamerika hat noch immer unter der furchtbaren Hitze zu leiden. Die Temperatur ist andauernd fast unerträglich. In zwölf Städten des Staates New-York sind insgesamt 171 Personen der Hitze erlegen. Die Einwohner, die sich nicht nach den Bergen oder dem Strande begeben können, verbringen die Nächte außerhalb ihrer Wohnungen auf offener Straße, in den Parks usw., wo sie Abkühlung suchen.

Berufsstatistik.

Von den 61,7 Millionen der Reichsbevölkerung lebten nach der Zählung am 12. Juni 1907 11 792 019 Personen oder 19,11 Proz. in den 42 Großstädten des Reiches.

Sowohl unter den Erwerbstätigen als auch den Angehörigen ohne eigenen Hauptberuf zeigt sich das gleiche Verhältnis eines geringeren Anteils der Kinder und der Alten und einer höheren Beschäftigung der mittleren Altersstufen in den Großstädten gegenüber dem Reichsdurchschnitt.

Table with 5 columns: Berufskategorie, unter 14, 14 bis 30, 30 bis 60, 60 u. dar. unbel. Includes categories like Erwerbstätige (A-E), Dienende, Selbstständige, and Angehörige.

Table with 5 columns: Berufskategorie, unter 14, 14 bis 30, 30 bis 60, 60 u. dar. unbel. Includes categories like Erwerbstätige, Dienende, Selbstständige, and Angehörige.

Die Betrachtung der Anteile der Altersstufen an der Zahl der Erwerbstätigen der einzelnen Berufsabteilungen in den Großstädten gegenüber denen in den übrigen Gemeinden gestaltet sich ebenso wie die Verteilung für die Erwerbstätigen A-E insgesamt (eine Ausnahme macht allein die Altersstufe 16-30 bei der Berufsabteilung D).

Table with 5 columns: Berufsabteilung, unter 16, 16-30, 30-50, 50-70, 70 u. dar. unbel. Includes categories A1, B1, C1, D1, E1.

1) Land- und Forstwirtschaft, 2) Industrie und Bergbau, 3) Handel und Verkehr, 4) Lohnarbeit wechselnder Art oder persönliche Dienstleistung nicht bei der Herrschaft lebender Personen, 5) Öffentlicher Dienst und freie Berufe.

Kleines feuilleton.

In den Ruinenstätten der Maya-Kultur. In unerforschten Gebieten Yukatans, die nur selten des Weißen Fuß betritt, liegen die Denkmäler einer gewaltigen Kultur, die vor der Eroberung von Zentralamerika durch die Spanier von den Maya hier entwickelt wurde und in der Fülle ihrer gewaltigen Bauten selbst die altmexikanische Kultur in den Schatten stellt.

Wie von der Gesamtzahl der im Reich gezählten Erwerbstätigen der beiden Berufsabteilungen C und D die in der Großstadt lebenden, im Handel und Verkehr erwerbend Tätigen etwas über ein Drittel und die mit Lohnarbeit wechselnder Art sich Ernährenden sogar nahezu die Hälfte aller im Reich betragen, so ist auch der Anteil jeder der einzelnen Altersklassen der großstädtischen Erwerbstätigen dieser beiden Berufsabteilungen an der Gesamtzahl des Anteils der Großstädter an der Reichsbevölkerung am weitesten übersteigend.

Von der Gesamtbevölkerung der Großstädte sind 6,875 Millionen ledig, 4,261 Millionen verheiratet (oder getrennt lebend) und 556 050 verwitwet oder gerichtlich geschieden. Diese Zahlen verteilen sich auf die Bevölkerungsgruppen in folgender Weise:

Table with 4 columns: Erwerbstätige (A-E), ledig, verheiratet, verwitwet. Includes categories like Dienende bei der Herrschaft, Berufsfreie Selbstständige, and Angehörige ohne Hauptberuf.

Während bei den Erwerbstätigen der Anteil der Verheirateten in den Großstädten geringer ist als im Reich im ganzen, sind unter den Angehörigen in den Großstädten 32,5 Proz. verheiratet, im Reich dagegen ein geringerer Verhältnis, nämlich 28,1.

In den 42 Großstädten des Reiches sind 8,39 Millionen evangelisch, 3,04 Millionen der Gesamtbevölkerung katholisch und 269 827 jüdisch. Im Reich insgesamt sind 33,37 Millionen Evangelische gezählt worden, die Katholiken sind mit 22,54 Millionen in der Gesamtbevölkerung vertreten und insgesamt sind 566 999 Israeliten ermittelt, so daß also nahezu die Hälfte aller Juden in den Großstädten lebt.

Aus der Partei.

Die sozialistische Einigkeit in England.

Man schreibt uns aus London vom 2. Juli: Mit dem Herannahen des Internationalen Kongresses in Kopenhagen tritt die Frage der sozialistischen Einigkeit in England wieder stärker in den Vordergrund. Die sozialistische Bewegung in England befindet sich noch immer in einem Zustand der schlimmsten Desorganisation.

In der Praxis reduziert sich die Frage der sozialistischen Einigkeit in England auf die des Verhältnisses zwischen den beiden größten sozialistischen Organisationen des Inselreiches, der I. L. P. (Independent Labour Party = Unabhängige Arbeiterpartei) und der S. D. P. (Sozialdemokratische Partei). Die I. L. P. ist der parlamentarischen Arbeiterpartei angegeschlossen, die S. D. P. dagegen nicht.

Gegenwärtig gehen die Anregungen zur Herstellung der sozialistischen Einigkeit von der S. D. P. aus. Die letzte Jahreskonferenz

dieser Organisation, die zu Ostern in West Ham stattfand, nahm eine Resolution an, in der der Vorstand beauftragt wird, dem Internationalen Bureau eine Darstellung der von der S. D. P. gemachten Bemühungen zur Herstellung der sozialistischen Einigkeit vorzulegen, um dann die ganze Frage dem Kopenhagener Kongress zu unterbreiten und dessen Ansicht über den einzuschlagenden Weg einzuholen.

Die S. D. P. veröffentlicht jetzt, vermutlich in Ausführung dieser Resolution, eine Broschüre über die sozialistische Einigkeit, die aus Auszügen aus den Berichten früherer Kongresse der S. D. P., aus der Wiedergabe von Korrespondenzen zwischen der I. L. P. und der S. D. P. und einem kurzen Vorwort des Sekretärs der S. D. P., des Genossen G. W. Lee besteht.

Seit dem Erstarben der Arbeiterpartei, der anfangs beide Organisationen angehört, bis sich die S. D. P. im Jahre 1901 zurückzog, nimmt die Frage eine neue Form an. Die S. D. P. hat seit dem Amsterdamer Internationalen Kongress 1904, der eine die Einigung befürwortende Resolution angenommen hatte, sich verschiedentlich an die I. L. P. zur Besprechung dieser Frage gewandt. Die I. L. P. hat auf diese Annäherungsversuche regelmäßig geantwortet, daß die sozialistische Einigkeit nur innerhalb der Arbeiterpartei verwirklicht werden könne, mit anderen Worten, sie forderte die S. D. P. auf, sich der Arbeiterpartei anzuschließen.

Dies ist auch die heutige Situation, und wenn der Kopenhagener Kongress die Frage der sozialistischen Einigkeit in England zu behandeln haben wird, dann wird er eigentlich darüber seine Ansicht äußern müssen, ob die S. D. P. der Arbeiterpartei beitreten soll oder nicht.

Ohne Zweifel kann der Internationale Kongress sehr viel zur Befundung der englischen Parteiverhältnisse beitragen. Der letzte Parteitag der S. D. P. hat unverkennbare Anzeichen dafür geliefert, daß die Mitglieder der langen Isolierung ihrer Organisation endlich satt zu werden beginnen, daß sie einen engeren Zusammenschluß an die organisierten Massen herbeiführen. Hätte die Arbeiterpartei in den großen Kämpfen des letzten Jahres mehr Entschlossenheit, Selbstbewußtsein und Unabhängigkeit gezeigt, dann wäre der Anschluß der S. D. P. heute vielleicht schon eine vollendete Tatsache. So wie sich die Haltung der Arbeiterpartei im Parlament gestaltet, hätte sich die S. D. P. nur unter Ueberwindung eines vielleicht nicht ganz unbedeutenden Selbstgeföhls zu diesem Schritte entschließen können. Sie wäre einem Anschluß nicht abgeneigt, aber sie fürchtet den Schein, als reumütige Hühner zu kommen. Es ist auch nicht zu leugnen, daß manche Führer der Arbeiterpartei, durch ihre raschen äußeren Erfolge gebildet, nicht selten geneigt sind, die älteren sozialistischen Organisationen, die schließlich doch die Grundlagen ihrer heutigen Machtposition geschaffen haben, ja gelegentlich auch die Bruderparteien anderer Länder, mit einer gewissen parvenumäßigen Ueberhebung zu behaweln. Auf der anderen Seite begegnet freilich auch die S. D. P. dem jungen Emporkömmling manchmal mit trohiger Unabhamkeit. All dies erschwert die Einigung des Sozialismus unter der Flagge der Arbeiterpartei, die auch wir als die in England auf die Dauer einzig mögliche betrachten.

Aber was die englischen Fraktionen aus eigener Kraft nicht vollbringen können, dazu könnte ihnen der Internationale Kongress verhelfen, wenn er mit Vorsicht und Takt zu Werke geht. Zu einem Anschluß der S. D. P. und der Arbeiterpartei die außer den ausgesprochen sozialistischen Organisationen nur noch aus Gewerkschaften besteht, muß es früher oder später kommen.

Notizen.

Die Friy Reuter-Hundertjahr-Ausstellung im Künstlerhaus zu Berlin (Velleuestr. 3) wird Dienstag, den 12. Juli, als am Todestage des Volksheldens, eröffnet. Zu derselben sind wertvolle und interessante Gegenstände von nah und fern zusammen gekommen.

Theaterchronik. Im Deutschen Theater wird der Spielplan dieser Woche abgeändert. Mittwoch und Donnerstag, gelangt „Ueber unsere Kraft“ zur Aufführung. Freitag wird „Die Reichstagswahl“, ein politischer Schwank von Walter Tuschy und Richard Wurmfeld gespielt.

Die hohe Schule der Hohenzollern. Aus Raumburg wird der „Frankf. Bzg.“ berichtet: Im hiesigen Stadttheater fand die Uraufführung eines Schauspiel von Helene v. Montengel statt. Der auf dem Theaterzettel figurierende König Friedrich II. von Preußen trat am Abend nicht auf, weil die Polizei ihm dazu die Erlaubnis nicht erteilt hatte, mit der Begründung, daß Angehörige des Königshauses erst dann auf die Bühne gebracht werden dürfen, wenn das betreffende Stück am königl. Schauspielhaus in Berlin aufgeführt worden sei. — Jetzt weiß man wenigstens, wozu das Schauspielhaus da ist.

Der Kompromiß des 18-Jährigen. Der große französische Kompromiß für Mülh ist diesmal einem 18-jährigen Jüngling, Kooli Gallon, für seine Kantate „Reis und Salate“ zugesprochen worden. Die Jury, die ihm diesen Preis zuerkannte, setzte sich aus den ersten französischen Musikern zusammen. Noch selten hat sich im Konservatorium ein Kandidat von solcher Jugend mit solcher Einmütigkeit den höchsten Preis errungen.

Einienpreise für Vogelketer. Die Eier des großen M, der erst vor ungefähr 70 Jahren durch unheimliche Verfolgungen seitens der Menschen zum Aussterben gekommen ist, gelten als die größten Seltenheiten des Tierreichs, und die Preise waren in den letzten Jahren bis auf 6000 M. und mehr pro Stück gestiegen. Neuerdings nun ist der Kurs dieser Kostbarkeit gesunken, denn auf einer Auktion, die in London stattfand, wurden erheblich geringere Preise gezahlt.

Das Lieblingspiel der alten Bewohner von Yulatan, ein Ballspiel, fand in diesem Hofe statt. Dies Ballspiel hatte bei den Mayas einen religiösen Charakter; jeder Spielplatz war zugleich ein Tempel. Von der Spitze der großen Pyramide sieht man durch den dichten Urwald die Steinmassen zahlreicher anderer Gebäude herausleuchten.

Der dänische Rattenkrieg. Die dänische Regierung veröffentlicht jetzt die Ergebnisse des großen Feldzuges gegen die Ratten, der mit dem Gezeß vom 22. März 1907 begonnen hat. Das Gezeß sieht für den Kopf jeder getöteten Ratte eine Prämie von 8 Dore vor. Vom 1. Juli 1907 bis zum 30. Juni 1908 sind in Dänemark nicht weniger als 1 375 479 Ratten getötet worden. Im folgenden Jahre belief sich die Ziffer auf 1 094 223 Ratten. In zwei Jahren sind also rund 2 470 Millionen der schädlichen Rageriere vernichtet worden; der Staat hat insgesamt 307 000 Kronen an Prämien ausgezahlt. Da eine Ratte täglich mehr als einen Fennig an Wert zerstört, um sich zu ernähren, so ergibt sich für das Nationalvermögen eine Ersparnis von mehreren Duzend Millionen Mark. Man hat den Schaden, den die Ratten in den Kulturstaaten anrichten, für Frankreich jährlich auf rund 160 Millionen Frank berechnet, für Deutschland auf 200 Millionen und für England gar auf 300 Millionen allein für die Landdistrikte. Voraussetzlich werden andere Staaten durch den Erfolg in Dänemark veranlaßt, ähnliche Schutzmaßnahmen gegen die Rattenplage einzuführen.

Heiden des Durstes. Es ist schier unglücklich, was manche Tiere, darunter auch große Vertreter der Säugetiere, an Entbehrungen von Speise und Trank zu leisten vermögen. Manche Vögel haben diese Tugend freilich ein für allemal von der Mutter Natur erhalten. Ein besonders berühmtes Beispiel für Hungerfähigkeit des Tierreichs sind die Schlangen. Weit merkwürdiger noch ist aber wohl die Tatsache, daß Tiere von riesenhaftem Körperbau, die sonst an eine reichliche Verorgung mit Nahrung gewöhnt sind, in manchen Gebieten auch unter höchst dürftigen Umständen zu leben vermögen und sogar ihren künftigen Aufenthalt in solchen Gegenden nehmen. Der Afrikareisende Stockley berichtet über Kaskörner im Somali-Land, die lange Zeit ganz ohne Wasser auskommen, während man sich das Rhinoceros doch gewöhnlich in Sümpfen hausend vorstellt und dies Tier auch in großen zoologischen Gärten gewöhnlich in einem Gehege sieht, das mit einem künstlichen Wasserläufer versehen ist. Der Reisende hat in einigen Teilen der Landschaft Bur Nap Kaskörner angetroffen, wo während der Trockenzeit über eine weite Fläche hin nicht die geringste Wasseransammlung vorhanden ist. Die Tiere mähten wenigstens 50 Kilometer wandern, ehe sie zu einem Trinktplay kämen, und nur sehr selten machen sie diese weilläufige Reise. Sie scheinen sich ganz daran gewöhnt zu haben, sich mit der Feuchtigkeit zu begnügen, die in den Wäldern einer dort vorkommenden Aocpflanze aufgespeichert ist. Auch die Beisa-Antilope lebt in diesem Durstlande und macht es ähnlich

Der Zeitpunkt kann beschleunigt werden, wenn dem schwächeren Teil die Möglichkeit geboten wird, dies ohne Gefühl der Demütigung zu tun. Eine Verschmelzung der sozialistischen Organisationen allein würde in keiner Weise genügen, denn es bliebe dann immer noch die weit wichtigere Frage von deren Verhältnis zur Arbeiterpartei zu lösen. Dagegen würde der Anschluß der S. D. P. die sozialistische Einigkeit auf eine Weise herbeiführen, die der Gesamtbewegung am meisten zuträglich wäre. Die S. D. P. würde die Schwächen, die ihr infolge ihrer Isolierung anhaften, verlieren; ihre engere Verbindung mit den großen gewerkschaftlichen Organisationen würde sie der Wirksamkeit des proletarischen Kampfes näherbringen. Die Arbeiterpartei würde dagegen an theoretischer Mächtigkeit gewinnen, und die S. D. P. könnte dem überwiegenden Einfluß der oft sehr opportunistischen Führer der S. D. P. auf die Arbeiterpartei ein Gegengewicht bieten. Wenn der Apenhauer Kongreß auf die S. D. P. in diesem Sinne einzuwirken sucht, dann wird er, glauben wir, bei ihr ein williges Ohr treffen, und für die gesunde Fortentwicklung der englischen Parteiverhältnisse das Beste leisten können, was der Amssterdamer Kongreß für die französischen geleistet hat.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschien:

Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Heft 6 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. 6. Auflage. Der Verfasser hat unter Berücksichtigung des Leipziger Parteitagbeschlusses ein neues Vorwort vorangeschickt, in dem er hervorhebt, daß der aus politischen Motiven geborene Beschluß diesen Zweck weit hinter sich lassend die Arbeiterklasse nicht in ihrem Kampfe gegen das preussische Junkertum „dem“, sagt der Verfasser, „mit jedem Tropfen Schnaps, den die deutsche Arbeiterklasse weniger trinkt, fällt auch etwas von der Täuschung und dem Trost dahin, mit dem die Alkoholbetäubung das proletarische Gemiß verdeckt. Und jede Minute, die die Arbeiterklasse so für die nächsten, verständlichere Betrachtung ihrer Lage gewinnt, bedeutet neue Kraft zur Abschüttelung des Joches, unter dem sie leidet. Jede solche Minute kalten, klaren Erkennens erzeugt neue Gedanken, neue Einsicht, neue Gefühle der Empörung, die zusammengehört durch den Druck der Verhältnisse jenen proletarischen Gesamtwillen erzeugen, der, alle Hindernisse überwindend, zum Siege führen muß.“ Aus dem Inhalt heben wir die folgenden Kapitel hervor: Was versteht man unter Alkoholfrage? — Häufigkeit der Alkoholkrankheiten. — Alkohol und Verbrechen. — Lebensdauer der Abstinente und der Mäßigen. — Die Ursachen des Alkoholismus. — Die Trinksitte, der Trinkzwang. — Das Proletariat und der Alkohol. — Warum wir Abstinente sind.

Das Heft ist zum Preise von 20 Pf. durch jede Parteibuchhandlung und Kolporteurs zu beziehen. Eine Ausgabe auf besserem Papier kostet 50 Pf.

Im selben Verlag erschien: **Gegen den Militarismus.** Heft 5 der Sozialdemokratischen Flugblätter. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die bösen Sozialdemokraten. — Das Heer gegen den inneren Feind. — Das stehende Heer. — Der Kasernenbau. — Der Kommissar im bürgerlichen Leben. — Die Heereskosten. — Kosten pro Soldaten. — Das Heer der pensionierten Offiziere. — Die Schuldenlast. — Der Soldaten beste Feinde. — Die Kugantwendung.

Die Broschüre kostet 10 Pf. und ist in allen Parteibuchhandlungen erhältlich. Eine Agitationsausgabe, die aber nur an Agitationskomitees usw. abgegeben wird, ist ebenfalls hergestellt und zum Preise von 10 M. für 1000 Exemplare zu beziehen.

Soziales.

Gegen Einengung des Begriffs „Betriebsunfall“.

Der Arbeiter Otto Sch. war am 21. Dezember 1908 im Betriebe der Firma H. u. W. in Berlin mit noch einem anderen Arbeiter beschäftigt, 4-5 Zentner schwere Fässer zu verlegen. Beim Ausheben des vierten Fasses klagte Sch. seinem Mitarbeiter plötzlich über Schmerzen in der Magenregion und Hebelkeit. Er konnte nicht mehr weiter arbeiten. Sch. begab sich sofort zum Arzt. Am darauffolgenden Tage wurde Sch. in dem Krankenhaus Berlin aufgenommen. Hier mußte eine Operation des oberen Teils der Leibeshöhle vorgenommen werden; dabei wurde ein Durchbruch der Magenwand infolge eines Geschwürs festgestellt.

Einige Tage nach der Operation ist Sch. verstorben. Die Witwe führte den Tod ihres Mannes auf das Heben der schweren Fässer zurück. Sie stellte bei der Lagerer-Berufsgenossenschaft den Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenrente. Sie wurde indessen mit ihrem Anspruch abgewiesen. In der Begründung hieß es: „Ein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes, d. h. ein plötzliches abnormes Ereignis liegt nicht vor, der mit seinen Folgeerscheinungen zum Tode führende Durchbruch des Magengeschwürs vielmehr der gewöhnlichen, seit Jahren verrichteten Tätigkeit ohne äußere Veranlassung erfolgt ist.“

Gegen diesen Ablehnungsbescheid legte die Witwe Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtbezirk Berlin ein. An dessen auch hier wurde sie abgewiesen. Nahgebend für die Zurückweisung der Berufung war das vertrauensärztliche Gutachten des Herrn Dr. C., der sich im wesentlichen auf dem Standpunkt der Berufsgenossenschaft stellt. Der Sachverständige meint, daß der Durchbruch des Magengeschwürs ebenso gut beim Niesen, Stuhlstoß usw. erfolgen kann. Einen Betriebsunfall könne er nicht anerkennen, denn Sch. hat die Arbeit jahrelang verrichtet und der Unfall ereignete sich erst beim Ausheben des vierten Fasses. Das Schiedsgericht schloß sich dieser ärztlichen Äußerung seines Vertrauensarztes an. Die Zurückweisung der Berufung wird vom Schiedsgericht damit begründet: „daß die Arbeit lediglich die Gelegenheitsursache für den Geschwürsdurchbruch — der wohl auch hätte in Kürze eingetreten wäre — gewesen sei. Derartige Magengeschwürsdurchbrüche ereignen sich öfters ohne weitere Veranlassung bei irgend welcher Gelegenheit.“

Die Witwe sucht das Urteil des Schiedsgerichts im Rekurswege an. Das Reichversicherungsamt beschloß weitere Beweisüberlegung und entschied vor kurzem die Sache zugunsten der Witwe. Von der Arbeitgeberin war eine Auskunft über die Arbeitsverhältnisse eingeholt worden. Die Auskunft bezeichnete die Arbeit bei den Aus- und Eingängen der Waren als eine schwerere, wie die sonst üblichen Arbeiten. Ferner war von dem dreizehnten Arzt des Krankenhauses Dr. Sch., Sanitätsrat Dr. Sch., ein ausführliches ärztliches Gutachten und endlich ein Obergutachten vom Professor Dr. C. in Berlin über die Frage des ursächlichen Zusammenhanges eingeholt worden. Der erkennende Senat begründete sein Urteil bei der Verlesung etwa in folgender Weise: Der erkennende Senat hat das Vorliegen eines Betriebsunfalles anerkennen. Es kann dabei gleichgültig sein, ob der Durchbruch des Geschwürs beim ersten oder vierten Hoß erfolgte. Jedenfalls handelt es sich um eine „bedeutungsvolle kurze Zeit“ bei der schweren Arbeit, als der Durchbruch des Geschwürs erfolgte. Damit ist indessen auch der Begriff „Betriebsunfall“ gewahrt. Auch die Frage des ursächlichen Zusammenhanges zwischen dem Tode und dem als Betriebsunfall anerkannten „schweren Heben“ ist, nach dem ärztlichen Gutachten des Sanitätsrats Dr. Sch., dem auch der als Obergutachter gehörte Professor Dr. C. beigegeben ist, zu bejahen. Die Lagerer-Berufsgenossenschaft war daher zur Leistung der Entschädigungspflicht zu verpflichten.

Die Witwe ist also, wenn auch spät, doch zu ihrem Recht gelangt. Das Reichversicherungsamt hat mit Recht sich gegen die Einengung des Begriffs Betriebsunfall gewandt.

Schicht eigenartig erscheint in diesem Falle die Stellung des Herrn Dr. C. als Vertrauensarzt des Schiedsgerichts und die Stellung des Schiedsgerichts selbst. Der Arzt hat sich lediglich über die medizinische Frage des ursächlichen Zusammenhanges zu äußern. Nicht aber ist es seine Sache, dem Schiedsgericht zu sagen, ob ein Betriebsunfall vorliegt oder nicht. Dieses ist lediglich Sache der Richter und nicht des Arztes. Das Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts vom 31. Dezember 1901 hat hierauf infolge wiederholter im Reichstag vorgetragener Beschwerden aufmerksam gemacht. Eine Erinnerung der Schiedsgerichte an diesen Grundsatze wäre sehr am Platze.

Gerichts-Zeitung.

Nach der Wahlrechtsdemonstration im Tiergarten.

Durch die wir am 6. März die Polizei überraschten, kehrten einige Teilnehmer der Kundgebung in einem Lokal in der Hofstraße ein. Als ein Trupp Schulleute vorübermarschierte, traten die Demonstranten auf die Straße, brachten ein Hoch auf das freie Wahlrecht aus und, da noch die Erregung über die polizeiliche Säbelattaden im Tiergarten in ihrem Innern nachzitterte, wurde den Schulleuten der Ruf: „Pui, Bluthunde!“ entgegengeschleudert. Einer aus dem Zuge der Schulleute, Wachtmeister Leginaert, stürzte auf die Gruppe der Rufenden zu, ergriff einen aus der Gruppe, den Tischler Gerber, der später vom Schöffengericht wegen Verleumdung von Polizeibeamten zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Sowohl der Staatsanwalt wie die Verteidigung legten dagegen Berufung ein, die gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Wie in der ersten Instanz, so bestritt auch hier der Angeklagte ganz entschieden, daß er den Ruf ausgestoßen habe. Der Wachtmeister müsse ihn mit einem anderen verwechselt haben. Ein Zeuge, der in der Nähe des Angeklagten war, hält es für sehr unwahrscheinlich, daß derselbe die inkriminierten Worte gebraucht haben könnte. Doch der Wachtmeister Leginaert sowie ein Schuhmann Girard erklärten mit gewohnter Bestimmtheit, daß ein Irrtum auf ihrer Seite ausgeschlossen sei. — Der Staatsanwalt wollte den Angeklagten mit einem Monat Gefängnis bestrafen lassen. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, beantragte Herabsetzung der Strafe. — Das Gericht verwarf die Berufung und bestätigte das erste Urteil.

Bereinsgesetz gegen Jugendliche.

Vor dem Jugendgericht Charlottenburg waren gestern zwei jugendliche Arbeiter, die Mitglieder der Freien Jugendorganisation sind, angeklagt, am 14. November 1908 an einer öffentlichen politischen Versammlung im Volkshaus teilgenommen zu haben. In dieser Versammlung sollte Edward Bernstein über die englische Verfassung einen Vortrag halten. Es hatten sich eine Reihe jugendlicher Personen eingefunden. Plötzlich erschien die Polizei und forderte die Jugendlichen auf, den Versammlungssaal zu verlassen. Vergeblich erhob der Vorsitzende der Versammlung und der Referent Einspruch. Die Namen der beiden Angeklagten wurden festgesetzt, als sie im Saal verblieben. Die Versammlung wurde alsdann vertagt. In der heutigen Verhandlung behaupteten die Angeklagten, daß es sich weder um eine öffentliche, noch um eine politische Versammlung gehandelt habe. Der Polizeileutnant Meyer und der Polizeiwachtmeister Bursche konnten nur behaupten, daß sie von dem Polizeipräsidenten den direkten Auftrag hätten, die Jugendlichen, die zur Versammlung erschienen würden, festzusetzen. Sie verweigerten nicht anzugeben, warum der Polizeipräsident diese Anordnung getroffen hätte. Beide Zeugen behaupteten nur, daß Jugendliche und ältere Personen im Saale anwesend waren, während ihre Angaben darüber, ob Bernstein über die englische Verfassung schon zu sprechen begonnen hätte, voneinander abwichen. Während der Polizeileutnant behauptete, daß Bernstein schon zur Sache zu reden begonnen hätte, stellte der Polizeiwachtmeister dies in Abrede.

Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung beider Angeklagten zu einem Verweis, weil es sich „zweifellos“ um eine öffentliche politische Versammlung gehandelt habe.

Der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld wies demgegenüber darauf hin, daß der Staatsanwalt keine Tatsachen angeben könne, die den öffentlichen und politischen Charakter der Versammlung beweisen. Es stünde nicht fest, was Bernstein habe sagen wollen. Das Thema allein rechtfertige die Annahme nicht, daß er einen politischen Vortrag habe halten wollen. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung der Angeklagten und die Uebernahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse.

Das Gericht entsprach dem Antrage des Verteidigers, insoweit er Freisprechung beantragte, lehnte es aber ab, die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen. Das Thema sei an sich kein politisches und könne nur dann als politisch angesehen werden, wenn der Redner Parallelen zwischen der englischen und deutschen Verfassung gezogen und Abänderungen der deutschen Verfassung verlangt hätte. Der Redner habe aber seinen Vortrag nicht gehalten und darum könne die Feststellung, daß es sich um eine politische Versammlung gehandelt habe, nicht getroffen werden. Zur Uebernahme der Verteidigungskosten habe keine Veranlassung vorgelegen, da die Sache eine sehr einfache und eine Verteidigung zur Klärung der Rechtsfrage nicht notwendig, dazu vielmehr das Gericht allein in der Lage und berufen sei.

Diese Begründung der Ablehnung des Antrages, die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzubürden, enthält wider Willen ein durchaus berechtigtes Kritik gegen die Leichtsinnigkeit, mit der unbegründete Anklagen gegen Arbeiter erhoben werden, geht aber trotzdem völlig fehl. Denn sie verletzt den Grundsatze der Billigkeit und Gerechtigkeit, den wie hier offensichtlich unberechtigt Angeklagten zum mindesten die Kosten der Verteidigung zu erlegen.

Die Kampfmethode eines Unternehmers gegen streikende Arbeiter.

Im Oktober vorigen Jahres streikten die Hiesener der Firma Schachtel u. W., weil die Firma eine kurz vorher mit den Arbeitern abgeschlossene Vereinbarung wegen Abschaffung des Zwischenschmelzsystems nicht inne hielt. Um die Streikenden, besonders die an der Leitung des Streiks stehenden Personen in Arbeiterkreisen zu diskreditieren, ließ die Firma Schachtel u. W. zwei Flugblätter drucken und verbreiten. In diesen Nachrichten wird behauptet, die Sprecher und Führer der Streikenden hätten den Streik veranlaßt, um ihre Kollegen aus der Arbeit zu bringen und sich selbst gute und lohnende Arbeit zu verschaffen; sie hätten die Einrichtungen ihrer Organisation in strafwürdiger Weise benutzt, um Nachbarn dafür zu neigen, daß einige von ihnen eine nachgelagte Werkmeisterstelle bei der Firma nicht erhalten hätten und wollten nun als Gemahregelste von den Arbeitern mäßig leben.

Waltheim, der als Funktionär des Maurerverbandes mit dem Streik zu tun hatte, und Schneider, der zu den Streikenden gehörte, fügten sich durch die Behauptungen der Flugblätter getroffen und verfluchten die beiden Inhaber der Firma; Mellin, Ernst Schachtel, sowie den Sohn des letzteren, Otto Schachtel.

In erster Instanz wurden die drei Angeklagten ohne Beweisüberlegung freigesprochen, weil ihnen das Gericht den Schutz des § 193 zubilligte. — Infolge der von den Klägern eingelegten Berufung hatte sich gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I mit der Sache zu beschäftigen.

Hier erklärten sich die Angeklagten auf Anregung des Vorsitzenden zu einem Vergleich und zur Abgabe der Erklärung bereit, daß sie die Angaben, welche ihnen aus Arbeiterkreisen zugegangen seien, nicht aufrechterhalten können. — Rechtsanwalt Wolfgang Heine erklärte namens der Kläger, auf diese Form der Erklärung

nicht eingegangen zu können, denn es sei nicht wahr, daß Arbeiter den Firmeneinhabern derartige Angaben gemacht haben.

Aus den weiteren Vergleichsverhandlungen ging hervor, daß die Flugblätter von Schachtel u. W. verfaßt sind, der jedoch behauptet, er habe nur das Material bearbeitet, welches ihm von Arbeitern, die der Firma treu geblieben seien, zugegangen sei. Die Flugblätter sind unterzeichnet mit dem fingierten Namen Krüger und so gehalten, daß der Anschein erweckt werden soll, als rührten sie von Arbeitern der Firma her, welche den Streik nicht billigen. — Die Kläger halten dem entgegen: Die Flugblätter seien ohne jede tatsächliche Unterlage von den Unternehmern verfaßt. Diese hätten unter ihren getreuen Arbeitern umgefragt, ob jemand die Angaben der Flugblätter mit seiner Person belegen wolle. Aber selbst unter diesen Arbeitswilligen habe sich keiner dazu bereit gefunden.

Die Aufforderung des Rechtsanwalts Heine, die Angeklagten sollten, um ihren guten Glauben darzutun, die Arbeiter nennen, welche ihnen die Angaben gemacht haben sollen, beantworteten die Angeklagten mit der durchsichtigen Ausrede: das könnten sie nicht, sonst würden die Betroffenen boykottiert werden.

An sich waren die Kläger bereit, die Sache beizulegen, wenn die Angeklagten ihre unwahren Angaben einfach widerrufen hätten, denn es kam ihnen ja nur auf die Feststellung an, daß sie zu Unrecht beschuldigt worden sind. Da aber die Angeklagten darauf beharrten, es müsse im Vergleich auch gesagt werden, daß ihnen die Angaben von Arbeitern zugegangen worden seien, so lehnten die Kläger den Vergleich ab.

Das Gericht trat in die Verhandlung ein. Sie wurde aber schließlich vertagt, weil Mellin seine Mitwirkung bei Verbreitung der Flugblätter bestreitet und zum Beweise seiner Beteiligung Zeugen geladen werden sollen. Auch die Angeklagten benannten einige Zeugen zu ihren Gunsten.

Erpressungsversuche gegen einen Offizier.

beschäftigten gestern unter Vorsitz des kürzlich zum Landgerichtsdirektor ernannten früheren Staatsanwaltschaftsrats Gräber die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Strafkammer wurde der Rechner Heinrich Schöne vorgeführt, um sich wegen wiederholter bezüglicher Erpressung zu verantworten.

Der Angeklagte lebte, wie die Anklage behauptet, schon seit einer Reihe von Jahren von Erpressungen gegen hochgestellte Personen. Erst vor kurzem wurde er in Düsseldorf wegen wiederholter Erpressung gegen einen Offizier aus der Gegend von Koblenz zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Bei seinen Straftaten geht der Angeklagte gewöhnlich mit der größten Vorsicht zu Werke und zwar sucht er nicht wie andere Erpresser selbst die Bekanntschaft der späteren Opfer zu machen, sondern er horcht in den Kreisen gewisser junger Herren herum, um Namen von Persönlichkeiten zu erfahren, die nach § 175 Str.-G.-B. strafbar sind. Auf diese Weise hat er von einem Maschinenmachersgehilfen, einem nahen Verwandten eines hiesigen Großkaufmanns, erfahren, daß dieser angeblich zu einem Hauptmann Freier von H. in gewisse Beziehungen getreten war. Eines schönen Tages erhielt von H. einen Erpresserbrief, in welchem ihm mit einem öffentlichen Skandal gedroht wurde, wenn er nicht eine bestimmte Summe zahle. Auf diesen Brief folgten noch drei andere.

In der gestrigen Verhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, bestritt der Angeklagte, der Verfasser jener Briefe zu sein. Der als Sachverständiger geladene Rechnungsrat Altrichter betonte, daß er durch Handschriftenvergleichung zweifelsfrei festgestellt habe, daß die Briefe von der Hand des Angeklagten herrühren. Staatsanwalt Löwenherz hielt den Angeklagten für völlig überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren zuzüglich. Das Gericht hielt es jedoch zur weiteren Klärung der Sache für erforderlich, erst noch mehrere Zeugen in Köln kommissarisch vernahmen zu lassen, auf welche sich der Angeklagte zum Beweise dafür bezogen hatte, daß er sich um jene Zeit überhaupt nicht in Berlin, sondern in Köln aufgehalten habe. Die Sache fiel deshalb einer Vertagung anheim.

Niedrig, gemein, ekelhaft und dverwerflich sind derartige Erpressungsversuche. Der Boden könnte ihnen aber durch gesetzgeberische Maßnahmen entzogen oder wenigstens erheblich eingegrenzt werden. Es liegt, wie schon bei der Beratung des Strafgesetzbuches von medizinischer Seite scharf betont wurde, kein Grund für Beibehaltung der gegen homosexuellen Verkehr bestehenden Strafvorschriften vor. Der Rosentwurf zum Strafgesetzbuch will dennoch die Strafvorschriften beibehalten und gar auch den jetzt straffreien Verkehr zwischen weiblichen Personen unter Strafe stellen. Aufgabe des künftigen Strafgesetzbuches muß die Veseitigung des § 175 Str.-G.-B. unter Vorbehalt von Schutzbestimmungen gegen Verführung Minderjähriger sein. Damit entfielen auch die übermeisten der niedrigen Erpressungsversuche, über die die Presse und die Kriminalstatistik leider recht häufig berichten muß. Der Fortfall der Strafvorschriften würde freilich Erpressungsversuche auf diesem Gebiete noch nicht völlig tilgen. Denn die Ausübung solcher dem Normalempfinden fremder und widerlicher Betätigungen würde wahrscheinlich nach wie vor von vielen gesücht werden. Die allgemeine Meinung würde aber bald zwischen den unglücklich verurteilten und solchen Personen unterscheiden, die die homosexuelle Neigung sich erst erworben haben und ein Recht auf besondere Schonung nicht besitzen. Wer sich vor der Ausübung vermeintlicher Handlungen fürchtet, unterlasse sie. Die Aufhebung des § 175 Str.-G.-B. würde ferner den Zustand beseitigen, daß die Polizeibehörde eine Liste homosexueller zu führen und dadurch einen nicht weniger als einwandfreien Einfluß auf diese Personen ausüben in der Lage ist. Daß eine solche Liste, auf der sich Namen bis in sehr hohe Kreise hinein befinden, in Berlin existiert, ist ja vor Jahren im Reichstage unvorderprochen festgestellt. Die Zeiten der ungeliebten Gulenburgereten und die Ueber-treibungen mancher Gegner des § 175 Str.-G.-B. erleichtern den Verechtern einer strafrechtlichen Verlesung des § 175 ihre Stellung. Nichtsdestoweniger ist sie unberechtigt. Daß die Erpressungsversuche sich naturgemäß gegen vermögendere Leute und eine auffallend hohe Zahl von Offizieren richtet, kann und nicht veranlassen, die Ungerechtigkeit und Zweckwidrigkeit des § 175 nicht zu dämpfen.

Vermischtes.

Eisenbahnkatastrophe in Ohio.

Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich Montagnachmittag 25 Meilen südlich von Dayton in Ohio. Dort ist ein Erpresszug, der auf der Station Sharon (Pennsylvania) die Weiche wechselte, mit einem Güterzuge zusammengefahren. Der Zusammenstoß erfolgte bei voller Fahrt. Der Erpresszug wurde fast vollständig zersplittert, die Lokomotive fiel einen Abhang hinunter; Maschinist und Heizer sind tot. Kurz nach dem Zusammenstoß gerieten die Wagenträume in Brand, was das Unglück noch vergrößerte. Nach den ersten Meldungen nahm man an, daß über 70 Personen getötet oder verletzt wurden. Diese Mitteilung hat sich erfreulicherweise nicht bestätigt. — Nach den neuesten Meldungen beträgt die Zahl der Toten 19, außerdem sind drei Personen tödlich und sechs schwer verletzt worden. Die Zahl der Leichtverletzten konnte noch nicht genau festgestellt werden.

Aus Hamilton und Dayton wurden sofort Hilfszüge nach dem Schauplatz der Katastrophe abgesandt. Da die Gegend, in der sich das Unglück ereignete, ziemlich unbesiedelt ist, so hatten die Verletzten große Qualen auszustehen, bis ihnen Hilfe gebracht werden konnte. Die Wagen haben sich vollständig ineinander geschoben; besonders schwer hat der Speisewagen gelitten, der sich zweimal überschlug und dann einen hohen Abhang hinunterrollte.

Das Militärflugzeug „M. III“ defekt.

Das Montag nach von Berlin zur Fahrt nach Gotha aufgestiegene Militärflugzeug „M. III“ hat Dienstag früh infolge schweren Windes auf dem Truppenübungsplatz Jethain vor Kater gehen müssen. Im Laufe des Tages ist es vollständig defekt geworden. Infolge einer Undichtigkeit der Hülle und des dadurch verursachten Entweichens des Gases ist die Hüllenkonstruktion gebrochen. Die Gasnachfüllung, die in Jethain vorgenommen werden sollte, konnte nicht ermöglicht werden, da die Gasstrahlröhren bis zum Abend noch nicht eingetroffen waren. Der Ballon wurde vollständig entleert und der Schiffskörper demontiert. „M. III“ wird morgen früh per Bahn nach Regal zurückbefördert werden.

Eine Orgie des Stumpfsinns.

Der „edle Sport“ wächst sich in unserer kapitalistischen Welt immer mehr zu einem Ausbeutungsmittel gewissenloser Spekulanten aus. Rationale und internationale Spiele werden von geldgierigen Vereinigungen arrangiert und ausgebeutet. Wie brutal und rücksichtslos es bei solchen Spielen oft zugeht, beweist am besten wieder das am Montag in Reno in Nevada stattgefundene Bogmatt, wo um die Meisterschaft zwischen dem Regier Johnson und dem Weißen Jeffries „gekämpft“ wurde. Die Art und Weise, wie sich die beiden Weltmeister vor den Zuschauern niederschlugen, grenzt geradezu an die höchste Noheit. Wie Bestien stürzten sich beide aufeinander und ließen nicht eher locker, bis einer ermattet oder kampfunfähig vom Schlupfplatz getragen werden muß. In Reno kämpfte man mit dünnen Handschuhen, wobei man den Gegner verstimmen und auch töten kann.

Ueber den Ausgang des Bogermatt wird berichtet: Bei der 15. Runde versuchte Jeffries den Regier Johnson mit einem direkten Schläge ins Gesicht niederzuschlagen. Doch dieser wich gewandt dem Schläge aus und ging nun plötzlich mit großer Schnelligkeit in seinem Angriffe vor. Blüchneel versetzte er Jeffries zwei furchtbare Schläge ins Gesicht, die den Weißen zu Boden streckten. Er erhob sich jedoch, bevor 10 Sekunden abgelaufen waren, fiel aber gleich darauf durch einen neuen Schlag seines Gegners und befand sich noch auf den Knien, als zum zweiten Male die 10 Sekunden verstrichen waren. Hierauf proklamierten die Schiedsrichter den Regier trotz des lebhaften Protestes der Vollmenge als Sieger. Die Niederlage des Weißen hat sowohl bei den Anwesenden als überhaupt in ganz Amerika große Entrüstung hervorgerufen. Man wirft nunmehr Jeffries vor, den Kampf überhaupt leichtsinnig angenommen zu haben, durch den er über die ganze weiße Klasse Schmach und Schande gebracht habe. Er hätte nicht eher sich seinem Gegner gegenüberstellen sollen, als bis er sich seines Sieges gewiß war.

Weiter wird über dieses verwerfliche Sportfest berichtet: Der Sieger Johnson hat sich eine halbe Stunde vor der für den Kampf angelegten Zeit im Zustande des nervösen Zusammenbruchs befunden. 30 000 Menschen aus aller Herren Länder waren versammelt, um den Kampf zu beobachten. In der Nacht schliefen die meisten in den Parks und auf freien Plätzen. Für Lebensmittel wurden Hungerpreise gezahlt. Die Aufsehung war enorm.

Infolge des Sieges des schwarzen Preisbörers über den Weißen ist es in diesen Städten im ganzen Lande zu ersten Zusammenstößen zwischen Regiern und Weißen gekommen. Viele Regier wurden schwer verletzt. In New York wurde ein Regier totgeschlagen und ein von Regiern bewohntes Mietshaus in Brand gesetzt. In New Orleans wurden zwei Regier erschossen, in Round (Illinois) wurde

ein schwarzer Konstabler erschlagen und ein anderer tödlich verwundet. Auch in Pittsburg, Philadelphia, St. Louis und anderen Städten fanden Aufstrebungen statt und Weiße waren überall die Angreifer.

Die Summen, die auf die beiden Kämpfer verwettet worden sind, belaufen sich auf Millionen. Beispielsweise hat ein Herr Frisbee in Chicago 10 000 Dollar gegen 6000 auf Jeffries gesetzt. Schon vor Beginn des Wettkampfes kam es in der Arena zu tumultuarischen Szenen, es fielen auch mehrere Revolver schieße, obgleich die Besucher auf das Vorhandensein von Waffen polizeilich untersucht worden waren.

Lohubewegung der Hebammen.

In dem Orte Bühl (Oberselb) haben die im Orte wohnenden drei Hebammen der Gemeindeverwaltung mitgeteilt, daß sie bis zur Bewilligung ihrer Forderungen ihre Tätigkeit einstellen. Die Hebammen verlangen für Hilfeleistung bei mittellosen ortsangehörigen Frauen eine jährliche Abfindung von 100 M. Die Gemeinde will aber nur 8 M. für jeden vorkommenden Fall zahlen und von einer Pauschalsumme nichts wissen. Als alle Verhandlungen und Drohungen nichts halfen, kamen die „weißen Frauen“ von Bühl zu dem Entschluß, die Bewilligung ihrer Ansprüche durch einen Streik zu erzwingen.

Da nicht anzunehmen ist, daß Meister Storch ebenfalls seine Tätigkeit einstellen, so dürfte der Ausgang dieses Streiks nicht zweifelhaft sein.

Ein heiteres Intermezzo

spielte sich kürzlich bei einer Schöffengerichtssitzung in der Nachbarstadt von Neuhaudensleben ab. Ein Landwirt war wegen Tierquälerei — er hatte ein Schaf zum Zwecke sicheren Transportes auf dem Wagen festgebunden — von dem Amtsvorsteher seines Bezirks mit 6 M. eventuell einem Tage Haft bestraft worden. Der Verurteilte erhob Widerspruch und deshalb gelangte die Sache an das Gericht. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er Einspruch eingelegt habe, antwortete der Angeklagte: „Die Strafe möchte ich ja schon zahlen, aber mit dem 6 M. kommt mir das man zu schlimm vor.“ Der Richter sieht sich die Strafverfügung, die der Angeklagte erhalten hat, näher an und findet nun, daß der Amtsvorsteher als Verstrafungsparagrafen den § 18 des Reichsstrafgesetzbuches angegeben hat. Dieser besagt: „Die Todesstrafe ist durch Enthauptung zu vollstrecken.“ Unter allgemeiner Heiterkeit des Auditoriums wurde die bekümmerte Strafverfügung aufgehoben. Der Amtsvorsteher hatte versehentlich § 13 statt § 300 Abs. 1 geschrieben und dadurch den Landwirt mit dem Schafott in Verbindung gebracht. Doch der biedere Landwirt sich das nicht gefallen lassen wollte, kann man ihm nicht verdenken.

Kleine Notizen.

Ein schweres Unwetter hat in dem Saarbrücker benachbarten Groß-Blittersdorf erheblichen Schaden angerichtet. Das Armenhaus wurde vom Blitz getroffen und brannte nieder. Zwei Scheunen sind ebenfalls eingestürzt. Die Kirche, in die der Blitz schlug, hat einen großen Blitz am Turm erlitten. Der Gastwirt Ballit, der unter einem Baum Schutz gesucht hatte, wurde vom Blitz getroffen und getötet.

Im Streit ertrunken. In Königshütte erstach bei einer wegen der Kinder erfindenden Streitigkeit ein junger Grubenarbeiter den Bergmann Poldnick, Vater von sechs Kindern, mit einem Küchenmesser. Der Mörder wurde verhaftet.

Die Pulsbader durchschneiden. Im Elisabethhospital zu Duisburg durchschneidete sich ein Maurer, der an Asthma litt, die Schlag-

ader der linken Hand und starb nach kurzer Zeit infolge von starken Blutverlustes.

Dem Lauffran gefürzt. In den Reparaturwerkstätten der Firma Krupp in Essen fürzte der Maschinist Roh von einem Lauffran und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Ausfahrungen in einem Kaffeehaus. In Pola kam es in einem Kaffeehaus zu schweren Ausfahrungen, wobei drei Personen, darunter zwei Mädchen, lebensgefährlich, fünf andere Personen leichter verletzt wurden.

Auf dem Grabe ihres Gatten vergiftet. In Düsseldorf hat sich die Witwe eines Steuereinschreibers auf dem Grabe ihres Mannes mit Arsen vergiftet. Sie konnte der Schmerz über den Verlust ihres Mannes nicht verwinden, wurde nervenschwach und beging den Selbstmord wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Unzurechnungsfähigkeit.

Drei Personen ertrunken. Ueber einen Schiffsunfall meldet der Telegraph aus Vrest: Als der Küstenschoner „Memora“ mit 30 Reisenden an Bord in den Hafen einfuhr, wurde er von einem Windstoß getroffen; acht Personen stürzten ins Meer, von denen drei ertranken.

Ward. In Santiago (Chile) wurde der Raubmörder Becker Dienstagmorgen erschossen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 60, vorn vier Treppen — 7a 2 u 3 h 1 —, wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 6 bis 7 1/2 Uhr nachmittags statt. Jeder Anrufer ist zu Gunsten und eine Zahl als Verzeichnis beizubringen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. R. 125. Diese Frage dürfte Ihnen eine der Beantwortungen beantworten. deren Ueberblick Sie im II. Teil des Berliner Adressbuches finden. — G. R. 100. Die von uns und den Behörden wiederholt veröffentlichten Warnungen vor dem Beitritt zu Einrichtungen angelegter Art können wir nur wiederholen. — Emma Neumann. Die nach Ihrer Darstellung sehr berechtigten Beschwerden bringen Sie praktisch bei dem Vorstände Ihrer Krankenkasse an. — R. R. 23. Schl. 53. Zu 1. Rein. Zu 2. Sie haben nur 70 Proz. zu beanspruchen. — G. R. 100. Ein Recht auf Befreiung von der Werbung steht Ihnen nicht zu; reklamieren Sie unter Angabe der Gründe. — A. R. 1. Kommen Sie mit allen Schriftstücken in die Sprechstunde. — G. R. 99. Ja. — G. R. 100. 1. 10 Monate. 2. Es muß Ausbeziehung zwischen Mutter und Kindern erfolgen; Antrag bei Ihrem Amtsgericht. — W. R. 32. 1. 24 M. Renten der Versicherungsanstalt Brandenburg. 2. Kündigung ist beiderseits nur vom 15. zum 1. zulässig. Das Mädchen muß also mindestens bis 15. Juli bleiben.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt.

Wasserstand	am 4. 7.	am 5. 7.	Wasserstand	am 4. 7.	am 5. 7.
Remel, Mühl	70	+2	Saale, Großk.	154	+8
Bregel, Ansburg	—8	+3	Saale, Spandau	98	+2
Reichel, Thorn	6	0	Katzenow	20	-6
Oder, Rathbor	167	-12	Spre, Spremberg	70	-2
„ „ „ „	113	+19	„ „ „	71	0
„ „ „ „	97	+3	„ „ „	24	-6
„ „ „ „	-14	+4	„ „ „	32	+14
„ „ „ „	-43	-1	„ „ „	691	+8
„ „ „ „	-20	+2	„ „ „	519	-7
„ „ „ „	55	-10	„ „ „	551	+13
„ „ „ „	-70	+12	„ „ „	148	+3
„ „ „ „	149	+4	„ „ „	234	+18
„ „ „ „	128	+8	„ „ „	272	+6

+) + bedeutet Hoch, — Nied. — Unterparrel.

Todesanzeige.
Am 2. Juli verschied nach kurzen Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater und Bruder
Robert Rudow
im Alter von 49 Jahren.
Im Namen der Hinterbliebenen
Albertine Rudow
28575 nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Donnerstags nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes aus statt.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Berlin.
Todesanzeige.
Hierdurch bringen wir die traurige Nachricht, daß der
Paul Köhler
(geb. Ostern)
am Sonntag, den 3. Juli, gegenläufig eines Bootsunfalls im Neuhener See ertrunken ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden, Bekannten, Genossen und dem Männerchor „Lichte-Georgia“ die traurige Nachricht, daß meine liebe Gattin, unsere gute Mutter
Hermine Bolz
geb. Junnothe
nach kurzem aber schwerem Leiden am Sonnabend 11 1/2 Uhr abends entschlafen ist. 28365
Der tiefbetrübte Gatte
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in Pöppelsee aus statt.

Dankagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die reichen Kranzgebenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, unseres guten Bruders sagen wir allen Beteiligten, insbesondere den Kollegen der Firma Jacob u. Valentin sowie dem Transportarbeiterverband unseren herzlichsten Dank.
Witwe Hülsebeck
1182 und Gehilfen.
Krankenkasse der Hutmachergesellen zu Berlin (C. D. Nr. 67).
Dienstag, den 12. Juli 1910, abends 8 1/2 Uhr,
Große Hamburger Str. 18/19:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassemberticht. 2. Wahl des Ausschusses nach § 41 Statut XIII. 3. Verschiedenes. 28325
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand. Otto Eichoppe.

Verleih-Institut.
Friedrichstr. 118/1, a. Oran.
Tor. Weg. Brand. Gehhof
1,50, Dose 1,00, Beste 50 Pf.
Kredit
Monat. 10 M. Befreie
eleg. Herren- oder Damen-
n. (billigste Preise)
Schneidermeister,
J. Tomporowski, Lindenstr. 110.
Kasse 10 Proz. Rabatt.
vorzüglich, tadelloser Erhalt.
ist od. ganz billig zu verf.
Kranzstr. 15, I. geradezu.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre zu außerord.
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Haarverfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Kreis Nieder-Barnim
Bezirk Porphwalde-Wittenau.
Todes-Anzeige.
Den Mitglidern zur Nachricht,
daß unser Mitglid

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitglidern zur Nachricht,
daß unser Mitglid

Todes-Anzeige.
Am Montag, den 4. Juli,
mittags 12 1/2 Uhr, verschied nach
langen, schweren Leiden meine
liebe Frau, unsere Mutter, Tochter,
Schwester und Schwägerin
Johanna Lange geb. Mandel
im 80. Lebensjahre.
Dies gelien tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Berlin, den 5. Juli 1910.
Witt Lange.
Karl Mandel und Frau
geb. Schmidt.
Gustav Mandel.
Reinhold Mandel.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 7. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Kapelle
des Philippus-Kirchhofes, Müllers-
straße, aus statt. 28465

Karow eine Station **Buch**
Schönst. Villenort, R. v. 12 M.
an. 20 Pf. v. Stett. Bhl. 25 Min.
Fahrt, 10 Pf. v. Pankow-Schönbh.
12 Min. Fahrt. Terrain unmittelbar
am Bf. Bauausgsp. genehmigt.
Pläne gratis. Maß. Anz. u. lang-
jähr. Hypotheken. Verkäufer
ständig a. Bf. Karow.
J. Rieger, Gontardstr. 5.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schick, dauerh. Zutaten,
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade, II. (Städt. Str.)

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der
Kapitän-Kautabak
seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetlich geschützt)
wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-
Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil anecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine
Priedmosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: Carl Böcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Amt 7, 3861.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglid, der Schlosser

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitglidern zur Nachricht,
daß unser Mitglid

Allen Freunden, Verwandten
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Tochter
Charlotte
nach langen schweren Leiden am
4. Juli im 17. Lebensjahre sanft
entschlafen ist.
Karl Runge nebst Frau,
Dienstadtstr. 59.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
vom Trauerhause nach dem
Heiligkreuzkirchhof in Mariendorf
statt. 28445

Untergrundbahn
Hausvogelplatz
Wo? — kauft man jetzt
zu jedem annehmbaren Preise
wirklich gediegene Konfektion in
Mänteln, Kostümen, Kleidern
Röcken, Blusen, Jacketten,
Pelerines, Gebirgs-Konfektion, Kimonos
Jeder gewünschten Größe.
Kein Schundware! — Kein Ausverkaufs-Fabrikat!
sondern bessere Qualitäten in guten Stoffen
und bester Verarbeitung, um Platz zu schaffen,
für teilweise sogar bis zum fünften Teil der
früheren Netterungen, darunter
Ausserst elegante Original-Modelle u. Kopien
für 6.-, 8.-, 10.- usw. für 12.-, 14.-, 16.- usw.
früher 2. Teil bis 25.- früher 2. Teil bis 50.-
für 10.-, 14.-, 18.- usw.
früher zum Teil bis M. 100.-
Pelz-Konfektion, Plüsch-Konfektion
zu ganz minimalen Sommerpreisen!
WESTMANN
Mohrenstrasse 37a nahe Hausvogel-
platz — nahe An-
denstr.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre zu außerord.
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Haarverfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der
Kapitän-Kautabak
seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetlich geschützt)
wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-
Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil anecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine
Priedmosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: Carl Böcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Amt 7, 3861.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglid, der Schlosser

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitglidern zur Nachricht,
daß unser Mitglid

Allen Freunden, Verwandten
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Tochter
Charlotte
nach langen schweren Leiden am
4. Juli im 17. Lebensjahre sanft
entschlafen ist.
Karl Runge nebst Frau,
Dienstadtstr. 59.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
vom Trauerhause nach dem
Heiligkreuzkirchhof in Mariendorf
statt. 28445

Untergrundbahn
Hausvogelplatz
Wo? — kauft man jetzt
zu jedem annehmbaren Preise
wirklich gediegene Konfektion in
Mänteln, Kostümen, Kleidern
Röcken, Blusen, Jacketten,
Pelerines, Gebirgs-Konfektion, Kimonos
Jeder gewünschten Größe.
Kein Schundware! — Kein Ausverkaufs-Fabrikat!
sondern bessere Qualitäten in guten Stoffen
und bester Verarbeitung, um Platz zu schaffen,
für teilweise sogar bis zum fünften Teil der
früheren Netterungen, darunter
Ausserst elegante Original-Modelle u. Kopien
für 6.-, 8.-, 10.- usw. für 12.-, 14.-, 16.- usw.
früher 2. Teil bis 25.- früher 2. Teil bis 50.-
für 10.-, 14.-, 18.- usw.
früher zum Teil bis M. 100.-
Pelz-Konfektion, Plüsch-Konfektion
zu ganz minimalen Sommerpreisen!
WESTMANN
Mohrenstrasse 37a nahe Hausvogel-
platz — nahe An-
denstr.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre zu außerord.
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Haarverfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der
Kapitän-Kautabak
seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetlich geschützt)
wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-
Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil anecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine
Priedmosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: Carl Böcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Amt 7, 3861.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglid, der Schlosser

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitglidern zur Nachricht,
daß unser Mitglid

Allen Freunden, Verwandten
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Tochter
Charlotte
nach langen schweren Leiden am
4. Juli im 17. Lebensjahre sanft
entschlafen ist.
Karl Runge nebst Frau,
Dienstadtstr. 59.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
vom Trauerhause nach dem
Heiligkreuzkirchhof in Mariendorf
statt. 28445

Untergrundbahn
Hausvogelplatz
Wo? — kauft man jetzt
zu jedem annehmbaren Preise
wirklich gediegene Konfektion in
Mänteln, Kostümen, Kleidern
Röcken, Blusen, Jacketten,
Pelerines, Gebirgs-Konfektion, Kimonos
Jeder gewünschten Größe.
Kein Schundware! — Kein Ausverkaufs-Fabrikat!
sondern bessere Qualitäten in guten Stoffen
und bester Verarbeitung, um Platz zu schaffen,
für teilweise sogar bis zum fünften Teil der
früheren Netterungen, darunter
Ausserst elegante Original-Modelle u. Kopien
für 6.-, 8.-, 10.- usw. für 12.-, 14.-, 16.- usw.
früher 2. Teil bis 25.- früher 2. Teil bis 50.-
für 10.-, 14.-, 18.- usw.
früher zum Teil bis M. 100.-
Pelz-Konfektion, Plüsch-Konfektion
zu ganz minimalen Sommerpreisen!
WESTMANN
Mohrenstrasse 37a nahe Hausvogel-
platz — nahe An-
denstr.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre zu außerord.
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Haarverfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der
Kapitän-Kautabak
seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetlich geschützt)
wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-
Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil anecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine
Priedmosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: Carl Böcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Amt 7, 3861.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Bezirk 16.
Den Mitglidern zur Nachricht,
daß unser Mitglid

Verband der Bäcker und
Konditoren Deutschlands.
Berlin.
Am Sonntag, den 3. Juli, starb
unser Mitglid, der Bäcker

Allen Freunden, Verwandten
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Tochter
Charlotte
nach langen schweren Leiden am
4. Juli im 17. Lebensjahre sanft
entschlafen ist.
Karl Runge nebst Frau,
Dienstadtstr. 59.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
vom Trauerhause nach dem
Heiligkreuzkirchhof in Mariendorf
statt. 28445

Untergrundbahn
Hausvogelplatz
Wo? — kauft man jetzt
zu jedem annehmbaren Preise
wirklich gediegene Konfektion in
Mänteln, Kostümen, Kleidern
Röcken, Blusen, Jacketten,
Pelerines, Gebirgs-Konfektion, Kimonos
Jeder gewünschten Größe.
Kein Schundware! — Kein Ausverkaufs-Fabrikat!
sondern bessere Qualitäten in guten Stoffen
und bester Verarbeitung, um Platz zu schaffen,
für teilweise sogar bis zum fünften Teil der
früheren Netterungen, darunter
Ausserst elegante Original-Modelle u. Kopien
für 6.-, 8.-, 10.- usw. für 12.-, 14.-, 16.- usw.
früher 2. Teil bis 25.- früher 2. Teil bis 50.-
für 10.-, 14.-, 18.- usw.
früher zum Teil bis M. 100.-
Pelz-Konfektion, Plüsch-Konfektion
zu ganz minimalen Sommerpreisen!
WESTMANN
Mohrenstrasse 37a nahe Hausvogel-
platz — nahe An-
denstr.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre zu außerord.
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Haarverfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der
Kapitän-Kautabak
seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetlich geschützt)
wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-
Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil anecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine
Priedmosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: Carl Böcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Amt 7, 3861.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Bezirk 16.
Den Mitglidern zur Nachricht,
daß unser Mitglid

Verband der Bäcker und
Konditoren Deutschlands.
Berlin.
Am Sonntag, den 3. Juli, starb
unser Mitglid, der Bäcker

Allen Freunden, Verwandten
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Tochter
Charlotte
nach langen schweren Leiden am
4. Juli im 17. Lebensjahre sanft
entschlafen ist.
Karl Runge nebst Frau,
Dienstadtstr. 59.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
vom Trauerhause nach dem
Heiligkreuzkirchhof in Mariendorf
statt. 28445

Untergrundbahn
Hausvogelplatz
Wo? — kauft man jetzt
zu jedem annehmbaren Preise
wirklich gediegene Konfektion in
Mänteln, Kostümen, Kleidern
Röcken, Blusen, Jacketten,
Pelerines, Gebirgs-Konfektion, Kimonos
Jeder gewünschten Größe.
Kein Schundware! — Kein Ausverkaufs-Fabrikat!
sondern bessere Qualitäten in guten Stoffen
und bester Verarbeitung, um Platz zu schaffen,
für teilweise sogar bis zum fünften Teil der
früheren Netterungen, darunter
Ausserst elegante Original-Modelle u. Kopien
für 6.-, 8.-, 10.- usw. für 12.-, 14.-, 16.- usw.
früher 2. Teil bis 25.- früher 2. Teil bis 50.-
für 10.-, 14.-, 18.- usw.
früher zum Teil bis M. 100.-
Pelz-Konfektion, Plüsch-Konfektion
zu ganz minimalen Sommerpreisen!
WESTMANN
Mohrenstrasse 37a nahe Hausvogel-
platz — nahe An-
denstr.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre zu außerord.
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Haarverfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der
Kapitän-Kautabak
seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetlich geschützt)
wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-
Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil anecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine
Priedmosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: Carl Böcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Amt 7, 3861.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, 7. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal I):

Öffentliche Versammlung der Etuisarbeiter und -Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von den Verhandlungen in der Schlichtungskommission.
 2. Unsere Forderungen.
- Die Anwesenheit der Mitglieder der Tages-Ordnung erfordern wir zum notwendigen und pünktlichen Erscheinen.
- Branchenleitung und Tarifkommission der Etuisbranche.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren Julius Krause Kastanien-Allee No. 40.

Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen

Telzahlung gestattet.

Für die Reise mit Säuglingen ist als zweckmäßigste Nahrung „Lufke“ zu empfehlen. Es ist leicht zuzubereiten, lange haltbar, macht die Nahrung leichter verdaulich und schützt vor den gefährlichsten Darmerkrankungen.

9/18

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Achtung! Holzarbeiter.

Donnerstag, den 7. Juli 1910, abends 5 1/2 Uhr, bei Rabe, Nichte, Straße 29:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Streik bei der Firma Gossow.
 2. Diskussion.
- Die Holzarbeiter werden ersucht, recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.
- Die Ortsverwaltung.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Groß-Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8.

Neuerscheinungen.

In Freien Stunden.

14. Jahrgang, I. Band, enthaltend u. a. das preisgekrönte Werk von Bruno Wille:

Die Abendburg.

Chronik eines Goldsuchers in groß Abenteuer.

Preis: Reinen gebunden 3,50 Mark, halbfrau gebunden 1.— Mark.

Die Sozialdemokratie und das Heer.

Preis 10 Pfennig.

Die Erhöhung der Zivilliste.

Neben der sozialdemokratischen Abgeordneten Adolf Hoffmann und Paul Pirch im preussischen Abgeordnetenhaus vom 7. und 9. Juni 1910.

Preis 15 Pfennig.

Expedition des „Vorwärts“.

Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Theater und Vergnügungen

Wittwoch, den 6. Juli. Anfang 8 Uhr.

Neues Opern-Theater. Robed. (Anfang 7 Uhr.)

Deutsches. Ueber unsere Kraft. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Reichshallen. Komische Oper. Der Regimentspapa.

Neues Schauspielhaus. Der Pflieger.

Kleines. Nur ein Traum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Berliner. Talfun.

Neues Operetten-Theater. Der Graf von Luxemburg.

Thalia. Charles Lante.

Schiller. Wenn gehört Helena? (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Schiller O. (Wahner-Theater.)

Acrobator.

Schiller Charlottenburg. Die von Hochsattel.

Wife. Der Gesundheitsminister.

Luftspielhaus. Das Leutnantsmündel.

Metropol. Hallo!! — Die große Reue.

Folies Caprice. Pariser Ehen. Der Athlet. Die keusche Coinette. Das Verlobungsfest. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Wahne. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Walhalla. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Karl Landau. Spezialitäten. Prater. Im Reiche des Mars. Urania. Zaubertränke 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Sternwarte. Anwaltsstr. 67—62.

Urania. Wissenschaftliches Theater Taubenstr. 48/49. Heute Mittwoch 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

WINTERGARTEN

La Tortajada in ihrer neuesten Schöpfung: „Abenteuer eines Toreros“.

Amann Mimiker und Charakteristiker.

De Dio Phantasio-Tänzerin sowie die sensationellen Attraktionen des Juli-Programms!

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Die Sensation Berlins! Senor Orduna der spanische Caruso. Toni Thoms. De Thoma-Troupe und das große Juli-Programm.

Passage-Panoptikum. Nur wenige Tage! Die zusammengewachsenen Schwestern Blazek und ihr Kind. Lebend zu sehen von 11—1 Uhr mittags und von 3—10 Uhr abends. Ohne Extra-Entree. Eintritt für die gesamten Räume 50 Pf., Kinder und Soldaten 25 Pf.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wahner-Theat.) Schiller-Theater (Charlottenburg).

Gottscheid-Oper. Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Troubadour. Oper in 4 Akten. Musik von G. Verdi. Ende 10 1/2 Uhr.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Förster-Christl.

Freitag, abends 8 Uhr: Die Förster-Christl.

Wittwoch, abends 8 Uhr: Die von Hochsattel. Lustspiel in 3 Aufzügen von Leo Walter Stein und Ludwig Keller. Ende nach 10 Uhr.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Die von Hochsattel.

Freitag, abends 8 Uhr: Die von Hochsattel.

Achtung! Diez' nur Achtung!

Seeterrasse Lichtenberg Köderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Köderplatz. Größtes und schönstes Lokal Berlin.

Bei unangenehmem Wetter Schuß für 8000 Personen. — Täglich: Ob schön! ob Regen: Gr. Konzert. Auftritten der besten Turnseilkünstler der Welt The Liepeltz sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reiss um die Erde in Saltomortale v. 10 Meter Höhe mit dem Fahrrad in den See. The 3 Blackburns, phänomenaler Luftseiler-Akt. Gr. Lachersfolg: Gustav Loeser Comp. Sensations-Pantomime, ein Spaß in einer höllischen Weltanschauung. — Tueti Krill und Gustav Müller, Original-Humoristen mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlagern und das neue beste Programm Berlins. Jeden Sonntag: Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk. Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

Brauerei Friedrichshain Am Königstor. Täglich: Große Militär-Konzerte. Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr: Frei-Vorstellung der beliebten Apollo-Sänger.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910 30. April bis 2. Oktober. Im Park täglich Doppelkonzert. Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer 6 M.

Ausstellungshallen-Kino am Zoo Nachm. 6 Uhr: Mit Sven Hedin durch Zentral-Asien. 0,20, 0,30, 0,50, 1 M. Abends 8 Uhr: Mit Sven Hedin durch Zentral-Asien. Sonntag, 0,50, 1.—, 2.—, 3 M. Für Abends: Vorverkauf bei Wertheim, Leipzigerstraße und sämtlichen Vorverkaufsstellen.

Metropol-Theater Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7—9. Täglich: Im Reiche des Mars Spezialitäten, Konzert u. Ball. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kliems Sommertheater und Festsäle. Inh.: Rudolf Krüger. Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl. Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Artist. Leitung: Walter Grünwitz, Kapellmeister: Max Wollheim. Jeden Donnerstag: Elite-Tag! Anfang: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Schweizer Garten Am Königstor — Am Friedrichshain. Täglich: Theater- u. Spez.-Vorstellung. U. a.: Flitners Wanderzirkus. Jeden Abend Prinz Pflume. 1/10 Uhr: Gr. Ausstattung-Oper. m. Ballett. Jeden Mittwoch: Kinderfest. Volksbelustigungen. Tanz. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Pullmanns Theater Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99. Zum letztenmal: Königin Louise. Königin Louise. Käte Reich. Napoleon I. Dir. Karl Reich. Anfang 1/5 Uhr. Entree 30 Pf. Das gr. Spezialitäten-Programm! Freitag: Kinder-Freudenfest. Rasperle-Theater. Wettspiele. Fadelzug. Stocklagers gratis! Sonnabend: Genossenschaftsfest. Pullmanns Theater steht Kopp.

Voigt-Theater Gesundbrunnen. Badstr. 58. Heute Mittwoch, abends 1/5 Uhr: Große Elite-Vorstellung. Ueber den großen Teich. Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in 4 Abteilungen von Adolf Willipp. Das neue große Spezialitäten-Programm. Raffeneröffnung 4 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Lessing-Theater. Täglich 8 Uhr: Rajernenluft.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Talfun. Morgen: Talfun.

Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigter Preisen: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus. Abends 9 Uhr: Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132. Der Gesundheitsminister. Schwanz in 3 Akten von H. D. Weber. Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Der Gesundheitsminister. Auf der Gartenbühne: Theater-Vorstellung. Spezialitäten. Gr. Konzert. Anfang Sonntags 4 Uhr, Wochentags 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater Anfang 8 Uhr. Das vollständig neue Programm! 5 Beautés Korinnas 5 Phantasiestänzerinnen vom königl. dänischen Ballett. Schimpanse — Grang-Utang als Tandemfahrer. Holland im Orient. Operette — ohne Männer — in zwei Sätzen, dargestellt von 18 Holländerinnen sowie weitere 2 große Debuts.

Königstadt-Kasino. Dolgenstraße 27, (alte Mieränderstr.) (Besitzer: Max Schindelhauer.) Im herrlichen Naturgarten täglich: Lucio Bernabardo, Oper-Soubrette. The Lanzas, Excentric-Akrobatic-Tänzer. — Gustav Bonno, moderner Humorist — Bernabardo u. Martens: „Die Nacht des Valzer“. Anf. Wochentags 7 1/2, Sonntags 8 Uhr.

Folies Caprice Anfang 8 1/2 Uhr. Pariser Ehen. Der Athlet. Die keusche Coinette. Das Verlobungsfest.

Stadt-Theater Moabit Alt-Moabit 47/49. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum Schluß: Künstler d. Landstraße. Urf. Curleske von Moysel. Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Pharus-Sommer-Theater Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart. Berlin N., Müllerstr. 142. Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal! Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung 20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm. Außerdem jeden Freitag: Die beliebten Apollo-Sänger. Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

B B B Brunnenstraße 16. Das neue Riesen-Programm. Lehrreich Unterhaltend Amüsant. Gr. Orchester. Saal u. Garten. Eintritt 30 Pf.

Sommer-Theater Café Bellevue am See und Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Täglich: Spezialitäten Theater, Konzert.

Walhalla-Variete-Theater Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor. Abends 8 Uhr: Das großartige Variete-Programm

Vereins-Brauerei Rixdorf, Hermannstr. 214/219. Oekonom: Max Wendt. Täglich: Gr. Militär-Konzert. Anfang Wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Luna Park TERRASSEN HALENSEE Größter Vergnügungspark des Kontinents. Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins. Eintrittspreis 50 Pf. Neu eröffnet! Teufelsrad und Katzenjammerschloß. Neu eröffnet!

Sonnabend, den 9. Juli: Gala-Tag. 2 große Doppel-Feuerwerke. 8 Uhr abends: Japanisches Tages-Feuerwerk. 10 Uhr abds.: Pracht-Höhen u. Wasserfeuerwerk. Franzer-Konzert unter Leitung des Dirigenten Becker. Translatoren-Orchester.

CIRCUS Cyril Hallé Das Monstrum aller europäischen Zirkusse

Nur noch wenige Tage! Rixdorf-Berlin, Pfingststr. u. Pannierstr.-Ecke. Telefon: Rixdorf 806. Mittwoch, 6. Juli, nachm. 4 und abends 8 1/2 Uhr: große 2 Vorstellungen 2 In den Nachm.-Vorstellungen zahlen Kinder unter 12 Jahren und Militär vom Feldwebel abwärts halbe Preise.

Volksgarten-Theater früher Weimann. Badstr. 8, Belm- u. Belmannstraße. Täglich: Konzert-, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Das neue Kleinenprog. Zur Aufführung gelangt: Robert und Bertram. Poffe mit Gesang u. Tanz in 4 Akten. Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerwerk.

Gr. Militär-Konzert. Anfang Wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Zeuthen L.-D. ist das „Waldhaus“, Joh. E. Trill sowie das Restaurant von Ernst Künzler am Zeuthener See nach wie vor gesperrt.

In Hakenfelde bei Spandau ist das Lokal „Lindengarten“, früher „Volksgarten“, Joh. Rieder ebenfalls noch gesperrt.

In Dabendorf bei Jossen ist uns das Lokal „Zum deutschen Kaiser“ entzogen worden, dagegen steht uns jetzt in Jossen das Lokal von Poffelt, früher Janide, Bahnhofstraße zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, 10. Juli, findet ein Ausflug mit Familie nach Werdebruch bei Köpenick statt.

Schöneberg. Die Flugblattverbreitung findet heute Mittwoch, den 6. d. M., abends 7 Uhr, von den bekannten Lokalen aus statt.

Spandau. In Staaken findet am Sonntag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, eine Volksversammlung in Gnädigs „Volksgarten“ statt.

Berliner Nachrichten.

In den Kalkbergen.

Zu der einzigen Gebirgsformation vor den Toren der Reichshauptstadt führen mancherlei Wege. Der beliebteste, aber auch zeitraubendste ist der Wasserweg auf der Obersee über die Müggel, den Dameritz- und Pfauensee zunächst bis nach Woltersdorfer Schleuse.

An den Zementfabriken vorbei geht's über die Holzbrücke durch die langgestreckten Kolonien Schulzenhöhe und Vergbrück, dann mit einer kleinen Abzweigung nach links über das breite Mühlenfließ und durch einen Tunnel zum Tiefbau.

Schon beim Eintritt in das Höhengebiet kommen uns die alten ausgebrannten Kalköfen am Glodenberge, mit nachträglich aufgemauerten Aufstiegen versehen und dicht mit Weinlaub bewachsen, wie mittelalterliche Burgruinen vor.

Der zweite Teil der Tour bringt uns am zugemauerten ehemaligen Redenkanal vorbei über die Kreuzbrücke nach der zwischen den beiden Hauptbrücken im Grunde aufgestellten monumentalen Sonnenuhr.

weit über den Kalksee hinweg bis nach Kolonie Stolz ein Glasstück aus dem märkischen Naturkabinett. Hier auf lustiger Höhe befindet sich als Unikum solcher Art zwischen mächtigen Pappeln der Turnplatz der Schulgemeinden Rüdersdorf mit leider sehr schlecht beschaffenen Turngeräten.

Die ganze Fuhrtour hat bis jetzt nur etwa vier Stunden erfordert. Wer also noch rüstig ist, geht nicht nach dem Bahnhof, sondern wandert um den Schulzenberg herum nach Dorf Rüdersdorf (1/2 Stunde), dann durch den Wald am Forsthaus vorbei nach Alt-Buchhorst zwischen Pech- und Müllensee (1 Stunde), endlich nach Grünheide am Wersee und zum Bahnhof Fasanghause (wieder 1 Stunde).

Der viergleisige Ausbau der Stettiner- und Nordbahn schreitet rüstig vorwärts. Auf der Stettiner Bahn ist vom Bahnhof Pantow-Heinersdorf ab ein drei, bis stellenweise vier Meter hoher Damm aufgeschüttet, der sich von Berlin gesehen, links parallel der jetzigen fünf Kilometer bis Karow, dann rechts drei weitere Kilometer bis Buch hinzieht.

Auf der Nordbahn sind die großen Strohmunterführungen bei Rosenthal, Wittenau, Waldmannstuf usw. fertig gestellt und der Viadukt über die Bismarckstraße bei Hermsdorf ist in Angriff genommen.

Warmherzige Unternehmer.

Dieser Tage hat die „Schuheinlagenindustrie Temešvary u. Co.“ an einen Berliner Armenvorsteher folgendes Angebot ergehen lassen:

Wir könnten Arbeiterinnen, die in ihrer eigenen Wohnung Arbeit von uns übernehmen wollen, beschäftigen, machen Sie jedoch im voraus darauf aufmerksam, daß der Arbeitslohn für diese Massenartikel zum Lebensunterhalt nicht ausreicht, sondern nur als Beihilfe namentlich bei kinderreichen Familien dienen dürfte.

Es hat also gar keinen Zweck, uns solche Frauen zu senden, die auf einen größeren Tagesverdienst als 0,50 Mark bis 1,- Mark, je nach der Arbeitskraft rechnen.

Welch teilnahmevolle Menschenfreundlichkeit spricht aus dieser Offerte, wie warm fühlt doch so manches Unternehmehertz für die arbeitende Bevölkerung! Heran, ihr Proletarierfrauen, heran, hier gilt's zu zeigen, daß ihr soviel Mitgefühl und Hochherzigkeit zu schätzen wißt.

Mehrere Betriebsstörungen im Straßenbahnverkehr, die durch fremde Fuhrwerke hervorgerufen wurden, werden vom Montag gemeldet. Am Hakenplatz sperrte ein beladener Kollwagen der Firma Guillard, Ringstraße 21, dem das rechte Vorderrad abgelaufen war, das Gleis in der Richtung nach dem Askaniischen Platz.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im Juni 1910 betragen 126 500,70 M. gegen 69 293,10 M. im Juni 1909, das ist eine Tageseinnahme von 4216,89 M. gegen 2309,77 M. im Juni 1909.

Es wurden insgesamt 1 388 061 Personen gegen 733 118 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im Juni gefahrenen Wagenkilometer (Motortwagen und Anhängerwagen) ist von 132 453 des Vorjahres auf 232 978 gestiegen.

Am 1. Juli 1910 befanden sich im städtischen Familienobdach 215 Personen, und zwar 27 Familien mit 77 Köpfen (darunter 42 Kinder und 15 Säuglinge) und 138 Einzelpersonen. Der Gesamtbestand betrug am 1. Juni 16 Personen mehr.

Auf missliche Zustände in der Gegend der Warschauerbrücke werden wir in einer Zuschrift aufmerksam gemacht, die besonders für kleinere Kinder gefährlich und mit Leichtigkeit abgestellt werden können.

Steuerzahlen der Beamten. Der Bezirksausschuß Berlin hat in seiner gestrigen Sitzung zu der Frage Stellung genommen, ob die von der Steuerdeputation des Magistrats Berlin bei der diesjährigen Veranlagung erfolgte Besteuerung der den Beamten im Jahre 1908 für 1908 nachgezählten Gehaltsbeträge berechtigt sei.

Prügelpädagogik.

Die Pädagogik, die in unseren Gemeindeschulen geübt wird, unterscheidet sich wesentlich von der in den höheren Lehranstalten geübten. Während in den Gemeindeschulen vielfach mit dem Stock erzogen wird, ist in den höheren Lehranstalten dieses Erziehungsmittel so gut wie unbekannt.

Weshalb gibt es auch in den Gemeindeschulen viele Lehrer, die ohne Stock auskommen, und diese Lehrpersonen weisen nicht die schlechtesten Resultate auf. Aber immerhin haben wir viele Lehrer, die den Stock als besonderen Förderer in Erziehungswesen betrachten.

Was soll man dazu sagen, wenn Direktoren zuspätkommende Kinder sofort verprügeln, wie wir das von Herrn Rektor Treichl in der Lütticher Straße dieser Tage berichten mußten.

Der Knabe Th. ist nach Angabe am 30. Juni 1910, vormittags, in der Schulstunde von 10 bis 11 Uhr von seinem Lehrer aus Anlaß schlechten Schreibens in der Weise geprügelt worden, daß er mit einem fingerdicken Rohrstock ungefähr fünf besonders heftige Schläge quer über das Gesicht erhielt.

Die heute am 1. Juli 1910, nachmittags 7 Uhr, vorgenommene objektive Untersuchung hatte folgendes Ergebnis: Die rechte Gesichtshälfte ist durch Schwellung etwas stärker als die linke. Ihre Wölbung ist in der Ausdehnung eines Handtellers schwärzlich-blau verfärbt.

Diesem Befunde steht nichts der Annahme entgegen, daß die soeben beschriebenen Veränderungen am Gesichte den behaupteten Ursprung haben, d. h. also durch besonders heftige Schläge mit einem harten Gegenstande entstanden sind.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um einen blaffen, einen schwächlichen Eindruck machenden, noch nicht neunjährigen Knaben. Der Rektor soll erklärt haben, das Prügelgedröck habe der Lehrer und es sei nicht übersprungen.

Schönung kam auch dieser Tage in der geheimen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung anlässlich der Anstellung einer Lehrerin sehr kräftig zum Ausdruck. Es ist hohe Zeit, dafür zu sorgen, daß in unseren Gemeindefschulen mit dieser Art Pädagogik endlich einmal aufgeräumt wird.

Ein tödlicher Automobilschlag hat sich am Dienstagmorgens gegen 1/8 Uhr in der Frankfurter Allee ereignet. Dort spielten an der Ecke der Niederbarnimer Straße eine Anzahl Kinder auf dem Bürgersteige, unter ihnen auch die vierjährige Tochter Marie des Grünberger Straße 17 wohnhaften Arbeiters Dahlke. Der Kleinen war ein Ball auf den Fahrdamm gefallen, und bei dem Versuch, das Spielzeug zu greifen, geriet das Mädchen gegen ein herannahendes Automobil. Das Kind wurde umgerissen und kam unter den Krastwagen, dessen Räder ihm über die Brust hinweggingen. Die Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Warkauer Straße gebracht, wo schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. Kurze Zeit nach der Einlieferung verstarb das bedauernswerte Mädchen unter den Händen des Arztes. Die Leiche wurde beklagungsamt und nach dem Lichterberger Schauhause übergeführt.

Beim Fleddern ertrug der Arbeiter Kasan Wiegert aus Kralau, nachdem er seinem Opfer mit einem scharfen Messer die Hosentasche aufgeschnitten hatte. Der Arbeiter Wilhelm Eißler aus der Ullricher Str. 5 war auf dem Stralauer Platz auf einer Bank eingeschlafen. Diese Gelegenheit benutzte Wiegert, um sich das Portemonnaie des Schlafenden anzueignen. Eißler wurde aber munter und nun entspann sich zwischen ihm und dem Fledderer ein Handgemenge. Dabei brachte der Fledderer seinem Gegner einen etwa 20 Zentimeter langen Schnitt in den Unterleib bei, so daß die Eingeweide bloßgelegt wurden und der Gestochene zusammenbrach. Inzwischen waren Schutzmänner und Vorübergehende am Kampfplatz eingetroffen, verfolgten den nun fliehenden Fledderer und nahmen ihn fest. Wiegert bestritt zuerst, sein Opfer gestochen zu haben. Als man aber bei ihm das blutige Messer und Blutsflecke an seinen Armen und Händen fand, konnte er nicht mehr leugnen. Der schwerverletzte Eißler wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht, während Wiegert verhaftet wurde.

Aus dem Wasser gefanget wurde gestern nachmittag in Alt-Stralau eine unbekannte männliche Leiche, die anscheinend schon mehrere Tage im Wasser gelegen hat. Der Entworfene hatte einen kurzgeschneitten Schnurrbart und trug einen schwarzweißgestreiften Anzug und neue Schuhide. Er hatte eine Familienvorkaufkarte des Berliner königlichen Kasinos bei sich.

Nach dem Genuß von Gänsefleisch unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt ist die Familie des in der Gustav-Adolf-Str. 22 in Weihensee wohnhaften Arbeiters Sommerfeld. S., seine Frau und der 10jährige Sohn hatten am Sonntag zu Mittag Gänsefleisch gegessen, das ihnen von auswärts wohnenden Verwandten zugefandt worden war. Drei Stunden später erkrankten alle drei Personen bedenklich unter verdächtigen Erscheinungen. Ein hinzugerufener Arzt stellte sofort fest, daß Vergiftung vorlag, und ordnete die Ueberführung nach dem Krankenhause an.

Im Prater-Theater wurde am Montag das Ausstattungsgeld „Im Reiche des Mars“ zum 60. Male wiederholt. Die Direktion hat es sich angelegen sein lassen, auf die Bühnendekoration wie auf Kostüme große Sorgfalt zu legen. Unter den neuen Spezialitäten befinden sich einige Nummern, die sich hinter denen größerer Varietébühnen nicht zu verstecken brauchen. Das trifft besonders auf die Kanonenkönigin Manigo zu, die mit Kanonentugeln spielt, als handle es sich um Summibälle; zuletzt balanciert sie eine Kanone mit den Füßen. Schwaches Geschick!

Zeugengeluch. Passanten, welche am Dienstag, den 28. Juni, in der Petersburger Straße, Ecke Bornborfer Straße (Haltestelle der Straßenbahn) den Vorgang beobachtet haben, wie ein Radfahrer eine ältere Frau anfuhr, wobei jene hinfel, werden gebeten, ihre Adresse an Otto Lehmann, Nizdorf, Knebelstraße 67, bei Birnbaum abzugeben.

Gefunden wurde am Sonntag, den 3. Juli, unweit von Papenberge bei Heiligensee im Walde ein schwarzes Damenjackett. Dasselbe ist abzuholen bei Mr. Rothbuser Str. 18.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Berlin. Heute abend 9 Uhr: 5. Abteilung in Nizdorf bei Kaufhold, Eßstr. 8, morgen Donnerstag 8. Abteilung in Schöneberg bei Dieckhoff, Brunnenstraße 82, Übungsstunde.

Vorort-Nachrichten.

Nizdorf.

Der Bildungsausschuss teilt mit: Diejenigen Teilnehmer, welche an dem naturwissenschaftlichen Kursus des Genossen Engelbert Graf über „Geschichte unserer Erde“ teilgenommen haben, ersuchen wir hiermit, Sonntag, den 10. Juli, 10 Uhr vormittags, zwecks Besichtigung der Kollberge in Nizdorf sich recht zahlreich einzufinden. Die Abfahrt erfolgt morgens ab Schleißer Bahnhof 7.53 und 8.04 Uhr auf dem Bahnsteig nach Erfner. Zur Rückfahrt 10.9 Uhr vom Schleißer Bahnhof, Ankunft in Fredersdorf 10.40 Uhr, hier umsteigen nach Nizdorf.

Die Errichtung der neuen Badeanstalt scheint nun endlich Wirklichkeit werden zu sollen. Der Bau dieser bitter notwendigen städtischen Einrichtung ist wiederholt hinausgezögert worden, und es hatte seit den Ausdein, als ob das mehr als nötig geschä. Die letzte Schwierigkeit, welche zu überwinden galt, war die Frage der Wasserversorgung; sie hat ihre Erledigung jetzt dadurch gefunden, daß die Charlottenburger Wasserwerke die unentgeltliche Lieferung von 250 000 Kubikmeter Wasser pro Jahr für die zu errichtende und eines gleichen Quantums für eine eventuelle zweite Badeanstalt zugesagt haben. Dies Zustandnis in dem neuen Vertrag mit der genannten Wasserwerks-Aktiengesellschaft, dem die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung zugestimmt haben, ist auch alles und wird ganz mit Unrecht als besonderes Engagements bezeichnet; denn die Gesellschaft hat bereits mehr als zwei Jahrzehnte große Gewinne aus der Stadt abgeben frei herausgeholt. Das neue Projekt soll auf dem städtischen Grundstück Richardstr. 118/114 (gegenüber dem Denkmal) Verwirklichung finden und sieht eine Straße von etwa 20 Meter Breite an der Nordseite des Grundstücks vor, welche die Inn- und die Ziehensstraße und damit der Offen Vertins und das Tempelhofer Feld durch eine direkte Straßenlinie verbindet und einer Anregung aus dem Rebanungsplan-Weitbereich Groß-Berlin folgt. Südlich dieser Straße wird zwischen Donau- und Richardstraße die neue Badeanstalt erbaut, links an der Straßenfront die Schwimmbasse für Männer, rechts eine solche für Frauen; in der Mitte liegen über dem Hoher die Wannen-, Brause- und medizinischen Bäder. Auf dem Hinterland der Badeanstalt, das durch Verkauf von 94 Quadrat-raten aus dem Grundstück der Steinmetzmeister Gebr. Otto ergänzt werden soll, ist, wenn irgend möglich, eine kommunale Turnhalle geplant. Ein Anlieger namens Unger, dem zur besseren Gestaltung des Grundstücks ein kleines Stück Hinterland abgetauft werden sollte, hat durch einen exorbitanten Preis das unmöglich gemacht. Er wird bald einsehen, wie wichtig diese Vorbeimigkeit war; denn das Bauprojekt wird trotzdem ausgeführt, was den Wert seines Grundstücks kaum steigern dürfte.

Wilmersdorf.

Aus dem Wahlverein. Am Dienstag, den 28. Juni 1910, hielt der Wahlverein Wilmersdorf seine Mitgliederversammlung im Gesellschaftshause, Wilhelmstraße 112, ab. Genossin David referierte über das Genossenschaftswesen. In interessanten Aus-

führungen schilderte die Referentin das Genossenschaftswesen in England, Frankreich und Deutschland. Die Vorstandswahl wird im Monat Juli stattfinden. Den Kassendbericht gab Genosse Gohdbaus. Die Einnahmen betragen 527,86 M., die Ausgaben 432,44 M., bleibt ein Bestand von 95,22 M. Die Mitgliederzahl stieg auf 533 männliche und 65 weibliche Mitglieder. Den Bericht der Expedition gab Genosse Schubert. Der Ueberzuch betrug im Monat Mai 89,30 M. Die Abbonnentenzahl des „Vorwärts“ betrug Ende März 940, Ende Juni 985. Als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin wurden die Genossen Klein, Kolbow und Krüger, zur Kreisgeneralversammlung Schröder, Gladigow und Frau Markewitz gewählt. Das Sommerfest des Wahlvereins findet Sonnabend, den 23. Juli, im Viktoriengarten statt und werden die Genossen er-sucht, für guten Besuch Sorge zu tragen.

Die Unterkommission der Gewerkschaften beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Seit Jahren kämpfen die Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe um die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe. Die Geschäftsinhaber sträuben sich dagegen, und dieses fast ausnahmslos mit der Begründung, daß im Interesse des laufenden Publikums, besonders der Arbeiterschaft, die Geschäfte an den Sonntagen aufgeschlossen werden müssen.“

Die Delegierten der Wilmersdorfer Gewerkschaftskommission erachten die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe als dringend notwendig und weisen die Rücksichtnahme auf die Arbeiterschaft als Konsumenten entschieden zurück.

Die Delegierten fordern die Arbeiterschaft auf, keine Einkäufe an den Sonntagen zu machen, und verpflichten sich, in ihren Gewerkschaften darauf hinzuwirken, daß die Mitglieder und deren Familienangehörige ihre Einkäufe nur an den Wochentagen besorgen.

Tempelhofer.

Rur nicht so schnell! Daß unsere behördlichen Instanzen mit Gemütsruhe arbeiten, ist eine bekannte Tatsache. Selbst in dringenden Fällen, in denen Gefahr im Verzuge ist, scheint dieses behördliche Schnecken-tempo keine schnellere Gangart einzuschlagen. Es wird uns über einen Fall berichtet, der zwar recht glimpflich abgelaufen ist, aber unter Umständen viel Unheil über manche Familie hätte bringen können.

Erkrankte da am 31. Mai ein kleines Kind; der Vater sendet sofort zum Arzt und dieser stellt einen leichten Fall von Diphtheritis fest. Obwohl der Vater das Kind in ein Krankenhaus bringen wollte, verblieb es doch in der Familie, in der sich zwei schulpflichtige Kinder befanden. Am 1. Juni bekam das erkrankte Kind eine Heilserum-injektion und am Tage darauf war die ganze Familie erkrankt über die schnelle Genesung des jüngsten Sprößlings. Die Kinder gingen wie gewöhnlich zur Schule und die ganze Angelegenheit schien erledigt. Nicht wenig war nun das Familienoberhaupt erstaunt, als ihm am 7. Juni vom Gemeindevorstandes Verhaltungsmaßregeln in Diphtheritisfällen zuzuging. Jetzt erst, nachdem alles vorüber war, griff die Behörde zur Vermeidung der Anstreuung ein. Dies mag ja in Anbetracht des schnell vorübergehenden Krankheitsfalles noch entschuldbar sein. Aber erst am 14. Juni scheint das amtliche Schreiben bei der Schulbehörde eingelaufen zu sein, denn erst an diesem Tage wurden die beiden Kinder nach Hause geschickt! Der Vater, der auf ein erstes Schreiben immer noch keine Antwort erhalten hatte und dem die Sache recht langweilig vorkam, ging am 20. Juni persönlich auf das Amt, um die Sache recht schnell zu erledigen. Dort wurde er vertröstet, daß die Angelegenheit noch an demselben Tage geordnet werde. Und richtig vergingen wiederum drei Tage, ehe das amtliche Schreiben eintraf. Nachdem die Wohnung am 29. Juni auf Kosten des Inhabers desinfiziert wurde — in Gemein-den, die auf öffentliche Gesundheitspflege bedacht sind, geschieht dies unentgeltlich — war die Angelegenheit im Reinen.

Wenn die Schuld trifft, daß die Schulbehörde erst 14 Tage nach Ausbruch der Diphtheritis die schulpflichtigen Geschwister vom Besuch der Schule fernhielt, können wir nicht unterzuden. Jedensfalls liegt die Gefahr nahe, daß durch eine derartige Saumlässigkeit bei schwereren Fällen über manche Familie großes Unglück heraufbeschworen werden kann.

Adlershof.

Eine Statistik über die Organisationsverhältnisse und Krankheitsgeschwindigkeit der Arbeiter in Adlershof will die Gewerkschafts-Unterkommission vornehmen. Zu diesem Zwecke sind an die Delegierten der Gewerkschaftskommission Fragebogen ausgegeben worden, außerdem sind Fragebogen beim Obmann Genossen Jabel, Bismarckstraße 11 zu haben.

Ober-Schönwäldchen.

Bei Unfallfällen erste sachgemäße Hilfe zu leisten, dazu fehlt es in Arbeiterkreisen noch sehr. Diefem Mangel soll ein Kursus abhelfen, der in nächster Zeit am hiesigen Orte stattfinden soll. Er wird sich erstrecken auf Behandlung von Knochenbrüchen, Verbrennungen, Erfrieren, Bewußtlosigkeit, Betrinken und Ersticken, Vergiftungen, insbesondere auf Anlegung von Verbänden, Transport Erkrankter und Verunglückter. — Meldungen werden am Freitag im „Hackerpeter“ bei Schulze, Siemensstr. 12, entgegen-genommen.

Reinickendorf-Ost.

In der Bezirksgeneralversammlung des Wahlvereins erhalteten die Bezirksleitung, sowie die übrigen Funktionäre den Bericht über ihre Tätigkeit während der verfloffenen 1 1/2 Jahre. Nach dem Bericht des Bezirksleiters wurden abgehalten: 10 öffentliche und 12 Mitglieder-versammlungen, von ersteren 2 in Liebenwalde. Agitations-touren nach dem Ankenbezirk wurden 3 unternommen; am Orte selbst haben 14 Flugblattverteilungen stattgefunden. Der Frauenabend wurde 13mal abgehalten, diese wurden nach Ver-lesung des Lokals weit besser besucht. Zahlreiche waren für die inzwischen in 9 Bezirken verteilten Mitglieder 140 notwendig. Die Bezirksleitung erledigte ihre Verwaltungsaufgabe in 20 Konfe-renzen, doch waren gemeinsam mit anderen Organisationen und Körperschaften (Gewerkschaftskommission, Gemeindevorsteher, Jugend-ausschuss und Wilmersdorfer Kommission) noch etwa 25 Sitzungen erforderlich. Die Mitgliederbewegung zeigt einestseits von dem durch den Wahlrechtskampf und den Wirkungen der Reichsfinanz-reform hervorgerufenen politisch regen Leben. Es waren an 31. Dezember 1908 im Bezirk organisiert 452 Männer und 45 Frauen, aufgenommen wurden 333 Männer und 73 Frauen, dagegen war allerdings ein Verlust von 191 Männern und 26 Frauen zu beklagen, doch beträgt der Ueberzuch immerhin 142 männliche und 47 weibliche Personen, so daß jetzt ein Bestand von 594 männlichen und 92 weiblichen, insgesam 686 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Auch der Bericht des Kassierers zeigte in erfreulicher Weise die zunehmende Erstarkung der Organisation. 3970,53 M. wurden an Mitgliederbeiträgen, Sammelkästen, Ueberzuchsen von Vergütungen usw. vereinnahmt, hiervon wurden 1925,67 M. an den Kreis abgeführt. 1912,08 M. wurden im Bezirk verwandt. Von dem vorhandenen Bestand beschloß die Versammlung noch extra 100 M. an den Kreis abzuführen, außerdem soll die Bibliothek weiter ergänzt werden; auch von dieser konnten die Bibliothekare erfreuliches berichten. Die Zahl der Leser hat im letzten Jahre sich mehr als verdoppelt, doch ist eine noch regere Benutzung der Bibliothek dringend erwünscht. Aus dem Bericht der Lokalkommission Rang besonders scharf hervor die Lage über die schlechte Beachtung der Lokalliste seitens der Arbeiter. Wiederholt wurden

selbst ältere Genossen in den drei gesperrten Lokalen „Seebad“, „Auermann“ und „Schloß Schönholz“ betraffen. Ueber ein neuerdings freudiges Arbeiten konnte die Wilmersdorferkommission berichten. Auch die Mitglieder des Jugendauschusses konnten von einer Belebung des Gedankens der Jugendorganisation berichten und erbotem weiter kräftigste Unterstützung durch die Genossen und Genossinnen. Von einem außerordentlichen Aufschwung der Expedition berichtete der Genosse Gursch als Vorwärtsredakteur. Die darauf vorgenommene Komitierung der Bezirksleitung ergab folgenden Resultat: Bezirksleiter: Schönberg; Kassierer: Staruppe; Schriftführerin: Lorenz; Beisitzer: Gursch; Redaktoren: Adhm und Andreas; Bibliothekare: Gause, Frey Schulz und Bretter; Lokalkommission: Hen, Dippmann, Wischoff; Vergütungskomitee: Neumann, Armer, Köhling, Heß und Köpke; Wilmersdorferkontrollen: Jaspers; Jugendauschuss: Alfred Schmidt, Dornik und Gursch; Delegierte: Schönberg, Staruppe, Genossin Lorenz, Janke, Köhling, als Ersatz Genossin Jaspers und Neumann. Unter „Parteiangelegenheiten“ wurde dem Vorstand die Erlaubnis erteilt, die Bibliothekzeit im Sommer evtl. zu verlegen; von der Austritts-erklärung des Gastwirts Jahl, Hausdörferstraße 43 nahm die Versammlung Kenntnis. Zum Schluss der Versammlung wiesen sowohl der Bezirksleiter, als auch einzelne Funktionäre auf einzelne Ver-anstaltungen der nächsten Zukunft hin und ersuchten um zuge-teilung.

Schmargendorf.

Aus dem Gemeindeleben. In der am vergangenen Freitag statt-gefundenen Gemeindevertretung teilte der Gemeindevorsteher Gieshoff zunächst mit, daß er von der Elektrizitätsgesellschaft Südwest 4600 M. Zontieme erhalten habe für drei Vierteljahre seiner Tätig-keit als Aufsichtsratsmitglied der Gemeinde, die er in Anerkennung seiner früheren Auffassung als sein persönliches Eigentum betrachte. Unser Genosse Weiger bemerkte dazu, daß das Geld eigentlich der Gemeinde selbst gehöre, worauf sich Herr Gieshoff sehr gereizt über Belehrung darüber verbat, was „moralische Anschauungen sind, juristisch sei er eben im Recht. Bezeichnendweise schwiegen sich sämtliche anderen Gemeindevertreter über diesen so wichtigen Punkt aus, auch das neugewählte jeigige Aufsichtsratsmitglied Dr. Nathan. Derselbe berichtete dann über das Elektrizitätswerk Südwest, wobei interessiert, daß in Schmargendorf 2400 Glühlampen und 24 Bogen-lampen installiert sind. Weiter wurde vom Amtsdorfer mit- geteilt, daß der Prozeß der Gemeinde gegen die Handels- gesellschaft für Grundbesitz, wodurch dieselbe gezwungen werden sollte, die vertraglich zugesicherten eine oder zwei Straßenbahn-linien bis zum Jahre 1909 zu bauen, verloren wurde, da einige Zeugen verstarben. Die Gemeinde legt deshalb Vorschlag auf die gefällige Kaution von 10 000 Mark, die allerdings durch die hohen Kosten des Prozesses aufgezehrt sind. — Der Vertrag mit dem Totengräber Dietrich wurde auf weitere vier Jahre verlängert. Dazu beantragte unser Genosse Weiger, daß der Totengräber ver-pflichtet werden sollte, für seine Hilfsarbeiter die tarifmäßigen Löhne zu zahlen, was jedoch mit sämtlichen anderen Stimmen ab-gelehnt wurde. — Bei dem nächsten Punkt: „Ueber-nahme der Handwerkerkammerbeiträge auf die Gemein-dekasse“ war unser Genosse Weiger der einzige, der dieser Forderungen widersprach, freilich ohne Erfolg. Die Kosten betragen 172 M. pro Jahr. — Zum nächsten Punkt: „Ab-schluß von Pflasterunterhaltungs-Verträgen“ referierte Gemeindevorsteher Gieshoff. Die Gemeinde stimmte einem Verträge zu, der die Deutsche Quartiergeellschaft verpflichtet, die von ihr gepflasterte Hohenzollern-dammbrücke auf eine Reihe von Jahren zu unterhalten, für die ersten fünf Jahre kostenlos, für die weiteren Jahre mit 35 Pf. pro Quadratmeter. Dasselbe Pflaster soll auch in der Auguste-Viktoria- Straße gelegt werden. — Die beiden folgenden Punkte betrafen die Regelung der Wasserverhältnisse am Stau-becken in der Cranzer Straße. Die Wetterler im Juni dieses Jahres ließen erkennen, daß dasselbe schweren Unwettern nicht gewachsen ist. Um großen Schaden zu verhüten, hat ein Stichkanal sofort angelegt werden müssen, für den 2002 M. nachbewilligt wurden. Dergleichen wurden 14 400 M. bewilligt für die Er-weiterung des Staudemens. Als hierbei unser Genosse Weiger wiederum beantragte, den dabei beschäftigten Arbeitern tarifmäßige Löhne zu zahlen, gab es wieder bei den bürgerlichen Vertretern lange Geschäfter und ein höhnisches Lächeln, mehr hatten die Herren für die Arbeiter nicht übrig. — Zum nächsten Punkt: „Weiter-beschäftigung des Architekten“ wurde der Vertrag auf ein weiteres Jahr verlängert. Der Architekt bezieht 975 M. monatliches Gehalt.

Vernau.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschloß die Errich-tung zweier neuer Lehrerstellen an der städtischen Schule. Bei der Besprechung über die Verwendung der Räume im alten Kranken-hause wurde vom Genossen Krüger der Vorschlag gemacht, dieselben alten unbemittelten Leuten, welche gegenwärtig mit schlechten Woh-nungen vorlieb nehmen müssen, zu überlassen. Seitens des Magi-strats war geplant, die Räume an einige Polizeibeamte als Woh-nungen zu vermieten. — Der Bericht über den Städtetag wurde vom Bürgermeister und den drei Delegierten gegeben. Von unseren Genossen wurde das Vertragen der bürgerlichen Delegierten auf dem Städtetage gegenüber den sozialdemokratischen Delegierten gerügt. — Der hiesigen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz wurden für dieses Jahr 50 M. zur Errichtung dreier Verbandstischen in Vernau be-willigt. Ursprünglich sollte darüber in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden, wogegen unsere Genossen protestierten, welchem Protest vom Versteher auch Rechnung getragen wurde. — In nicht-öffentlicher Sitzung wurde dann der Privat-Anabenschule gegen die Stimmen unserer Genossen eine Subvention von 2000 M. be-willigt.

Spandau.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Spandau. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Übungsstunde bei Böhle, Havelstr. 20.

Potsdam.

Ein Entarteter stand in der letzten Sitzung der Potsdamer Strafkammer vor seinen Richtern. Der Schuhmacher Karl Karch, ein 43jähriger Junggeselle, der im Hause Schützenstraße 17 eine Schuhmacherverkstatt betrieb, machte sein Lokal zu einer Laster-höhle. Er verging sich an Schulkinder, die Schuhe holten und brachten. Einmal wurde er wegen Mangels an Beweisen frei-gesprochen. Er hatte aber auch eine 15 Jahre alte Schülerin Margarete G. geschwängert. Das Mädchen gebar ein Kind. Der Angeklagte wurde zu 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung verurteilt.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg-Friedrichsfelde. Am Sonntag, den 10. Juli, ver-anstaltet der Jugendauschuss einen Ausflug nach Birkenwerder, an der Brücke entlang nach Wandlitzsee, Liegnitzsee, Bis Berman (Rückfahrt). Treff-punkt: Bahnhof Frankfurter Allee. Abfahrt 6 Uhr 30 Min. Lieberbächer sowie gute Tagesverpflegung mitbringen. Fahrgehd 60 Pf.

Witterungsübersicht vom 5. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter
Stettin	757	SSW	1 heiter	16	Spandau	759	SSW	2 heiter	15
Damberg	759	SSW	3 bedeckt	13	Berlin	761	SSW	1 wolkenl	20
Berlin	758	SSW	4 wolllig	15	Schilf	767	SSW	3 bedeckt	13
Frankfurt a. M.	762	SSW	3 Dunst	13	Übersee	763	R	1 heiter	13
München	763	SSW	3 bedeckt	11	Baris	766	SSW	2 bedeckt	13
Wien	755	SSW	4 wolllig	14					

Wetterprognose für Mittwoch, den 6. Juli 1910. Etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher S.

Rosenheimer M.

Fritz Schnicke

Wolter, Carl.

Zutraun & Co.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Dece Brause

Goldtröpfchen

Orangen-Feuer

Sinalco (Bilzbrause)

NO, Landsberger Allee 6/7

Si-Si

F.Falk!

Bäckereien, Konditor

Hankes Brothäckerei

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Th. Turban

Ulbrich

Bad Invaliden

Bad Invaliden

Erscheint 2 mal wöchentlich

Neptun-Bad, Schüssler-Allee 161

Bandagen, Gummiw.

Panschow

Wende, A.

Beerdig.-Anst., Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Berufsbildung

Schlesinger, Hermann

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wecker, A.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann

Patzenhofer Brauerei

Bergbrauerei

Berliner Bock-Brauerei

BORUSSIA

Brauerei „Germania“

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Weissensee, G. Enders

Caramel-Weißbier

Groterjans

Bezugsquellen-Verzeichnis

Phönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Roland

Schade

Schlossbrauerei Schöneberg

Spandauerberg-Brauerei

Vereins-Brauerei

Berliner Kindi

Weißbier Albert Braun

Weißbier, C. Breithaupt

Weißbier-Brauerei

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Oskar Beck

Fritz Bartz

A. Däweritz

Carl Franke

F. Hagen

Hasse, Wilh.

Hoffmann, R.

Kosmalia, E.

Maeding, J.

Müller, Ernst Max

König Julius Levy

Paul Loewenthal

Westmann

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Knesebeck-Drog.

König, Herm.

Schulz, Hugo

Siedfried-Drogerie

Elisen- u. Stahlw., Waff.

Aln. O., H.

Anders, Otto

Carl Müller

Rund um Berlin

Solidaria-Fahrräder

Wandell

Färbereien, Wäscher.

Carl Pollnow

Gebr. Erbguth

Meesters, Th.

Osw. Naefe

Stenzel, Paul

Tanbert, J.

Fischhandlungen

Rockstroh, Carl

Schreier, Ad.

Herron-Artikel

Krause, Wilh.

Mahnke, Adolf

Sprengel, A.

Blitz!

Bohn, R.

Ed. Freitag

Goldstein

Hamburg-Steglitz

Herr, Bekleidg.

Falkenstein, Paul

Emil Hoegner

Kaufhaus

Gustav Pinkus

Kaufhaus

Gebr. Preuß

Kohlen, Koks, Briketts

M. F. Leyke

Gebr. A. & J. Podzuweit

Alexander Bischoff

August Dankert

Joh. Eichler

Fortsetzung siehe nächste Seite

Aus Industrie und Handel.

Ein Fischzug der österreichischen Eisenwucherer.

Im österreichischen Eisenkartell ging es in den letzten Tagen stürmisch zu. Es verlautete, daß ein rheinisch-westfälisches Werk in Schlefien ein Röhrenwalzwerk errichten und den Rohstoff von den nichtkartellierten Werken in Freistadt beziehen sollte. Die Kartellfirma Hahn in Oberberg wollte den Kartellvertrag nur verlängern, wenn man ihr einen größeren Anteil an der Stabeisen-erzeugung, einen günstigeren Vertrag mit dem Wittowitzer Röhrenwerk oder die Bewilligung zu eigener Eisenerzeugung gewähre. Das Kartell begann den Kampf, ging an die Errichtung eines neuen großen Werkes in Wittowitz, ermäßigte die Preise ab Freistadt wiederholt und drohte den böhmischen Aufsehern mit ähnlichen Maßnahmen. Als diese zu schwanken begannen und die Aufnahme ins Kartell anstrebten, erklärte man, nur mit allen Gegnern oder mit keinem Frieden zu schließen. Wenn bis zum 1. Juli das Abkommen mit Freistadt und Oberberg nicht zustande käme, sollte ein weiterer Preisnachlaß eintreten, so daß der Zollschuß noch weniger ausgenützt worden wäre. Da wurde Frieden: die Werke in Freistadt, Hofkain und Traffen wurden in das Kartell aufgenommen. Hahn bleibt bis 1917 darin und erhält einige Zugeständnisse. Das erweiterte Kartell ist bis 1917 verlängert und die Stabeisenpreise wurden wieder um 1/4 Kronen erhöht. Während des Kampfes haben die Kartellherrscher die Aktien der Werke billig aufgekauft, die Werke Hofkain und Freistadt werden in ihrer Produktion schon reduziert. Bis 1917 sichern die enormen Eisenzölle den Kartellisten die wucherische Ausbeutung des ganzen Landes. Die Arbeitszeit in den gelb versuchten, mit Lohnbrüdern aus dem elendsten Südoften Europas gefüllten Werken beträgt im kontinuierlichen Betrieb noch 12 Stunden, beim Schichtwechsel 18 Stunden — in der Schmelzhütte der Staböfen. Der Antrag des Sozialdemokratischen Verbandes auf Einführung der achttündigen Arbeitszeit wird von dem Bourgeoisparlament nicht erledigt. Geschähe dies jetzt, könnte sich die Industrie daran gewöhnen und 1917 könnten die wucherischen Eisenzölle gefahrlos beseitigt werden. Wie einer Interpellation des Abgeordneten Genossen Veer zu entnehmen, werden von dem Fiskusgewinn von 48 Millionen nur 24 Millionen versteuert werden, wofür die Regierung die Ausgabe von 1400 Millionen neuer Aktien bewilligt! An der Börse hat das Kartell während des „Kriegs“ durch billigen Aktienkauf und Kurssteigerung enorme Summen gewonnen.

Auflösung des Oberschlesischen Stahlverbandes. Recht überraschend kommt die Meldung von der Auflösung des Oberschlesischen Stahlverbandes, der erst vor kurzer Zeit neu gekräftigt zu sein schien. Der Anstoß ist von den Huldshinsky'schen Werken

ausgegangen, die zu dem Interessenzentrum der Caro-Binder-Gruppe gehören. Der Oberschlesische Stahlformgußverband hat niemals eine besondere Bedeutung erlangen können und ist nicht zu verwirren mit dem Oberschlesischen Stahlwerksverbande, dem die oberchlesischen Eisenwerke mit Ausnahme der Laurahütte und des Vorkirchwerkes angehören.

Die Dortmunder Handelskammer und der Konsum an Pferdefleisch. In ihrem Jahresbericht erwähnt die Handelskammer, daß sie sich zur „Tarifizierung von frisch geschlachtetem Pferdefleisch“ auf eine Anfrage der kgl. Eisenbahndirektion gutachtlich geäußert hat. Danach werden im Handelskammerbezirk im Jahre 800 bis 1000 Pferde geschlachtet. Das sehe nicht danach aus, als ob ein Bedürfnis nach Pferdefleisch und nach Frachtüberhebung bestehe. Es erkläre sich das „aus unseren hier bestehenden Verhältnissen“. Die Löhne seien nur wenig heruntergegangen. Jedenfalls seien sie „nicht im entferntesten derart gesunken“, daß sie den Arbeiter zum Genuß von Pferdefleisch sozusagen zwingen. Dann verüßt der nationalliberale Berichtschreiber einen plumpen Witz: „So etwas könnte höchstens — für die Zeit in Aussicht stehen, wenn etwa Kohlensteuer und Kohlenausfuhrzoll ihre unheilvolle Wirkung ausgeübt haben sollten. Dann allerdings könnte es passieren, daß der Verdienst auch nicht mehr zu Pferdefleisch langt.“

Bei den nationalliberalen Großindustriellen langt es ja immerhin noch zu anderem wie Pferdefleisch, sonst würde ihnen wohl die Lust zu solch geschmackvollem Witz vergehen.

Wenn die Löhne im Bezirk so hoch sein sollten, daß der Pferdefleischkonsum unnötig ist, so taucht doch die Frage auf, was mit den 800 bis 1000 Pferden, die im Jahre geschlachtet werden, geschieht? Sicher wird das Fleisch doch von armen Leuten gegessen. Wenn der Gelehrte der Handelskammer nicht eine besonders unerklärliche Geschmackseigenheit der armen Pferdefleischkonsumenten annehmen will, so ist kein anderer Grund anzunehmen, als eben die ungenügenden Löhne der Arbeiter auch ohne die Kohlensteuer.

Der Handelskammerbericht gibt das auch indirekt selbst zu, indem er sich gegen eine Frachtüberhebung wendet in der Befürchtung, daß dann auch noch Pferdefleisch eingeführt werden würde. Also „befürchtet“ der Bericht, daß der Konsum an Pferdefleisch bei billigen Preisen noch mehr steigt. Bei manchem „bis ins hohe Alter hinein gesicherten“ Arbeiter langt eben jetzt trotz der „gefüllten Kompostschüssel“ noch nicht einmal zu Pferdefleisch!

Von wegen des „Kulturaufluges“.

Einschränkung der Teeverforgung. Die Bewegung der Teeeinfuhr im laufenden Jahre weist eine starke Einschränkung gegenüber den letzten Jahren auf. Berechnet man nämlich aus der Ein- und Ausfuhr von Tee die Versorgung des Inlandsmarktes, so ergibt sich für die ersten fünf Monate dieses Jahres eine Menge von nicht mehr als 1.144.100 Kilogramm. In der Parallelzeit des Vorjahres stellte sich die Versorgung auf 2.044.300 Kilogramm, und

auch 1908 hatte sie 1.772.700 Kilogramm und 1907 1.764.500 Kilogramm betragen. Die diesjährige Versorgungsmenge ist demnach ungewöhnlich niedrig; sie bleibt hinter der von 1909 um 44 Proz. zurück. Der Wert der diesjährigen Teeeinfuhr von Tee beläuft sich auf 1,93 Millionen Mark, er hatte im Vorjahre 3,52 Millionen Mark betragen. Während zu dem Zoll von 25 M., der bis zum 1. August 1909 bestand, 2.032.700 Kilogramm eingeführt worden waren, wurden im laufenden Jahre zu dem jetzt bestehenden Zoll von 100 M. nur 921.100 Kilogramm eingeführt. 211.200 Kilogramm, die im Laufe der ersten fünf Monate hereinkamen, waren noch vor dem 1. August zu 25 M. verzollt worden. Besonders stark hat die Einfuhr chinesischen Tees nachgelassen, obgleich sie vor Einführung des höheren Zolles gar nicht ungewöhnlich forciert worden war. Es kamen in den ersten fünf Monaten des Vorjahres 1.160.000 Kilogramm chinesischen Tees nach Deutschland, in derselben Zeit dieses Jahres aber nur 844.100 Kilogramm. Auch die Einfuhr aus Niederländisch-Indien ist recht beträchtlich gesunken; sie ging von 357.800 Kilogramm auf 158.500 Kilogramm zurück. Aus Britisch-Indien kamen 200.400 Kilogramm gegen 311.100 Kilogramm, aus Ceylon 91.800 gegen 161.200.

Das Auslandsgeschäft der chemischen Industrie.

Die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse stellte sich der Menge nach in Millionen Doppelzentnern und dem Werte nach in Millionen Mark wie folgt:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Menge	1,94	3,44	3,78	3,10	2,51
Wert	37,16	59,40	67,04	64,84	53,50

Demnach hat der Monat Mai einen ziemlich erheblichen Rückgang des Auslandsgeschäfts der chemischen Industrie gegenüber den Vormonaten Februar bis April gebracht. Im Vergleich zum Monat März ist ein Rückgang der Mengenausfuhr um 1,27 Millionen Doppelzentner eingetreten, der einen Rückwert der Ausfuhr von 13,54 Millionen Mark repräsentiert. Im Vergleich der Monate Mai 1908 und 1910 weist der Mengenablaß der chemischen Industrie auf dem Weltmarkt eine Steigerung von 2,29 auf 2,51 Millionen Doppelzentner oder um rund 9,6 Proz. auf, indem zugleich der Wert um 3,18 Millionen Mark stieg. Das Gesamtergebnis der Ausfuhr in den Monaten Januar bis Mai der beiden letzten Jahre hat somit die Entwicklung des Auslandsabfahrs im Mai 1910 im Vergleich zu den ersten vier Monaten Januar bis April immer noch eine Besserung erfahren. Vergleich man nämlich die Entwicklung der Ausfuhr chemischer Erzeugnisse in den fünf ersten Monaten der beiden letzten Jahre, so ergibt sich folgende Gestaltung:

	Januar bis Mai 1909	Januar bis Mai 1910	Zunachs
Millionen Doppelzentner	10,04	14,67	+ 3,78 = 34,1 Proz.
Millionen Mark	292,—	285,43	+ 53,43 = 23,0 Proz.

Somit weist die Mengenausfuhr eine Steigerung um 3,73 Millionen Doppelzentner oder um rund 34,1 Prozent auf, während sich der Mehrwert aus dem diesjährigen Auslandsgeschäft für die chemischen Fabriken auf 53,43 Millionen Mark oder auf 23 Proz. stellt.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Sowohl Vorrat — Grosser Verkauf der

Sommer-Rest-Bestände

Dieser Verkauf erstreckt sich auf fast alle Abteilungen. Sämtliche Waren, die dem Wechsel der Mode unterworfen sind, sollen vor Schluss der Saison unbedingt geräumt werden.

Wirtschafts-Artikel und Porzellan

- Wandkaffeemühle 1a Mahlwerk. 2⁸⁵
- Servierbretter vernickelt u. dekoriert mit Glasplatte, ca. 40x30 cm. 2⁸⁵
- 2 Gasplättchen vernickelt, mit Erhitzer 4²⁵
- Gaskocher mit 2 Kochstellen. 5⁰⁰
- Kleiderbügel mit Hosenstrecker. 38 Pf.
- Gaze-Speiseglocken 25-45 Pf.
- Vorratstonnen mit Golddekor. 50 Pf.
- Behälter f. Sand, Seife u. Soda m. Golddekor. 95 Pf.
- Brotbüchsen mit Golddekor. 95 Pf.

Ein gross. Emaillewaren Posten

- mit kleinen Fehlern, enorm billig, unter anderem:
- Kasserollen extra schwer 25 Pf.
- Stiepfannen extra schwer 30 Pf.
- Wasserkessel 45 Pf.
- Gaskochtöpfe extra schwer 60 Pf.

Eisschränke 80 cm breit 35⁰⁰

Eisschränke 90 cm breit 45⁰⁰

Alle anderen Grössen mit 10% Ermässigung.

Waschgarnituren 3⁵⁰

Glas und Porzellan

- Kompotteller 4 Pl.
- Dessertteller 6 Pl.
- Speiseteller 8 Pl.
- Obertassen massiv 10 Pl.
- Portionstassen gerippt, mit Untertass. 15 Pl.
- Likörgläser u. Weingläser 8 Pl.
- Weingläser Römer 18 Pl.
- Majolika-Kuchenteller 25 Pl.
- Majolika-Vasen 28 Pl.
- Majolika-Aufsätze 45 Pl.

Einzelne Teile von Tafelservicen

darunter: Dessertteller 15 Pf. Speiseteller 25 Pf. Terrinen 1²⁵

Einzelne Tassen, echtes Porzellan

dekoriert 15 Pf. bunt m. Goldrand 22 Pf. mit Kobaltrand 30 Pf.

Reste und Coupons zu Einheitspreisen

- Waschstoff-Reste | Kleiderstoff-Reste | Seidenstoff-Reste | Spitzen, Besätze
- 25, 35, 45, 65 Pf. | Meter 55, 75, 95 Pf. | Mtr. 75, 95 Pf. | 25 | 75 | Stickereien
- Seiden-Bänder

